

Teil II

„Reichtum & Armut“ Materialien und Bausteine

Inhaltsübersicht Teil II

- M1** Privater Reichtum – öffentliche Armut
- M2** Wir brauchen mehr Steuern
- M3** Private Geldvermögen und Staatsverschuldung 1991 bis 2001 (Schaubild)
- M4** Ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland
- M5** Privater Reichtum – private Armut
- M6** Fünf Millionen Reiche
- M7** 3700 Superreiche
- M8** Verteilung des Geldvermögens 1993 und 1999 (Schaubild)
- M9** Der deutsche Geldadel
- M10** Der Club der Wohlhabenden vergrößert sich
- M11** Millionäre und ihre Billionen
- M12** Die reichsten Deutschen 2003 (Übersicht)
- M13** Die reichsten Deutschen 2003: Kurzportraits
- M14** Gesichter der Armut
- M15** Wer hat, dem wird gegeben
- M16** Negatives Vermögen: Verschuldung
- M17** West-Ost-Gefälle der Vermögensverteilung
- M18** Vermögen ungleicher verteilt als Einkommen
- M19** Vermögenseinkommen und Ersparnis noch ungleicher verteilt als Einkommen und Vermögen (Schaubild)
- M20** Armut? Eine Definitionsfrage
- M21** Armuts-Schwellen: Der Ressourcenansatz
- M22** Bedarf gedeckt? Der Lebenslagenansatz
- M23** Für die Armen ist Armut keine Definitionsfrage
- M24** Reichtum? Eine Definitionsfrage
- M25** Fotowettbewerb des Caritasverbandes Konstanz zum Thema „Armut – Reichtum“
- M26** Die Reichen werden reicher
- M27** Wie viele Reiche gibt es in Deutschland?
- M28** Wie viel Ungleichheit darf/muss sein?
- M29** Die Einkommensverteilung ist ungleich (Schaubild)
- M30** Die Einkommensverteilung wird ungleicher (Schaubild)
- M31** Die Armen werden ärmer und mehr
- M32** Deutsche Arme sterben früher
- M33** Deutschland: eine 80:20-, 90:10- oder 5:75:10:10-Gesellschaft?
- M34** Verstetigung von Armut und Reichtum
- M35** Die Zahl der Armen wächst (Schaubild)
- M36** Mangel an Maßstäben: Eindeutige Kriterien für die Bezahlung von Spitzenmanagern gibt es nicht
- M37** Die deutschen Topverdiener im Sport 2002 (Übersicht)
- M38** Geheimes Geld: Manager dafür
- M39** Vorstandsgehälter der Dax-Unternehmen (Übersicht)
- M40** Paul Krugman: Der amerikanische Albtraum
- M41** Steuergeschenke an die Reichen
- M42** Reichtum um jeden Preis?
- M43** Grenzen der Ungleichheit: Soziale Gerechtigkeit in der Demokratie
- M44** Armut ist nicht gleich Armut, Reichtum nicht gleich Reichtum
- M45** Leben im Ghetto?
- M46** Sozialstaatlicher Ausgleich weniger wirksam
- M47** Unzureichende Markteinkommen (Schaubild)
- M48** Die Ausweitung des Niedriglohnsektors
- M49** Einkommen der Vollzeitbeschäftigten immer ungleicher verteilt (Schaubild)
- M50** Immer mehr und immer kürzere Teilzeitarbeit
- M51** Familie und Beruf in frühen Familienphasen
- M52** Immer mehr Teilzeit (Schaubild)
- M53** Teilzeitbeschäftigte arbeiten kürzer (Schaubild)
- M54** Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit
- M55** Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Armut
- M56** Ein Vierteljahrhundert Massenarbeitslosigkeit (Schaubild)
- M57** Der Faktor Arbeit hat immer weniger vom Volkseinkommen und wird steuerlich belastet
- M58** Eichels verlorene Jahre
- M59** Internationale Finanzmärkte und Steuerwettbewerb
- M60** Steigende Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen bei Entlastung von Kapitaleinkommen privater Haushalte (Schaubild)
- M61** Deutschland ist kein Hochsteuerland!
- M62** Deutsche Steuerquote seit Jahren konstant
- M63** Steuern runter, Schulden hoch?
- M64** Steuerquoten im internationalen Vergleich (Schaubild)
- M65** Der Preis der steuerlichen Entlastung: Öffentliche Armut

- M66** Steuervermeidungsstrategien
- M67** Die Pleite bleibt im Dorf
- M68** Hessen: Das Land stoppt fast alle Zahlungen
- M69** München ist pleite
- M70** Hamburg: Steuereinnahmen brechen weg
- M71** Die hausgemachte Pleite
- M72** Ungleich, aber gerecht
- M73** Vermögen und Kapitaleinkommen stärker belasten
- M74** Vermögensbesteuerung: Eine doppelt sinnvolle Bescherung
- M75** Abgeltungssteuer kein Ersatz für wiederbelebte Vermögensteuer
- M76** Millionäre fordern Vermögensteuer – offener Brief
- M77** Curt Engelhorn: Fluchtpunkt London
- M78** Der Schuh-Papst
- M79** Der Unruhe-Stifter
- M80** „Eine Welt“: Polarisierung von Armut und Reichtum
- M81** Zunahme sozialer Ungleichheit
- M82** Auch im Weltmaßstab: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer
- M83** Vermögen: Global konzentriert
- M84** Die 20 reichsten und die 20 ärmsten Länder der Erde 2001 (Übersicht)
- M85** Die „Hood Robin“-Wirtschaft
- M86** Weltsozialgipfel Kopenhagen 6. bis 12. März 1995: Die zehn grundlegenden Verpflichtungen
- M87** Nur in Ostasien ist Armut in den neunziger Jahren deutlich zurückgegangen (Schaubild)
- M88** Entwicklung durch Direktinvestitionen?
- M89** Spekulation, Steuerflucht und Geldwäsche: Offshore-Zentren
- M90** Direktinvestitionen: Afrika nahezu bedeutungslos (Schaubild)
- M91** Entwicklung durch Handel?
- M92** Der Welthandel: Reguliert und vermachtet
- M93** Armutsbekämpfung durch Handelsliberalisierung?
- M94** Nur wenige Entwicklungsländer sind als Anlageländer von Bedeutung (Übersicht)
- M95** Zwei Drittel der Exporte der Entwicklungsländer stammen aus nur neun Ländern (Übersicht)
- M96** Finanzmärkte: Beschleunigung und Vermachtung der Weltwirtschaft
- M97** Finanzmärkte: Große Risiken machen vorbeugende Regelung nötig
- M98** Regulierung der Internationalen Finanzmärkte
- M99** Die Schulden des Südens
- M100** Damit Zinsen nicht die Zukunft kosten: Entschuldung
- M101** Entwicklungshilfe: Trendumkehr nötig!
- M102** Die Milleniumserklärung der Vereinten Nationen
- M103** Viel zu wenig Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder (Schaubild)
- M104** Aus dem Sozialwort der Kirchen
- M105** 2015-Ziele für Kirchen
- M106** Was Kirchen tun sollten und könnten. Zehn zentrale „Bausteine für eine kirchliche Agenda“
- M107** Kirchenpräsident Steinacker: Einführung der Konsultation „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“
- Literaturhinweise** – eine Auswahl
- Zugabe:** Lieder zum Thema „Reichtum und Armut“
- Zugabe:** Zitate, Sprüche, Aphorismen zum Thema „Reichtum“

Hinweis:

Das Kürzel R&A in den Quellenangaben der Materialien des Teils II bezieht sich auf den Titel Werkstatt Ökonomie (Hg.), Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln, Werkstatt Ökonomie, Heidelberg 2002.

M 1

Privater Reichtum –
öffentliche Armut

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Es gibt kaum Länder in der Welt, die über ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verfügen. → **M84** Auch in längerfristiger Betrachtung zeigt sich für Deutschland: Nie war der zu verteilende Reichtum größer als heute. Zwischen 1960 und heute hat sich das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt rund verdreifacht, allein zwischen 1991 und 2001 wuchs es um knapp 16 Prozent von 1.710 Milliarden Euro auf 1.980 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund erscheinen alle Parolen von der Notwendigkeit des „Gürtel-Enger-Schnallens“ und der Unvermeidbarkeit des Sparens fragwürdig. Kernproblem ist die immer größere Ungleichheit der Einkommensverteilung. Dies macht es auch für den Staat immer schwieriger, seine Aufgaben zu finanzieren. Vor allem in Anbetracht der Anforderungen durch die deutsche Einheit.

Wo ist der gestiegene Reichtum geblieben? Das Geldvermögen*, das Privatleute besitzen, stieg in den letzten zehn Jahren um rund 80 Prozent. Von 2,0 Billionen Euro 1991 auf 3,6 Billionen Euro 2001. → **M3** (Schaubild)

Spiegelbildlich stieg die Verschuldung des Staates: Im Zeitraum 1990 bis 2000 wuchs der Schuldenstand des Bundes um 150 Prozent von 300 Milliarden Euro auf 775 Milliarden Euro; der der Länder um 100 Prozent von 170 Milliarden Euro auf 340 Milliarden Euro und der der Gemeinden um 55 Prozent von 65 Milliarden auf 100 Milliarden Euro.

An vielen Ecken ist die öffentliche Armut bereits heute unübersehbar: Immer mehr holprige Straßen, die nicht mehr instand gesetzt werden können, immer häufiger Schließungen von Freizeit- und Bildungszentren, öffentlichen Büchereien, Musikschulen, Schwimmbädern. Der anhaltende Personalabbau im öffentlichen Dienst bedroht mittlerweile die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung.

* **Geldvermögen** beinhaltet alle finanziellen Werte aus Spareinlagen, Bausparguthaben, Aktien, Staatsschuldenscheine, Immobilienfonds, Lebensversicherungen etc.

Quelle: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (o. J.), Staatsfinanzen stärken, S. 10

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 14, Satz 2

Leitfragen:

Wie ist es zu beurteilen, dass in Deutschland einerseits der private Reichtum stetig wächst, allerorten aber von zunehmender öffentlicher Armut die Rede ist? Ist es angesichts des wachsenden privaten Reichtums und der ebenfalls wachsenden Verschuldung der öffentlichen Hände gerechtfertigt, Steuererhöhungen zu fordern?

M 2

Wir brauchen mehr Steuern

Von Gerd Grözinger

[...] Die eine oder der andere wird geringere öffentliche Haushalte nicht als ein beunruhigendes Problem wahrnehmen, sondern eher einen politischen Erfolg darin sehen. War denn Deutschland nicht ein Land mit besonders hohem Staatsanteil, ein Zustand, den die gegenwärtige Regierung bewusst ändern wollte? Wer so argumentiert, hat sich schlecht informiert oder ist von Politik und Medien auch in die Irre geführt worden.

In 1999, dem ersten vollen Jahr der rot-grünen Koalition, gingen in der Bundesrepublik 38 Prozent des Sozialprodukts durch die Gesamtheit der öffentlichen Hände einschließlich der Sozialversicherungen. Im Durchschnitt der Europäischen Union waren es dagegen 42 Prozent. Dazu ist Deutschland ein Staat, in dem viele teure staatliche Leistungen völlig kostenlos sind, zum Beispiel die Autobahnen oder die Hochschulen. Und vor allem ist Deutschland ein Land, das wegen der Wiedervereinigung etwa 5 Prozent seines Sozialprodukts als Extratransfers für die neuen Länder braucht. [...]

Von den großen europäischen Staaten liegt Großbritannien mit Deutschland knapp gleichauf, Italien und Frankreich um einiges darüber. Niedrigere Quoten haben vor allem die kleineren Mittelmeerländer, während in Skandinavien der Staatsanteil um die 50-Prozent-Marke liegt. Kein großer Unterschied, die paar Prozentpunkte Differenz? [... Wohl doch, denn:] 1 Prozent des Sozialprodukts sind in der Bundesrepublik etwas über 20 Milliarden Euro. Diesem angeblich heftig überversorgten Gemeinwesen fehlen also gut 80 Milliarden Euro jährliche Steuereinnahmen.

So viel mehr brauchte es jedenfalls, um nur auf das übliche Niveau der EU an öffentlichen Leistungen zu kommen. Ganz zu schweigen von den Kosten unserer landesspezifischen Sonderbedingungen. Und auch ist noch gar nicht bedacht, ob nicht ein skandinavischer Weg mit höherem Staatsanteil, mit dadurch möglicher besserer Gesundheitspolitik, niedrigerer Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt Pisa-Bestwerten dank gut ausgestatteten Schulen eine interessante Gestaltungsoption auch für Deutschland darstellen könnte. Schon merkwürdig, dass eine sozialdemokratisch geführte Regierung sich unter solchen Bedingungen ausgerechnet als Steuersenkungsprojekt positionieren musste.

[...] Die Vermögen- und Erbschaftsteuern hatten 1999 in der EU einen durchschnittlichen Anteil von 2,0 Prozent am Sozialprodukt. In Deutschland umfassten diese Größen nur 0,9 Prozent. Und die Steuereinnahmen auf den Gewinn von Kapitalgesellschaften betragen in diesem – international zuletzt ausgezahlten – Jahr in der Europäischen Union im Schnitt 3,5 Prozent. In Deutschland waren es dagegen nur 1,8 Prozent vom Sozialprodukt. Zusammengenommen macht diese Gerechtigkeitslücke fehlender Einnahmen von Steuern auf Gewinn und Vermögen also über 50 Milliarden Euro aus. Zum Vergleich: Das ist mehr als das Doppelte von dem, was uns in Deutschland alle Hochschulen kosten.

Das reale Ergebnis rot-grüner Steuerreformen: Reiche sind jetzt reicher, und der Staat ist dafür ärmer. [...] Nach dem neoliberalen Experiment der Achtziger- und Neunzigerjahre sollte jetzt gelten: Genug ist genug! Es ist wieder die Zeit gekommen, über einen den heutigen, gewachsenen Aufgaben angemessenen Staatsanteil nachzudenken. Es ist erneut nötig geworden, die Bekämpfung von zu großer Ungleichheit zum Thema einer gesellschaftlichen Debatte zu machen. Es ist an der Zeit, Steuererhöhungen zu fordern.

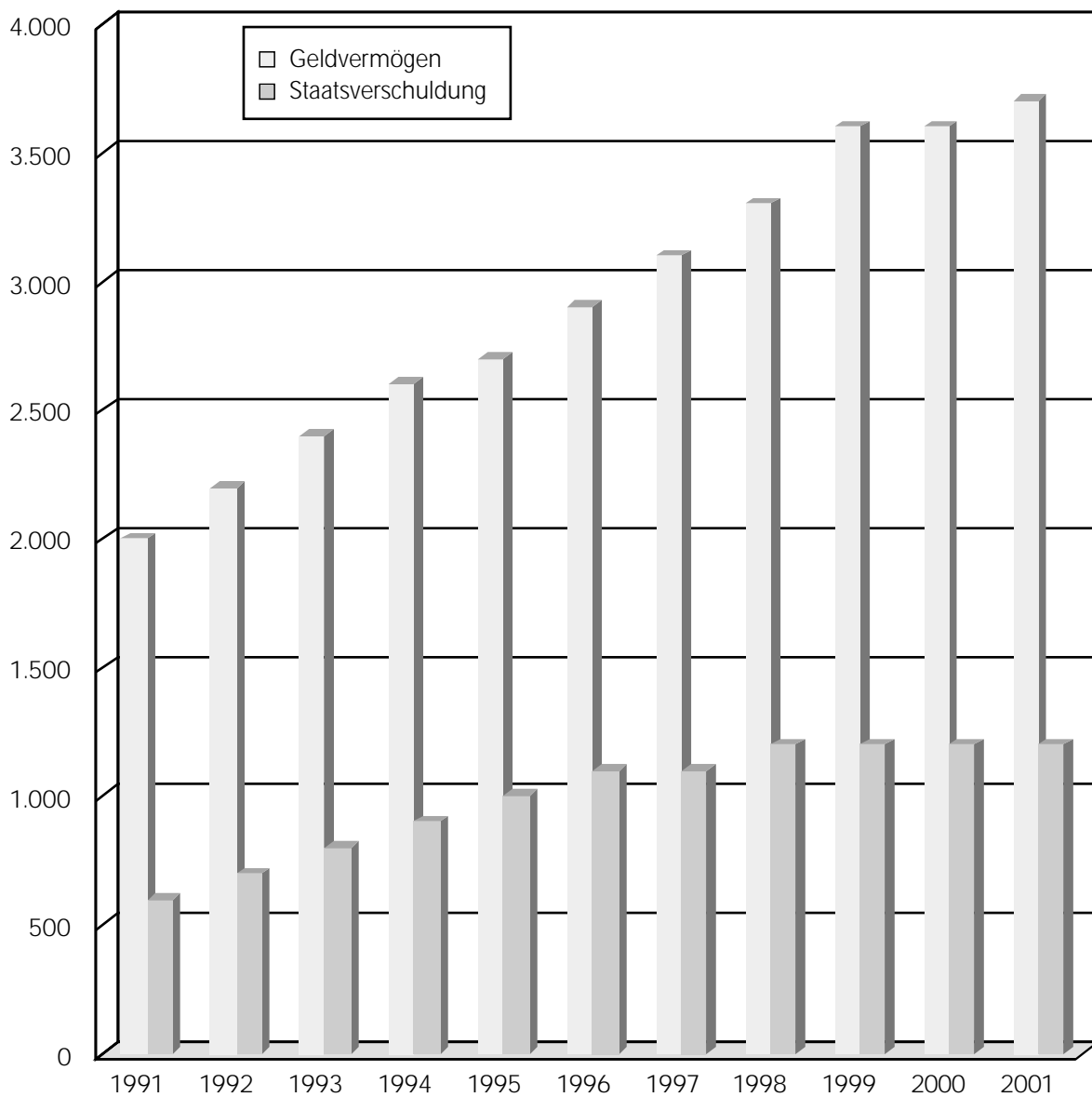
Quelle: die tageszeitung, 24. Mai 2002

Zur Steuersdiskussion → **M58-65,71-76**

M 3

Private Geldvermögen und Staatsverschuldung 1991 bis 2001

absolute Beträge in Milliarden €



Quelle: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (o. J.) Staatsfinanzen stärken, S. 11 (dort: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, lfd. Ausgaben)

Erläuterung:

Ebenso stetig wie die Verschuldung des Staates (1991: 600 Mrd. DM – 2001: 1.200 Mrd. DM) stiegen in den letzten Jahren in Deutschland die privaten Geldvermögen (1991: 2.000 Mrd. DM – 2001: 3.700 Mrd. DM). → M1

M 4

Ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland

Vermögen kann als Sicherheit dienen und zeitlich begrenzte Einkommensausfälle ausgleichen, es ermöglicht eine langfristige Existenzsicherung und hat insgesamt einen erheblichen Einfluss auf die Chancengleichheit in Gesellschaft und Wirtschaft. Als Indikator für Wohlstand und Reichtum ist es noch wichtiger als das Einkommen → **M26**. Deshalb ist die Vermögensverteilung für die Frage sozialer Gerechtigkeit von ganz besonderem Interesse.

Über die Verteilung des Vermögens gibt es aber nur ungenügende statistische Hinweise. Die meisten Informationen liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), mit der das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern in etwa fünfjährlichem Turnus Daten zur wirtschaftlichen Situation privater Haushalte erhebt.

Obwohl die EVS das wahre Ausmaß der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland aus unterschiedlichen Gründen eher verdeckt, zeigen die ausgewiesenen Daten eine enorme Ungleichheit: Danach hatte das unterste Zehntel der nach Vermögen geordneten westdeutschen Haushalte kein Vermögen, sondern nur Verpflichtungen (Schulden), und die untere Hälfte besaß gerade einmal 4,5 Prozent des Nettovermögens privater Haushalte. Die vermögendsten zehn Prozent der Haushalte aber konnten gut 40 Prozent des privaten Nettovermögens auf sich vereinen, und auf die obersten 20 Prozent der Haushalte entfielen knapp zwei Drittel des Vermögens.

nach R&A, S. 36-37

Mit dem Reichtum ist es wie mit dem Mist: Auf einem Haufen stinkt er – weit gestreut trägt er zu einer guten Ernte bei.

Oskar Lafontaine

M 5

Privater Reichtum – private Armut

Der private Reichtum [in Deutschland] ist hoch konzentriert. Diese Konzentration steigt sogar noch an. An einem großen Teil der Bevölkerung geht der Zuwachs des Wohlstands schlicht vorbei. Die amtliche Statistik belegt dies:

1993 verfügten die ärmsten 25 Prozent der Familien bzw. Alleinlebenden noch über 0,1 Prozent am gesamten nachgewiesenen Geldvermögen. 1998 hatten sie nicht nur keinen Anteil am Nettogeldvermögen mehr, sondern waren sogar mit 1,5 Prozent verschuldet. → **M8** (Schaubild)

Auf der anderen Seite verfügten die reichsten zehn Prozent der Haushalte über mehr als die Hälfte des gesamten Geldvermögens. 1993 hatten sie „nur“ 46 Prozent.

50 Prozent der Haushalte mit dem höchsten Geldvermögen verfügten 1998 über 95 Prozent des gesamten nachgewiesenen Nettogeldvermögens.

Ein halbes Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung verfügt über ein Viertel des gesamten Geldvermögens.

Diese Entwicklung dokumentiert das Versagen der Steuer- und Einkommenspolitik in der Vergangenheit. Die Steuerentlastungen der Vergangenheit haben diesen Trend zur stärkeren Konzentration der Geldvermögen weiter verstärkt.

Quelle: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (o. J.), Staatsfinanzen stärken, S. 10f

M 6

Fünf Millionen Reiche?

taz: Nach offiziellen Angaben der Bundesrepublik gibt es bei uns mehr Reiche als Sozialhilfeempfänger. Wie kommt es, dass wir diese Relation meist genau andersherum empfinden?

Werner Rügemer: Das liegt daran, dass man in den offiziellen Statistiken sehr lange suchen muss, um die genaue Zahl der etwa fünf Millionen Reichen zu finden. Der Staat versteckt den Reichtum, er schützt ihn vor der Gemeinschaft.

Auszug aus einem taz-Interview mit dem Korruptionsexperten Werner Rügemer zu dessen Buch „arm und reich“, Quelle: die tageszeitung, 10. Januar 2003

Reichtum ist in Deutschland ein Tabu. In Schweden können Sie in Einkommenslisten nachlesen, was der König verdient und was Ihr Nachbar. Und in den USA gehören Einkommen und Besitz in jedes Partygespräch, undenkbar in Deutschland. Ich vermute, dass der mehrfache Systemwechsel in Deutschland viele Neureiche produziert hat, die nicht unbedingt über die Quelle ihres Reichtums Auskunft geben wollen. Der Mythos, dass alle mit 40 Mark angefangen haben, soll erhalten bleiben.

Ernst-Ulrich Huster, Süddeutsche Zeitung, 25 April 2001 / R&A, S. 37

M 7

3700 Superreiche

In Deutschland leben rund 365.000 Personen mit mehr als einer Million Euro Geldvermögen [zusammen 2.000 Milliarden Euro] und 3.700 mit einem Geldvermögen von mehr als 30 Millionen Euro. Die Gruppe der Reichen nahm im Zeitraum von 1996 bis 1999 um 5,3 Prozent jährlich, entsprechend insgesamt um 52.000 Personen, zu. 612 Milliarden Euro befinden sich allein im Besitz der 3.700 Superreichen [...] Insgesamt 25,7 Prozent des gesamtdeutschen Vermögens werden von 0,5 Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung gehalten. Dabei sind 92 Prozent des deutschen Vermögens in den alten Bundesländern und in Berlin konzentriert. 90,5 Prozent aller reichen und superreichen Deutschen leben in den alten Bundesländern, nur 9,5 Prozent in den neuen Bundesländern. In den Hansestädten Hamburg und Bremen sowie in Hessen besteht im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die größte Millionärsdichte. Absolut betrachtet leben die meisten Reichen in Nordrhein-Westfalen mit seiner historisch gewachsenen großen Zahl von Familienunternehmen, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg.

Quelle: Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young Deutschland (2001), German Wealth Report 2000 [www.de.cgey.com/servlet/PB/menu/1000941/]

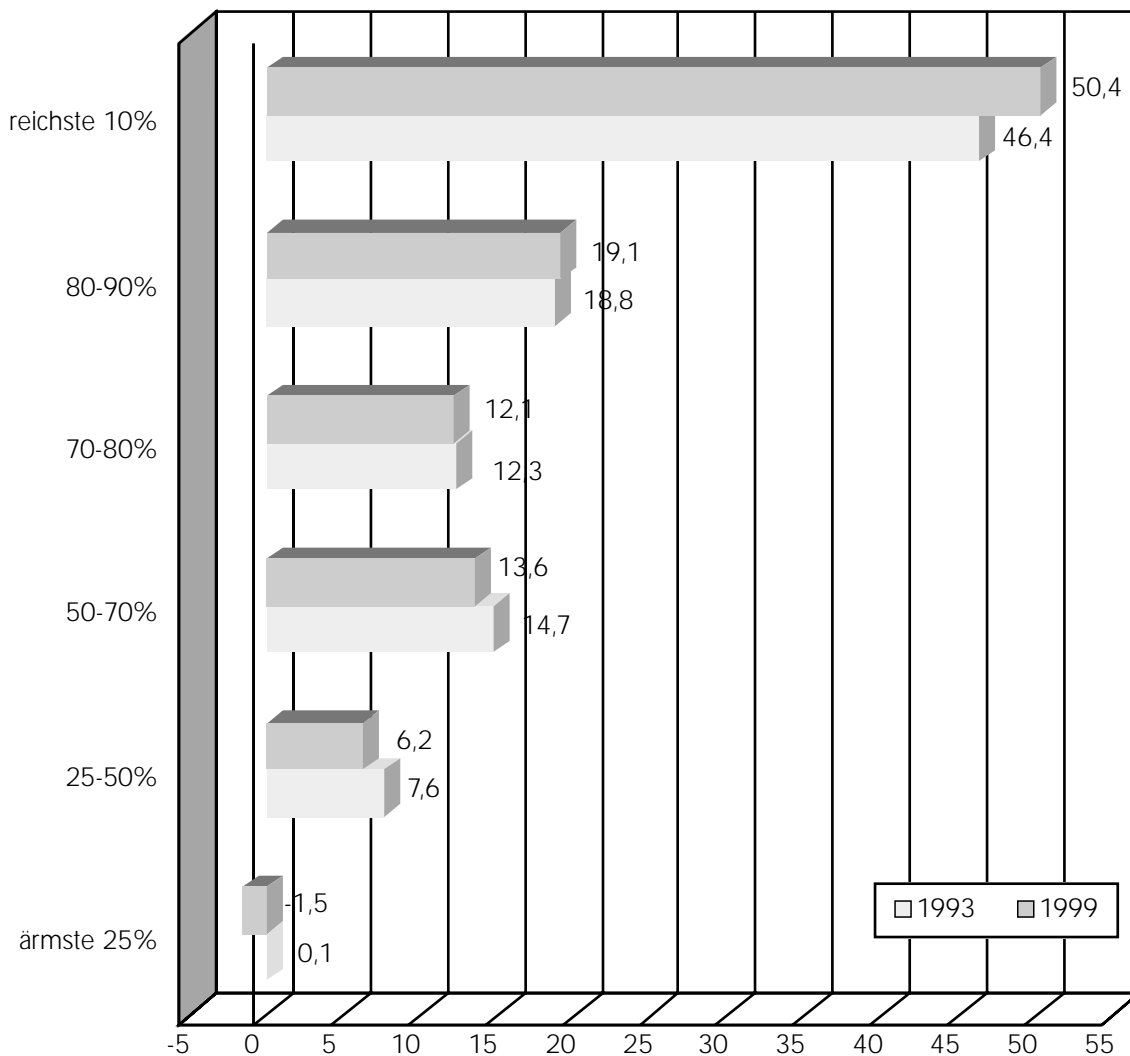
Leitfragen:

Wozu ist ein gewisses Vermögen gut, und wie ist es zu beurteilen, dass die Vermögen in Deutschland so ungleich verteilt sind?

Was könnten Gründe dafür sein, dass in Deutschland über Reichtum und die Reichen so wenig bekannt ist und so wenig diskutiert wird? → M13

Verteilung des Geldvermögens 1993 und 1998

Anteile der nach ihrem Geldvermögen geordneten Haushalte am Nettogeldvermögen in Prozent



Quelle: Ver.di, Staatsfinanzen stärken, o. J., S. 11 (dort: Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2000/2001)

Erläuterung:

Die reichsten 10 Prozent der deutschen Haushalte verfügten 1993 über 46,4 Prozent des gesamten Geldvermögens, 1999 war es bereits mehr als die Hälfte. Was aus der Grafik nicht hervorgeht: Nur ein halbes Prozent der erwachsenen deutschen Bevölkerung verfügt über ein Viertel des gesamten Geldvermögens. – Dagegen hatten die ärmsten 25 Prozent der deutschen Haushalte 1999 nicht nur kein, sondern ein negatives Vermögen: Die Summe ihrer Schulden überstieg die ihres Geldvermögens. → M5

M 9

Der deutsche Geldadel

Von Klaus Boldt, Wolfgang Hirn und Heide Neukirchen
Hamburg – Der dramatische Börsencrash und die anhaltende Konjunkturlaute haben nicht nur auf den Konten der Kleinanleger, sondern auch in den Vermögen der Superreichen tiefe Spuren hinterlassen. Viele Milliardäre sind ärmer geworden. Bei einigen Mega-Reichen war der Vermögensverlust sogar derart empfindlich, dass sie im neuen, ausgeweiteten Ranking „Die 250 reichsten Deutschen“ des manager magazins nicht mehr auftauchen. Manfred Lautenschläger (MLP), Rolf Gerling (Gerling Versicherung) oder Karl Ehlerding (WCM) etwa haben in den vergangenen Monaten herbe Niederlagen hinnehmen müssen: Der Wert ihrer einst so prallen Aktienpakete schmolz dahin, ihre Firmenanteile wurden immer wertloser. Kürzlich meldete sogar der Gerade-eben-noch-Milliardär Gerhard Schmid (Mobilcom) private Insolvenz an.

Doch einige der Mega-Reichen sind in den schweren Zeiten noch reicher geworden, so etwa die Brüder Albrecht mit ihren Aldi-Märkten. Anna Albrecht, die Mutter des reichsten Deutschen, brachte es auf den Punkt: „Je schlechter es den Leuten geht, desto besser geht es uns.“

Kein Wunder also, dass Theo Albrecht, Verwaltungsratschef der Discountkette Aldi Nord, mit einem Vermögen von rund 15 Milliarden Euro (Vorjahr: 14,6) das Ranking anführt. Zu diesem Ergebnis kommt das manager magazin in seiner zum dritten Mal durchgeführten Untersuchung.

Auf Platz zwei folgen die Familien Boehringer und von Baum-bach, denen der Pharmakonzern Boehringer Ingelheim gehört und deren Vermögen mit 14,5 Milliarden Euro beziffert wird. Karl Albrecht, Bruder von Theo und Ex-Chef von Aldi Süd, liegt mit 13 Milliarden Euro bereits auf Rang drei.

Unter den Top Ten rangieren auch: Werner Otto (Otto Versand), Susanne Klatten (Altana, BMW), Friedrich Karl Flick (Flick-Holding), Reinhold Würth (Würth-Gruppe) und Curt Engelhorn (vormals Boehringer Mannheim).

Quelle: manager-magazin, 20. Februar 2003 [<http://www.manager-magazin.de/koepe/reichste/0,2828,236831,00.html>]

→ M12+13

M 11

Millionäre und ihre Billionen

Die Anzahl der Personen mit einem Vermögen über 1 Million US-Dollar und ihr Gesamtvermögen nach Regionen (2002, Jahresende)

	Anzahl der Millionäre		Gesamtvermögen	
	Mio.	Anteil	Bio. US-\$	Anteil
Welt	7,3	100,0 %	27,2	100,0 %
Europa	2,6	35,6 %	8,8	32,4 %
Nordamerika	2,2	30,1 %	7,4	27,2 %
Asien/Pazifik	1,8	24,7 %	5,7	21,0 %
Lateinamerika	0,3	4,1 %	3,6	13,2 %
Mittlerer Osten	0,3	4,1 %	1,1	4,0 %
Afrika	0,1	1,4 %	0,6	2,2 %

nachrichtlich: Die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe belief sich im Jahr 2001 auf gerade einmal 0,05 Billionen US-\$.

Quellen: Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young, World Wealth Report 2003; Social Watch Deutschland Report 2003

M 10

Der Club der Wohlhabenden vergrößert sich

[...] Der weltweite Reichtum von Privatkunden mit einem Vermögen von über einer Million US-Dollar, den so genannten High Networth Individuals, wird per Ende 2001 auf unglaubliche 26,2 Billionen US-Dollar geschätzt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Wachstum von drei Prozent. In einem Jahr mit deutlich negativen Aktienmärkten ist das ein erstaunlicher Wert. [...]

Die Reichen in Asien und Südamerika holen auf

Ein differenzierter Blick auf die einzelnen Regionen zeigt jedoch enorme Unterschiede. Das Vermögen der Ultrareichen wuchs in den USA lediglich um 1,7 Prozent. Bei den Europäern stagnierte es gar mit einem leichten Plus von 0,1 Prozent. Dagegen verzeichnete Südamerika ein starkes Wachstum von acht Prozent und das Vermögen der Reichen in Asien wuchs um 7,1 Prozent. Ein Blick auf die Verteilung zeigt, dass 29 Prozent oder 7,6 Billionen US-Dollar des weltweiten Reichtums der High Networth Individuals im letzten Jahr von Amerikanern stammten. Die Europäer bringen es gar auf 32 Prozent oder 8,4 Billionen US-Dollar. [...]

Die USA sitzen auf 29,2 Billionen Euro

Per Ende 2001 verzeichneten die kumulierten Vermögen aller Privatpersonen in Europa 12,7 Billionen Euro. Die Amerikaner wiesen zum selben Zeitpunkt ein Vermögen von 29,2 Billionen Euro aus. Das ergibt in den USA pro Kopf 105.000 Euro. Dagegen kommen die Europäer lediglich auf ein Durchschnittsvermögen von 41.000 Euro. Doch der Vergleich hinkt. Während in den USA die privaten Pensionspläne zum Vermögen dazugezählt werden, bleiben die staatlichen Pensionspläne in Europa unberücksichtigt.

US-Investoren sind risikofreudiger

Vergleicht man die Zusammensetzung von amerikanischen Vermögensanlagen mit derjenigen der Europäer, so sind bei den Aktienanteilen und den Depositen die größten Unterschiede anzutreffen. [...] In den USA verfügt ein durchschnittliches Vermögenspaket über 22 Prozent Aktien. Dem stehen acht Prozent in Europa gegenüber. Dafür halten Investoren in Europa im Durchschnitt über 34 Prozent kurzfristige Anlagen gegenüber 14 Prozent in den USA. Die unterschiedliche Gewichtung von Vermögensgefäßen – allen voran die Aktienquote – ist Ausdruck verschiedener Investoren- und vor allem der unterschiedlichen Unternehmenskultur, sprich Risikokultur.

Europäische Erben scheuen das Risiko

Der unternehmerische Geist, eine eigene Firma zu gründen und das Risiko dafür zu tragen, ist in den USA ungleich größer als in Europa. Dies entspricht in weiterem Sinne dem „American Dream“. [...] Nur 25 Prozent in den USA [sind] zu ihrem Vermögen über Erbschaft oder Handel mit Gütern gekommen [...]. In Europa macht die vergleichbare Gruppe im vergangenen Jahr 54 Prozent der vermögenden Privaten aus. Die Risikofreudigkeit eines durchschnittlichen europäischen Erben liegt deutlich unter derjenigen des Unternehmers, der gewohnt ist, Risiken einzugehen. [...]

Quelle: Crédit Suisse, 20. Januar 2003 [<http://emagazine.credit-suisse.com/article/index.cfm?fuseaction=OpenArticle&aid=23098&search=topverdiener>]

Leitfragen:

Hinsichtlich Zusammensetzung und Herkunft großer Vermögen gibt es Unterschiede: Wie sind diese Unterschiede zu beurteilen?

Reiche gibt es nicht nur in den reichen Industrieländern, sondern auch in den Entwicklungsländern. Was ist zum Beispiel davon zu halten, dass allein das Vermögen der 100.000 afrikanischen Millionäre zehnmal so groß ist wie die weltweite (!) öffentliche Entwicklungshilfe?

Die reichsten Deutschen 2003

Rang	Name	Unternehmen	Vermögen in Milliarden Euro*	
			2003	2002
1	Theo Albrecht	Aldi Nord, Essen	15,0	14,6
2	Familien Boehringer/von Baumbach	Boehringer Ingelheim	14,5	12,3
3	Karl Albrecht	Aldi Süd, Mülheim/Ruhr	13,0	12,6
4	Anonymus	Anonymus	10,2	**
5	Werner Otto	Otto Versand, Hamburg	6,2	6,6
6	Susanne Klatten	BMW, München; Altana, Bad Homburg	6,0	7,5
7	Friedrich Karl Flick	Flick-Holding, Wien	5,3	5,4
8	Reinhold Würth	Würth-Gruppe, Künzelsau	4,6	4,5
9	Anonymus	Anonymus	4,6	3,5
10	Curt G. Engelhorn	vorm. Boehringer Mannheim, Mannheim	4,5	4,7
11	Reinhard Mohn	Bertelsmann, Gütersloh	4,3	5,7
12	Otto Beisheim	Metro, Düsseldorf	4,2	3,7
13	Michael und Reiner Schmidt-Ruthenbeck	Metro, Düsseldorf	4,2	4,6
14	Hasso Plattner	SAP, Walldorf	3,7	4,7
15	Familie Braun	B. Braun, Melsungen	3,6	3,6
16	Stefan Quandt	BMW, München; Delton, Bad Homburg	3,6	4,5
17	Familie August von Finck	vorm. Merck, Fink & Co., München	3,5	3,7
18	Familie Rudolf August Oetker	Oetker-Gruppe, Bielefeld	3,5	3,3
19	Familie Reimann	Reckitt Benckiser, Flough/GB; Coty, NY	3,5	4,6
20	Familie Haub	Tengelmann-Gruppe, Mülheim	3,2	**
21	Johanna Quandt	BMW, München	3,2	4,4
22	Heinz Bauer	Bauer-Verlag, München	3,0	4,0
23	Familie Bosch	Robert Bosch, Stuttgart	2,9	3,1
24	Familie von Holtzbrinck	Verlagsgr. Georg von Holtzbrinck, Stuttgart	2,9	5,6
25	Alfred von Oppenheim	Bankhaus Sal. Oppenheim, Köln	2,6	2,7

* Stand: 15. Januar 2003

** kein zuverlässiger Vorjahresvergleich möglich

Quelle: manager-magazin.de, 7. April 2003, 19:59 Uhr
[<http://www.manager-magazin.de/koepfe/reichste/0,2828,236831,00.html> (20. Mai 2003)]

Die reichsten Deutschen 2003: Kurzportraits (Auszüge)

Theo Albrecht

Rang 1: 15 Milliarden Euro, Aldi Nord

Er hat einen Bungalow in Essen-Bredeney, zwei Söhne (Theo junior, Berthold), Schäferhund Rex und Geld wie kein zweiter Deutscher – viel mehr weiß man nicht über Herrn Theo Albrecht (80), den geheimsten Krämer der Republik. Das letzte Foto von ihm ist fast 15 Jahre alt. Das Aldi-Reich, Sanktuarium der Centfuchser, ist geteilt: Der Norden gehört Theo, der Süden seinem älteren Bruder Karl (Platz 3). Gemeinsam sind sie besonders stark und setzen rund 23 Milliarden Euro um. Teuro und Krisen kommen sehr zupass. Mutter Anna hat immer gewusst und gewissagt: „Je schlechter es den Leuten geht, desto besser geht es uns.“

Familien Boehringer / von Baumbach

Rang 2: 14,5 Milliarden Euro, Boehringer Ingelheim

Karl der Große, der auch ein großer Reisender war, regierte das Abendland immer mal wieder gern vom rheinland-pfälzischen Ingelheim aus. Die Säulen seiner dortigen Kaiserpfalz bilden, womit wir beim Thema wären, das Firmenzeichen des Pharmariesen Boehringer Ingelheim. Trotz dieser historischen Großanleihe darf festgehalten werden: Die Boehringers und die eingeheirateten von Baumbachs haben sich mit ihren Säulen bislang nicht blamiert. Im Gegenteil, wäre Boehringer börsennotiert, die Aktien hätten zuletzt wohl einen ordentlichen Satz gemacht: mehr Umsatz (7,5 Milliarden Euro), mehr Gewinn, mehr Geschäft im tollen Pillensupermarkt USA. [...] Alle weiteren Aussichten Boehringers sind so gut wie bei klarem Wetter von der Zugspitze aus.

Karl Albrecht

Rang 3: 13 Milliarden Euro, Aldi Süd

Über Karl Albrecht (83), den Eigentümer von Aldi Süd, ist genau so viel bekannt wie über Bruder Theo: zu wenig. Hier das Wenige: Wohnt mit Frau Mia in Essen, hat einen Sohn (Karl junior) und in Donaueschingen (idyllisch gelegen bei einem Aldi-Zentrallager) ein Golfhotel mit einem 27-Loch-Platz. Hier schwingt der alte Herr gern mal den Golfschläger: zack und boing. Auch züchtet er Orchideen. Und er ist der drittreichste Deutsche. Noch Fragen? Ja, viele. Aber niemand antwortet.

Werner Otto

Rang 5: 6,2 Milliarden Euro, Otto Versand/ECE

Allein 2002 spendierte der überschwängliche Otto dem Schauspielhaus am Gendarmenmarkt in Berlin 4,5 Millionen Euro; er gab 200.000 Euro hin für einen Architektenwettbewerb zur Umgestaltung des Hamburger Jungfernstiegs; er legte im Januar 5 Millionen Euro obendrauf, damit die Bauarbeiten endlich losgehen. Seit Jahrzehnten schon unterstützt der Mann die Medizinforschung, er fördert in Potsdam die Sanierung des Belvedere – und in Seelow/Brandenburg den Wiederaufbau des dortigen Kirchturms. Reine Gefühls- und Privatsache: In Seelow erblickte Otto 1909 das Licht einer Welt, die ständig Geld braucht; in der Kirche ward er getauft. Die Unternehmensführung hat Otto der Gütige schon 1966, 57 Jahre alt, niedergelegt; Sohn Michael, inzwischen auch schon 59, denkt hingegen ernsthaft ans Nicht-Aufhören. Der Seniorchef widmet sich auch noch der Firmengruppe ECE, dem größten Betreiber von Einkaufszentren in Europa. Was bleibt: So wie Otto hat noch keiner den Deutschen ins Gewissen gespendet.

Friedrich Karl Flick

Rang 7: 5,3 Milliarden Euro, Flick-Holding

Wenn die weniger attraktive Seite des Kapitalismus ein Antlitz trägt, dann seines: Friedrich Karl Flick (76) spielt die Rolle des Milliardärs, genuss- und ausgabeorientiert, bis an die Grenze zur Zickigkeit und manchmal auch darüber hinaus. Die 5,4 Milliarden Mark, die der Mann [...] vor 18 Jahren für den Verkauf seines Industrie-Imperiums einstrich, goss er in allerhand goldene Gefäße: interkontinentale Aktienpakete, ein Forstgut in der Steiermark, einen Landsitz in den USA, eine Residenz in München und in diverse Großkostbarkeiten, von denen niemand je gehört hat. Dazu besitzt er eine 40 Millionen Euro teure Prachtfestung mit 40 Zimmern am Wörthersee, wo er sich verbarrikadiert und an stillen Samstagnachmittagen von jener Parteispendenaffäre in den 80er Jahren träumen kann, die seinen kurzen Namen trägt. Das Ansinnen, einige Krümel seiner Aktiva für die Entschädigung von Zwangsarbeitern des Naziregimes von der Marmortischkante fallen zu lassen, lehnte der Milliardär, dessen Vater im Dritten Reich ein Vermögen machte, mit der freundlichen Unverbindlichkeit eines Oberkellners ab [...].

Reinhold Würth

Rang 8: 4,6 Milliarden Euro, Würth-Gruppe

Ganz unschwäbisch zeigt Reinhold Würth (67) seinen Reichtum her, den er in diversen Stiftungen fachmännisch verstaubt hat: Die Luft erobert der Mann aus Künzelsau (Schwäbisch-Sibirien) im eigenen Flugzeug, den Asphalt reibt er mit seiner Harley-Davidson ab. Und er sammelt Kunstwerke auf fabelhaft hohem Niveau: Nolde, Picasso, Hrdlicka, Christo. „Schrauben-Würth“ ist bekennender Unternehmer und folgerichtig Mitglied der Leistungsträgerpartei FDP.

Curt G. Engelhorn

Rang 10: 4,5 Milliarden Euro, Boehringer Mannheim

Von den zehn reichsten Deutschen kommen vier aus der Pharmazene. Nur einer freilich, Curt Engelhorn (76), hat sein Pillengeschäft bislang auch versilbert: Seine Verwandten und er verkauften ihr Unternehmen Boehringer Mannheim 1997 für elf Milliarden Dollar an den Roche-Konzern. Die Transaktion lief über einen Trust, steuerparadiesisch auf den Bermudas gelegen. Nun müssen jedoch einige verwickelte Trust-spezifische Erbschaftsfragen gelöst werden. Engelhorn, der mit seiner (vierten) Ehefrau Heidi in Gstaad lebt, lässt sich nicht bedrücken. Er genießt und versucht, sein Geld auf eine ehrbare Weise loszuwerden: Seine Angel Foundation fördert die Kultur in Gestalt diverser Projekte.

→ M77

Quelle: manager magazin [http://www.manager-magazin.de/koepfe/reichste/0,2828,236841,00.html, 20.02.2003 (20. Mai 2003)]

Anmerkung:

Der vorliegende Text wurde wegen seines Informationsgehaltes ausgewählt. Angesichts des journalistischen Stils empfiehlt sich eine sorgsame Abwägung über das Ob und Wie seines Einsatzes.

Leitfrage:

Worauf gründen die Vermögen der vorgestellten Familien, und welche unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten sind angedeutet? Ist das von Interesse für die Beurteilung von Reichtum? → M77-79

Gesichter der Armut

Manuel lebt im Hotel...

Manuel (Name geändert) ist vier Jahre alt und geht in den Kindergarten der Gemeinde am Hauptbahnhof in Frankfurt. Seine Erzieherin erzählt:

„Kinderarmut hat auch in unserer Einrichtung viele Gesichter. Neben der materiellen Bedürftigkeit ergeben sich häufig schwierige Lebenssituationen für die Eltern, die dann oft überfordert sind. Sie haben Probleme, ihren Alltag zu organisieren und verlieren oft den Blick dafür, was ihre Kinder brauchen.“

[...] Manuel wird oft alleine gelassen [...]. Sein Alltag orientiert sich voll und ganz an den Schwierigkeiten der Eltern, es gibt keinerlei Regelmäßigkeiten oder Leben nach seinen Bedürfnissen. Er weiß nie, wer ihn abholen wird, wie und wo er seinen Tag und die Nacht verbringen wird. Kneipen und die Straße sind seine Spielplätze, die raue Sprache der Straße des Bahnhofsviertels beherrscht er weit besser als die Umgangssprache des Kindergartens.

Manuel wächst auf ohne Beständigkeit, Verlässlichkeit und Rituale. Die Möglichkeit, dies wenigstens im Kindergarten zu erleben, wird ihm genommen, da seine Eltern es nicht schaffen, ihn regelmäßig dort hin zu bringen. Der Besuch der Einrichtung ist immer sehr willkürlich und für ihn nicht kalkulierbar. Manuel muss sich immer auf unzusammenhängende Situationen einstellen. Erfahrungen von Sicherheit kann er nicht machen. In seinem Kinderleben gibt es keine Kindheit.“

„Hart ist es halt im Winter“

Ludwig Maurer (Name geändert) hat, wie er selbst sagt, eine „klassische Karriere zum Penner“ gemacht. Durch einen Unfall wurde er berufsunfähig, dann arbeitslos. Das Geld wurde immer knapper, die Frau bekam Krebs und starb innerhalb kürzester Zeit. Kinder hatten sie keine. Eines Tages stand der Gerichtsvollzieher vor der Tür, Zwangsäumung, Obdachlosigkeit. „Das geht jetzt schon seit 7 Jahren so“, erzählt Ludwig. „Im Sommer geht's ja noch, da findest du immer was. Aber hart ist es halt im Winter.“ Wie viele andere Obdachlose campiert Ludwig mit seinem Schlafsack in Hauseingängen, in Abbruchhäusern, unter Brücken, in alten Güterzügen, an den Eingangstüren der Warenhäuser. Es ist ein Leben von der Hand in den Mund. „Gesund würeste davon nicht.“

„Kino, Frisör und Essengehen habe ich mir schon lange abgeschminkt. Schlimm ist, dass ich meiner Freundin nichts schenken kann.“

Elke Bäcker (Name geändert) ist 32 Jahre alt, allein erziehende Mutter von zwei Kindern, Julia (11) und Felix (8). Wegen der Kinder arbeitet sie nur halbtags als Sekretärin in einer kleinen Spedition. Ihr geschiedener Mann kommt seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht nach. „Der hat doch selber nichts“, winkt Frau Bäcker ab. Im Alltag kommt sie grade so über die Runden, aber ein gemeinsamer Urlaub mit den Kindern ist nicht drin, auch kein gemeinsamer Schwimmbadbesuch mit Eis oder Kino. Den Beitrag für den Fußballverein hat die Kirchengemeinde übernommen, bei Schulausflügen gibt es Zuschüsse aus der Klassenkasse. Als Julias Klasse ins Schullandheim gefahren ist, wurde Julia „krank“. Es war ihr peinlich zuzugeben, dass einfach kein Geld da ist.

Kindergeburtstage können nicht gefeiert werden, und weil Julia und Felix keine anderen Kinder einladen, werden sie seit einiger Zeit auch selbst nicht mehr eingeladen. Auch Elke Bäckers Kontakte brechen immer mehr ab, weil sie sich mit ihrem kleinen Etat keine gemeinsamen Unternehmungen mit Freundinnen und Freunden leisten kann. „Kino, Frisör und Essengehen habe ich mir schon lange abgeschminkt. Schlimm ist, dass ich meiner Freundin nichts schenken kann.“ Und dass Felix eine Zahnsperre braucht, bereitet seiner

Mutter schlaflose Nächte. Sie weiß nicht, wo das Geld dafür herkommen soll, das die Krankenkasse nicht übernimmt. Es reicht bei den Bäckers für das Nötigste, aber zu einem Leben in Würde gehört mehr als Essen, Kleidung und eine Wohnung...

„Und wenn kein Geld da ist, verliert auch der Kaiser sein Recht“

Johann Meier (Name geändert) ist 88 Jahre alt und seit vier Jahren aktives Gemeindemitglied der Gemeinde am Hauptbahnhof in Frankfurt. Seit dieser Zeit lebt er im Altenpflegezentrum. Angehörige hat er keine. Seine Frau und sein Sohn sind gestorben. „Also bin ich hierher gezogen“, erzählt der Rentner. Er lebt in einem Zimmer, das er sich mit einem anderen Bewohner teilt. „Mir geht es hier gut“, sagt Johann Meier. Sicher, als er noch zu Hause wohnte, sei es ihm besser gegangen. Vor allem finanziell. Zumindest habe er mehr von seiner Rente gehabt. Jetzt lebt er im Defizit. Er bekommt 1750 Euro, die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Pflege betragen derzeit 3000 Euro. „Das Sozialamt zahlt die Differenz“, sagt der Rentner nüchtern. Außerdem bekommt er monatlich 123 Euro „Taschengeld“.

Davon kauft Herr Meier Zeitungen, Mineralwasser, Zahnpasta und andere Kosmetika, bezahlt die Fußpflege und Fahrtkosten zu Arztbesuchen. Und hin und wieder geht er einen Kaffee trinken, leistet sich Schokolade, Kekse und auch mal eine Flasche Dornfelder. „Rotwein trinke ich ganz gern, kann aber darauf verzichten, wenn es finanziell nicht drin ist.“ Verzichten muss er auf Konzertbesuche, obwohl er für Opern schwärmt. Dafür reicht das Geld dann doch nicht. Wenn er Musik hören möchte, greift er in die Schublade mit seinen Kassetten. Manchmal, wenn Freunde und Bekannte schreiben, und auch mal einen Geldschein dazu legen, kann er sich etwas außer der Reihe leisten. Wenn er beim monatlichen Ausflug der Kirchengemeinde mitfährt, begleitet er die Lieder mit seiner Kunst auf der Mundharmonika.

Mittlerweile hat er in der Altenwohnanlage auch eine Freundin. Sie ist finanziell besser gestellt und greift ihm öfters „unter die Arme“.

Der pensionierte Flugzeugmonteur blickt ohne Bitterkeit zurück. „Ich habe ein Auto gehabt und mir manches geleistet. Jetzt muss ich die Kirche im Dorf lassen. Ich bin halt Sozialhilfeempfänger. Und wenn kein Geld da ist, verliert auch der Kaiser sein Recht.“

„Ich geh doch nicht betteln“

Elsa Krämer (Name geändert), Jahrgang 1920, geboren in einem kleinen Dorf bei Marburg. Sie hat vier Brüder, die bis auf einen im Krieg gefallen sind. Sie ist die einzige Tochter. Eine Berufsausbildung darf sie nicht machen, ihre Eltern schicken sie, sobald sie alt genug ist, zu anderen Bauern im Dorf als Aushilfe. Dort bekommt sie Naturalien, kein Geld. Mit 50 Jahren setzt sie sich gegen ihre Eltern durch und beginnt stundenweise als Hilfsarbeiterin in einer kleinen Fabrik im Dorf zu arbeiten – wegen der Rente. Doch als ihre Eltern pflegebedürftig werden, bleibt sie wieder zu Hause. Als beide Eltern gestorben sind, kann sie in deren kleinem Haus wohnen, sie hat im Monat 200 DM zum Leben. Angebote, ihr beim Beantragen von Sozialhilfe zu helfen, hat sie stets abgelehnt: „Ich geh doch nicht betteln.“

Quelle: Armut hat viele Gesichter. Gottesdienst-Entwurf für die Frühjahrssammlung des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau 2003, erarbeitet von Sabine Bäuerle, Zentrum Verkündigung der EKHN und Johannes Herrmann, Ev. Gemeinde am Hauptbahnhof in Frankfurt/M., Manuskript, 9 Seiten

Leitfragen:

Welche Ursachen von Armut werden in den Texten angedeutet?

Welche Hinweise geben die Texte darauf, was es konkret bedeutet, arm zu sein?

M 15

Wer hat, dem wird gegeben

Mit den Vermögen → M4 sind auch die Vermögenseinkommen ungleich verteilt. → M19 (Schaubild) Sie klaffen nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 sogar noch deutlicher auseinander als die Vermögen selbst. Insgesamt flossen danach den privaten Haushalten Vermögenseinkommen in Höhe von 302 Milliarden DM (154 Milliarden Euro) zu. Fast die Hälfte davon ging an das oberste Fünftel der nach Einkommen geordneten Haushalte, auf das unterste Fünftel entfielen dagegen nur knapp zwei Prozent der Vermögenseinkommen. Die Vermögenseinkommen tragen damit zu einer weiteren Konzentration der Vermögen bei.

Noch ungleicher als die Verteilung von Vermögen und Vermögenseinkommen ist die Fähigkeit, *Ersparnisse* zu erwirtschaften. Während das oberste Fünftel der nach Einkommen geordneten Haushalte zwei Drittel der Ersparnis aller Haushalte auf sich vereinen konnte, weist die EVS für das unterste Fünftel einen negativen Anteil an der Ersparnis in Höhe von -2,8 Prozent aus! Für diese Haushalte war die private Daseinsvorsorge also außerordentlich schwierig und sie mussten zur Deckung laufender Ausgaben auf Ersparnisse zurückgreifen.

nach R&A, S. 38-39

M 16

Negatives Vermögen: Verschuldung

Den Gegensatz zum Vermögensreichtum bilden Schulden – quasi als „negatives Vermögen“. Obwohl in der sozialwissenschaftlichen Armutsforschung bisher vernachlässigt, ist Verschuldung gesellschaftliche Realität in Deutschland: Die Verpflichtungen der privaten Haushalte summieren sich 1998 nach Angaben der Bundesbank auf rund 2,6 Billionen DM (rund 1,3 Billionen Euro). Solange diesen Zahlungsverpflichtungen ein hinreichendes Einkommen und Vermögen gegenüber stehen, weisen sie natürlich nicht auf eine Armutslage hin. Problematisch wird Verschuldung aber, wenn die betroffenen Haushalte nicht mehr in der Lage sind, monatliche Zins- und Tilgungsraten zu leisten, das heißt, wenn *Verschuldung* zu *Überschuldung* wird. Darunter ist nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung die „Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen“ zu verstehen, „die zu einer wirtschaftlichen und psychosozialen Destabilisierung der Betroffenen führt“. Überschuldung hat also mehr als nur eine finanzielle Dimension. Im Jahr 1999 gab es rund 2,77 Millionen Überschuldungsfälle in der Bundesrepublik, das waren über sieben Prozent der Privathaushalte. Ein Drittel von ihnen (fast eine Million Haushalte) hatte mehr als 50.000 DM (rund 25.000 Euro) Schulden. Mehrheitlich dürften überschuldete Haushalte kaum in der Lage sein, aus eigener Kraft dem Schuldenkreislauf zu entkommen. Der wichtigste Auslöser für Verschuldung war in den neunziger Jahren Arbeitslosigkeit. Zugleich hat die Überschuldung Erwerbstätiger in Westdeutschland erheblich zugenommen. Einpersonenhaushalte haben Familien als stärkste Gruppe der überschuldeten Haushalte abgelöst. Am häufigsten ist Kreditverschuldung (insbesondere bei Kreditinstituten und Handel), daneben gewinnen Telefonschulden an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund war die Einführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens im Rahmen der Insolvenzordnung sicher dringlich. Seit dem 1. Januar 1999 eröffnet das gerichtliche Entscheidungsverfahren überschuldeten Personen die Chance auf Entschuldung. Seine Einführung ist allerdings, so die Bundesregierung in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht, „mit erheblichen Anlaufschwierigkeiten verbunden“. Es bleibt also abzuwarten, ob es mit dem neuen Instrument gelingt, die Überschuldung privater Haushalte abzubauen.

nach R&A, S. 40-41

M 17

West-Ost-Gefälle der Vermögensverteilung

Erwartungsgemäß sind die Vermögen zwischen den alten und neuen Bundesländern ungleich verteilt: Im Durchschnitt hatten die ostdeutschen Haushalte nur 35 Prozent der westdeutschen Vermögenssumme zur Verfügung. Während die Haushalte im oberen Fünftel der ostdeutschen Verteilung 39 Prozent des entsprechenden westdeutschen Niveaus besaßen, kamen die Haushalte im mittleren Fünftel nur auf 26 Prozent. Dieses West-Ost-Gefälle bei den Vermögen ist sicher schwerwiegender als das bei den Einkommen. → M26 Denn die Einkommen werden sich mittelfristig angleichen. Der „Vorsprung“ von mehreren Jahrzehnten, den die westdeutschen gegenüber den ostdeutschen Haushalten bei der Vermögensbildung haben, ist jedoch kaum einzuholen. Die Vermögensverteilung in den neuen Bundesländern selbst ist nach Angaben des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung von 2001 noch ungleicher als im Westen: Das Geldvermögen war 1998 etwas gleichmäßiger, das Immobilienvermögen aber deutlich ungleichmäßiger als in den alten Bundesländern verteilt.

nach R&A, S. 39-40

M 18

Vermögen ungleicher verteilt als Einkommen

Meinhard Miegel rechnete schon zu Beginn der achtziger Jahre vor, dass die „Reichen“, die 2,1 % der Bevölkerung ausmachen, nicht nur über knapp ein Zehntel (genau: 9 %) aller Haushaltseinkommen, sondern auch über ein Fünftel (genau: 19,2 %) des gesamten Privatvermögens verfügten. Ein ähnliches disproportionaler Verhältnis ergab sich beim Bevölkerungsdrittel der „unterdurchschnittlich Gestellten“, deren Anteil am Einkommen ein knappes Viertel (genau: 23,6 %), am Vermögen aber nur ein Siebtel (genau: 14,2 %) ausmachte.

Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verfügte von allen Haushalten jenes Fünftel mit den größten Vermögen 1993 im Schnitt über fünfmal und 1998 über fast sechsmal so viel Vermögen wie das mittlere Fünftel aller Haushalte, während das untere Quintil [Fünftel] der Haushalte kein Vermögen hatte. [...] Von einer Nivellierung der materiellen Ungleichheit in Deutschland kann also nicht die Rede sein, allenfalls von einer leichten Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem reichsten und dem ärmsten Quintil – und das auch nur beim Einkommen, beim Vermögen haben die Disparitäten eher zugenommen.

Quelle: Gerd Nollmann / Hermann Strasser (2002), Armut und Reichtum in Deutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte 29-30/2002

Leitfragen:

Welche Konsequenzen haben Vermögenseinkommen für die Vermögensverteilung?

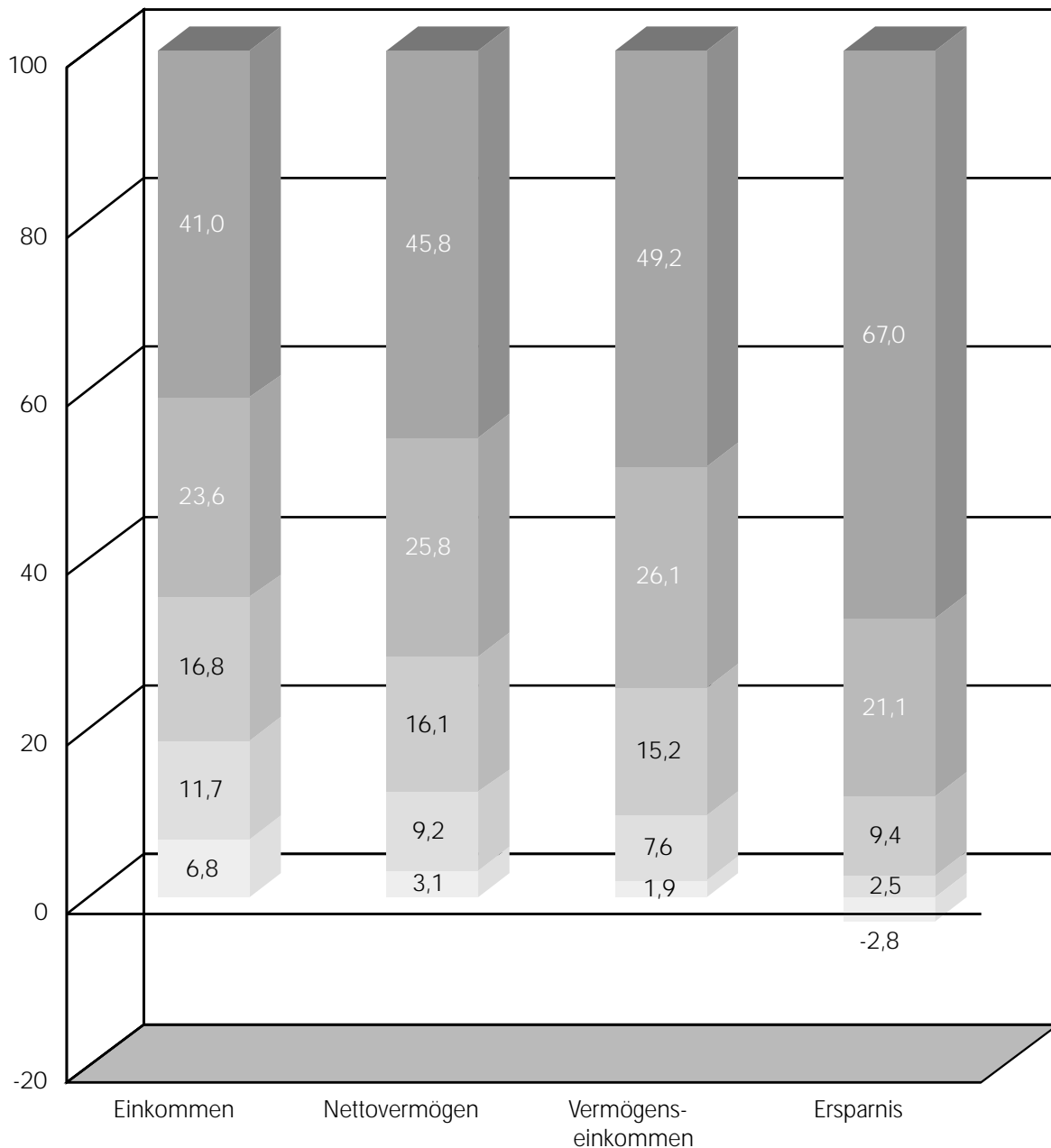
Was bedeutet es für Familien, keine Ersparnisse bilden zu können?

Wann wird Verschuldung zum Problem? (In diesem Zusammenhang können auch die Zwänge unserer Konsumgesellschaft und die Frage der Verantwortung der Banken diskutiert werden.)

Was spricht für das Vermögen als gegenüber dem Einkommen besser geeigneter Indikator für Armut und Reichtum?

Vermögenseinkommen und Ersparnis noch ungleicher verteilt als Einkommen und Vermögen

Verteilung (%) des verfügbaren Einkommens, des Nettovermögens, des Vermögenseinkommens und der Ersparnis auf die Fünftel der nach Einkommen geordneten Haushalte (Westdeutschland 1998)



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin, S. 53

Erläuterung:

Auf die reichsten 20 Prozent der deutschen Haushalte entfallen 41 Prozent der Einkommen, knapp 46 Prozent der Vermögen, fast die Hälfte der Vermögenseinkommen und sogar zwei Drittel der Ersparnis aller deutschen Haushalte. Die ärmsten 20 Prozent der deutschen Haushalte verfügen dagegen nur über 6,8 Prozent der Einkommen, über 3,1 Prozent der Vermögen und 1,9 Prozent der Vermögenseinkommen. Ersparnisse konnten diese Haushalte überhaupt nicht bilden, im Gegenteil: Sie mussten zur Deckung laufender Ausgaben Ersparnisse auflösen (und haben deshalb einen negativen Anteil an den gesamten deutschen Ersparnissen). → M15

M 20

Armut? Eine Definitionsfrage

Armut hat viele Gesichter, sie ist vielschichtig und mehrdimensional. Daher hat sich in Sozialwissenschaft und -politik international ein offener Armutsbegriff durchgesetzt: Nach einer Definition des Rates der Europäischen Union von 1984, die sich auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2001 zu eigen macht, gelten Personen, Familien und Gruppen als arm, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“. Armut wird in dieser Definition also gleichgesetzt mit dem Ausschluss vom gesellschaftlichen Lebensstandard, mit sozialer Ausgrenzung. Die Offenheit dieser Definition spiegelt zwar die Vielschichtigkeit von Armut wider, die definitorischen Probleme aber löst sie nicht. Denn objektiv lässt sich nicht feststellen, was „als Minimum annehmbar“ ist. Dies muss vielmehr von der Gesellschaft diskutiert und festgelegt werden.

nach R&A, S. 45

M 21

Armuts-Schwellen: Der Ressourcenansatz

Der Ressourcenansatz fragt nach den Mitteln (Einkommen, Vermögen), die einer Person oder einem Haushalt zur Deckung des (gesellschaftlich vereinbarten) minimalen Lebensbedarfs zur Verfügung stehen.

Absolut arm ist danach, wer nicht genügend Mittel zum physischen Überleben hat, in Deutschland also beispielsweise Obdachlose und Straßenkinder.

Relativ arm ist, wer nicht über genügend Mittel zur Erreichung eines gesellschaftlich akzeptablen Mindeststandards verfügt. Welche Mittel das sind, ist nicht objektiv festzustellen. Behelfsweise hat sich die Vorstellung durchgesetzt, dass in relativer Armut lebt, wer nur über ein deutlich unterdurchschnittliches Einkommen verfügt.

In der Regel wird die relative Armutsgrenze an der 50-Prozent-Schwelle festgemacht. Einkommensarm ist nach dieser Vorstellung ein Haushalt mit einem Einkommen, das unter der Hälfte des durchschnittlichen nach Personen gewichteten Haushaltseinkommens (Äquivalenzeinkommen) liegt.

Darüber hinaus wird bei Einkommen unter der 40-Prozent-Schwelle gelegentlich von „*strenger Armut*“, bei Einkommen zwischen der 50- und der 60-Prozent-Schwelle von „*weiter Armut*“ gesprochen. Schließlich wurde für Einkommen unterhalb der 75-Prozent-Schwelle der Begriff „*prekärer Wohlstand*“ in die Diskussion gebracht: Haushalte oberhalb dieser Schwelle müssen kaum mit Unterversorgungslagen rechnen, Haushalte mit einem Einkommen unterhalb dieser Schwelle seien dagegen unmittelbar von Unterversorgungslagen bedroht und würden bei außergewöhnlichen Belastungen schnell in Armut geraten.

nach R&A, S. 45-47

Leitfrage:

Was spricht dafür, „Armut“ und „Reichtum“ nicht absolut, sondern relativ, das heißt im Verhältnis zum gesellschaftlichen Umfeld, zu definieren?

M 22

Bedarf gedeckt? Der Lebenslagenansatz

Der Lebenslagenansatz fragt nach der Bedarfsdeckung: Kann eine Person oder ein Haushalt den (gesellschaftlich vereinbarten) minimalen Lebensbedarf (Bildung, Erwerbstätigkeit, Wohnung, Gesundheit usw.) befriedigen? Er lässt aber ebenfalls offen, was Unterversorgung ist und mit welchen Indikatoren sie gemessen werden soll.

nach R&A, S. 47

M 23

Für die Armen ist Armut keine Definitionsfrage

Eine alte Frau in Fidschi auf die Frage einer kirchlichen Mitarbeiterin: „Sie fragen mich, was Armut ist? Hier! Hier ist sie, sie starrt Ihnen in die Augen! Schauen Sie mich doch an! Ich bin allein. Ich habe nicht genug zu essen. Ich habe keine ausreichende Kleidung, keine ausreichende Unterkunft. Ich habe kein sauberes Trinkwasser. Schauen Sie nur meine geschwollenen Füße! Zur Apotheke kann ich nicht gehen, sie ist zu weit weg, um zu Fuß hinzugehen. Ich müsste allein eine Meile laufen, um einen Bus zu kriegen. Ich sehe schlecht. Garten- und Feldarbeit kann ich nicht mehr machen. So sagen Sie nicht, ich soll Ihnen erzählen, was Armut ist! Schauen Sie mich an – und sehen Sie selbst!“

nach R&A, S. 27

M 24

Reichtum? Eine Definitionsfrage

Gemeinhin gelten Millionäre als reich, wobei zu unterscheiden wäre zwischen Einkommens- und Vermögensmillionären. Eine solche „Definition“ hat aber allenfalls symbolischen Wert, nicht zuletzt deshalb, weil sie zeit- und währungsabhängig ist.

Ein Vorschlag für eine aussagekräftigere Definition von „Reichtum“ bezieht sich in Analogie und spiegelbildlich zur Definition der relativen Armutsschwelle auf die „200-Prozent-Schwelle“, also das Doppelte des durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommens. Diese Schwelle bilde die untere Grenze „relativen Reichtums“. Geht man davon aus, waren 1998 in Deutschland 6,6 Prozent der Einkommensbezieher (das waren 1,9 Millionen Personen) „relativ reich“ (eine auf Haushalte bezogene Aussage ist wegen fehlender statistischer Daten nicht möglich).

Kein Einvernehmen gibt es bislang bei der Definition einer Reichtumsgrenze, die sich nicht auf das Einkommen, sondern auf das Vermögen bezieht. In jedem Fall dürfte dann von Reichtum zu sprechen sein, wenn allein schon die Vermögenseinkommen die „200-Prozent-Einkommensgrenze“ überschreitet. Schätzungsweise war das 1998 bei Vermögen über etwa 1,5 Millionen DM (ca. 750.000 Euro) der Fall. Der frühere Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl bezeichnete allerdings Vermögen bis zwei Millionen DM als klein, die Grenze zum Vermögensreichtum zog er bei etwa 10 Millionen DM: „Jemanden, der fünf Millionen besitzt, würde ich als wohlhabend bezeichnen.“

Eine dritte Möglichkeit, Reichtum zu definieren, bestünde darin, entsprechend dem Lebenslagenansatz und in Analogie zur Unterversorgung zu fragen, wann (wenigstens bei knappen Ressourcen wie Arbeit und Wohnraum) „Übersorgung“ vorliegt. Hilfreich wären Indikatoren, die Anhaltspunkte dafür liefern, wann solcher Luxus auf Kosten der Allgemeinheit geht.

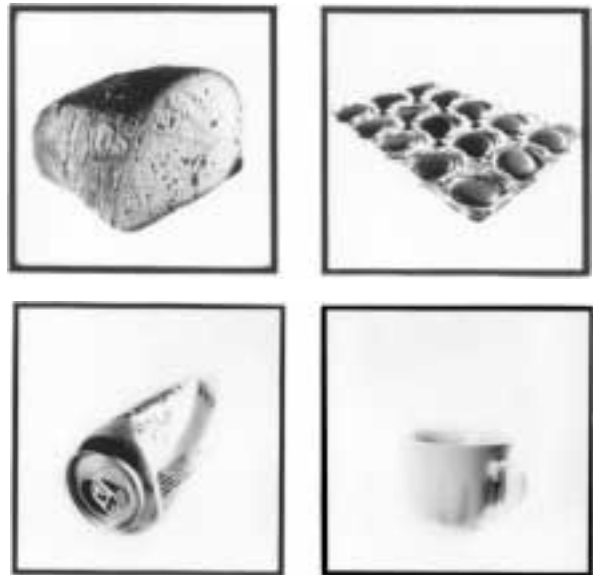
nach R&A, S. 47-48

Fotowettbewerb des Caritasverbandes Konstanz zum Thema „Armut – Reichtum“

Im Jahr 2000 lud der Caritasverband Konstanz Fotograf(innen) ein, sich mit Armut und Reichtum jenseits der landläufigen Armutsklischees auseinander zu setzen. Aus 410 Fotos von 147 Teilnehmenden wählte die Jury 30 Fotos aus, die zu einer Wanderausstellung zusammengestellt wurden. Hier eine kleine Auswahl der prämierten Fotos.

1. Preis: Joachim Boretto, ohne Titel

Die abstrakte Darstellung in zwei Gegensatzpaaren (Brot und Pralinen, Getränkedose und Porzellantasse) zeigt nach Ansicht der Jury die Problematik von Armut und Reichtum schlicht und einfach auf. Der Fotograf komme nicht mit einem erhobenen Zeigefinger daher, sondern fordere das eigene Nachdenken heraus. Seine Fotos würden für die Betrachter(innen) zu „Lesefotos“, in denen sie ihre eigene Lebensgeschichte suchen können.



2. Preis: Martin Specht, Armenküche Prenzlauerberg 1999

Dem Fotografen ist es nach Meinung der Jury ausgezeichnet gelungen, das Spannungsfeld zwischen den „Armen“, die Hilfe empfangen, und den „Reichen“, die selbstgefällig ihre Wohltaten austeilen, in einer Momentaufnahme einzufangen.



Sonderpreis: Verena Kaas, Andrea 1999

Für die Jury ist dieses Foto ein eher künstlerisches Bild, das auch mit den Mitteln der Collage arbeitet. In der Mitte steht der nackte Mensch, so wie er das Leben beginnt und beendet. Auf den beiden Seiten werden dann die Möglichkeiten, das Leben arm oder reich zu leben, klischeehaft verdeutlicht. Dabei hätten durchaus beide Seiten ihren Reiz. Für den Betrachter eröffne sich so eine breite Plattform der künstlerischen Interpretation.



M 26

Die Reichen werden reicher

Nicht nur die Vermögen → **M4**, auch die Einkommen sind in Deutschland ungleich verteilt. Ihr Konzentrationsgrad ist jedoch geringer. 1998 lag der Einkommensanteil des obersten Zehntels der nach Einkommen geordneten Haushalte bei 22,2 Prozent, gegenüber 21,5 Prozent im Jahr 1973. Auf die beiden unteren Zehntel entfielen 1998 lediglich vier bzw. 5,5 Prozent, gegenüber 4,6 bzw. 5,9 Prozent im Jahr 1973. → **M29** (Schaubild)

Entgegen dem ersten Augenschein nahm die Ungleichverteilung zwischen 1973 und 1998 vor allem zu Lasten der Bezieher niedriger Einkommen erkennbar zu, wenn man die Veränderungen der Einkommensanteile der einzelnen Zehntel betrachtet. Für etwa 70 Prozent der Haushalte verlief die Einkommensentwicklung von 1973 bis 1998 nicht dramatisch: Die besser Verdienenden konnten leicht überdurchschnittliche Einkommenszuwächse erzielen, während sich die weniger gut ausgestatteten Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommenszuwächsen zufrieden geben mussten. Für die Haushalte des sechsten Zehntels veränderte sich nahezu nichts. Die einkommensreichsten Haushalte verbesserten ihre relative Position spürbar: Ihr Einkommensanteil am Gesamt-nettoäquivalenzeinkommen stieg um 3,3 Prozent. Dramatisch verlief die Entwicklung für die einkommensärmsten Haushalte: Das

unterste Zehntel büßte in 25 Jahren 13 Prozent, das zweite immer noch 6,8 Prozent seines Einkommensanteils ein. Zwanzig Prozent der westdeutschen Haushalte, das sind über 13 Millionen Menschen, rutschten also immer weiter weg von der durchschnittlichen Einkommensausstattung. → **M30** (Schaubild)

Auch bei den Einkommen gibt es (wie bei Vermögen, → **M17**) erwartungsgemäß ein West-Ost-Gefälle: Das Nettoäquivalenzeinkommen betrug in Ostdeutschland im Jahr 1998 nur drei Viertel des Wertes für Westdeutschland (nach zwei Dritteln im Jahr 1993). Allerdings ist die Sekundärverteilung** in den neuen Bundesländern wesentlich gleicher als in den alten – wahrscheinlich mit zunehmender Ungleichheit. Genauere Aussagen über die Entwicklung der ostdeutschen Einkommensverteilung erlaubt die Datenlage noch nicht.

nach R&A, S. 57-59

* **Äquivalenzeinkommen:** Um die Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe vergleichbar zu machen, werden diese entsprechend der Personenzahl gewichtet. Das ist deshalb sinnvoll, weil auf diese Weise zum Beispiel berücksichtigt werden kann, dass größere Haushalte vergleichsweise günstiger wirtschaften können als kleine oder dass der Bedarf auch altersabhängig ist.

** **Sekundärverteilung:** Verteilung der Nettoeinkommen nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie staatlichen Transfers wie Kindergeld oder Sozialhilfe. Im Gegensatz dazu betrachtet die Primärverteilung lediglich die auf dem Markt erzielten Einkommen. Staatliche Transferleistungen mildern die Ungleichverteilung der Markteinkommen ab. → **M47** (Schaubild)

M 27

Wie viele Reiche gibt es in Deutschland?

Laut Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 gehörten im Erhebungszeitraum 10,1 Prozent der Haushalte sowohl dem obersten Fünftel der nach Einkommen geordneten Haushalte als auch dem obersten Fünftel der nach Vermögen geordneten Haushalte an. Diese drei Millionen weit überdurchschnittlich einkommens- und vermögensreichen Haushalte, in denen etwas mehr als 6,5 Millionen Menschen lebten, erzielten 22,4 Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens und besaßen 36,9 Prozent des gesamten Nettoprivatvermögens. Ihr Vermögen lag bei durchschnittlich 922.400 DM (rund 471.600 Euro), ihr Einkommen bei 144.400 DM (knapp 74.000 Euro). Es war damit mehr als doppelt so hoch wie das Durchschnittsjahreseinkommen aller Haushalte (65.000 DM bzw. 33.200 Euro), überstieg also die „200-Prozent-Schwelle“ zum „relativen Reichtum“ → **M24**.

Wegen der Spreizung innerhalb dieser obersten Einkommensgruppe, dürfte allerdings die Zahl der Haushalte mit einem Nettoäquivalenzeinkommen oberhalb der „200-Prozent-Schwelle“ deutlich niedriger gewesen sein.

Nach einer für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vorgenommenen Sonderauswertung der Einkommenssteuerstatistik 1995 gab es damals etwa 1,9 Millionen Einkommensbezieher, die die „200-Prozent-Schwelle“ überschritten. Diese 6,8 Prozent der Einkommensbezieher erzielten knapp 25 Prozent aller Nettoeinkommen.

Die Gruppe der Einkommensmillionäre ist deutlich kleiner: 1995 gab es 27.230 Bezieher von Einkommen über einer Million DM brutto und 12.707 Netto-Einkommensmillionäre. Wegen der verbreiteten Steuerhinterziehung ist die Einkommenssteuerstatistik zur Erfassung hoher Einkommen nur begrenzt aussagekräftig.

Auch bei den Einkommensreichen gibt es ein West-Ost-Gefälle: In Ostdeutschland wohnten nicht nur absolut weniger von ihnen, sondern auch sehr viel weniger als ihrem Anteil an der Bevölkerung entspräche: Während 14,3 Prozent der Nicht-Reichen in den neuen Bundesländern lebten, waren es nur 6,6 Prozent aller Einkommensreichen nach der „200-Prozent-Grenze“ und sogar nur 2 Prozent aller DM-Millionäre.

nach R&A, S. 64-66

M 28

Wie viel Ungleichheit darf/muss sein?

Soziale Ungleichheit muss auch und vor allem in einer Gerechtigkeitsperspektive beurteilt werden, denn soziale Gerechtigkeit ist ein Schlüsselbegriff einer demokratischen Gesellschaft.

Alle Mitglieder einer Gesellschaft müssen die materiellen Mittel haben, um ihr allgemeines Beteiligungsrecht wahrnehmen zu können. Auf der anderen Seite darf kein Gesellschaftsmitglied über so viel materielle Mittel verfügen, dass es über die damit verbundene Macht den politischen Prozess einseitig in seinem Interesse bestimmen kann. Soziale Ungleichheit ist so mit einer unteren und einer oberen Grenze versehen.

Erforderlich ist also ein Perspektivwechsel. Soziale Ungleichheit ist weder an sich abzulehnen noch unumschränkt gutzuheißen. Sie ist vielmehr auf ihre allgemeine Begründungsfähigkeit angewiesen. So geht es um die gesellschaftliche Bestimmung des Korridors gesellschaftlich akzeptabler, gerade weil auch wirtschaftlich nützlicher Ungleichheit. Damit ist Raum für eine explizit positive Vorstellung von Wohlstand und Reichtum, der jedoch gleichzeitig nicht unbegrenzt sein darf. Für den Diskurs über Armut und Reichtum folgt daraus die Notwendigkeit, anstelle über falsche Alternativen („Gleichheit“ versus „Ungleichheit“) über ein gesellschaftlich vertretbares Ausmaß von sozialer Ungleichheit zu streiten.

nach R&A, S. 93-94

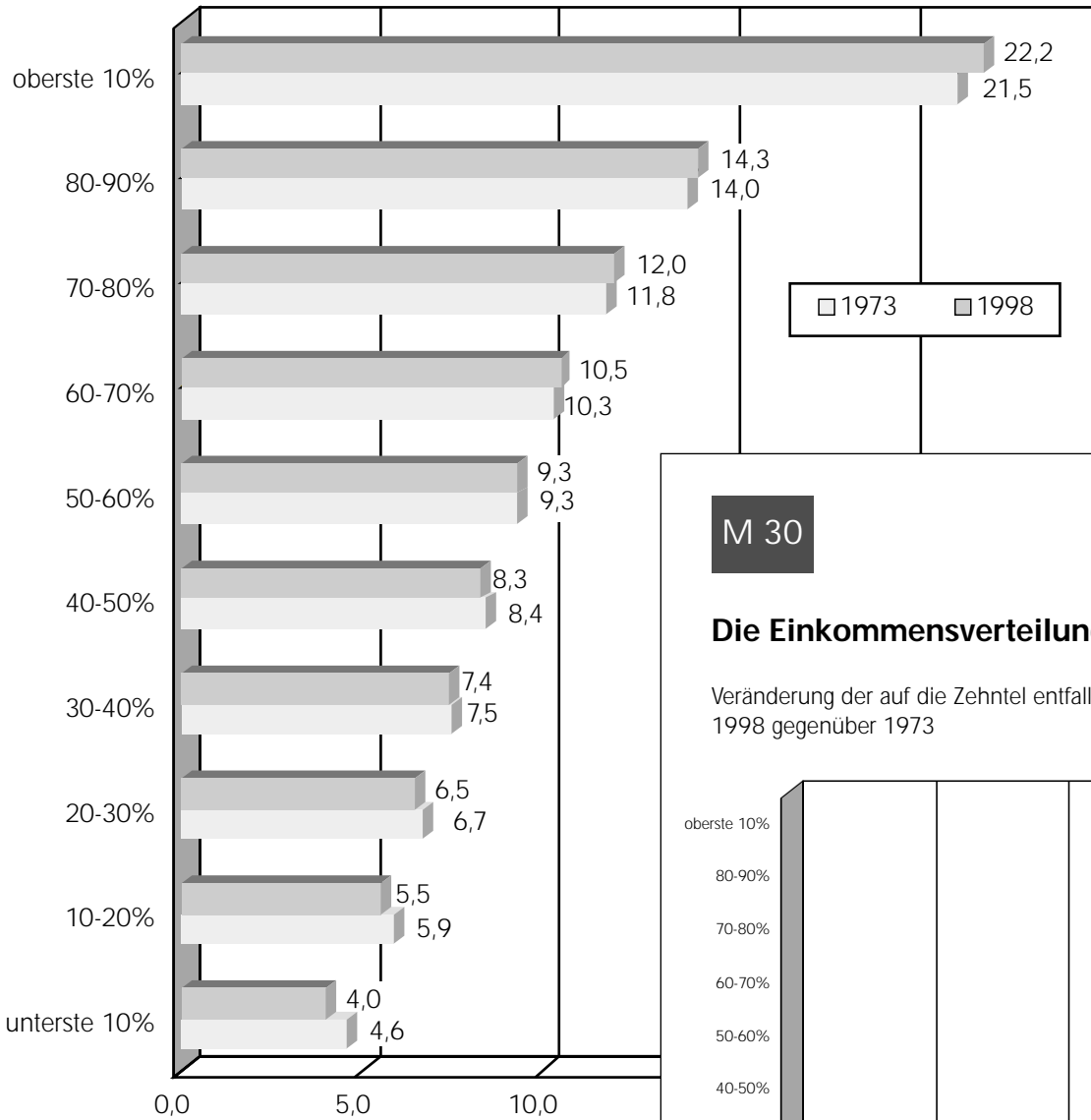
Leitfrage:

Wie ist Ungleichheit in einer demokratischen Gesellschaft zu beurteilen? Welches Maß an Ungleichheit ist gesellschaftlich verträglich? → M42-43

M 29

Die Einkommensverteilung ist ungleich

Verteilung (%) des Gesamtnettoäquivalenzeinkommens auf die Zehntel der nach Einkommen geordneten Haushalte 1973 und 1998 (Westdeutschland, alte OECD-Skala)

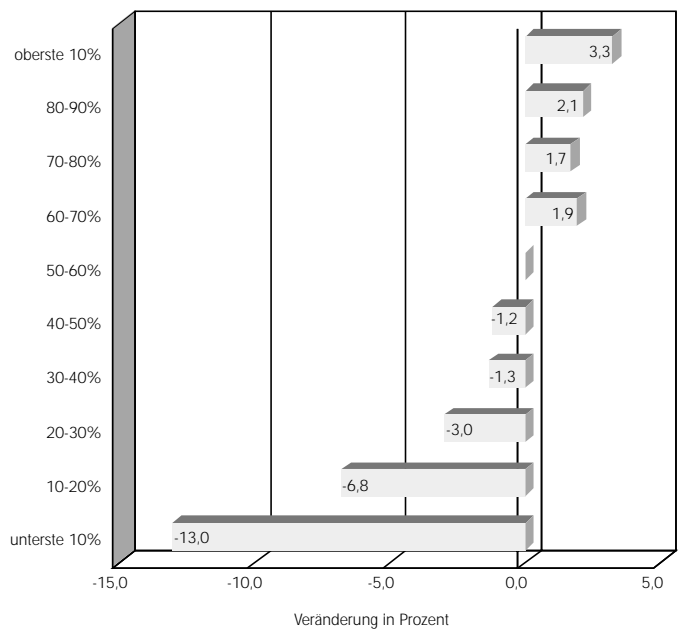


Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Daten und Fakten. Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin, S. 46

M 30

Die Einkommensverteilung wird ungleicher

Veränderung der auf die Zehntel entfallenden Einkommensanteile 1998 gegenüber 1973



Erläuterung:

Auf die reichsten 10 Prozent der deutschen Haushalte entfielen 1998 22,2 Prozent der Einkommen (nach 21,5 Prozent im Jahr 1973). Dagegen ist der Einkommensanteil der ärmsten 10 Prozent zwischen 1973 und 1998 von 4,6 auf 4,0 Prozent zurückgegangen. In diesem Zeitraum erhöhte sich der Einkommensanteil des reichsten Zehntels der Haushalte um 3,3 Prozent, derjenige des ärmsten Zehntels ging um 13 Prozent zurück: Die Einkommensungleichheit in Deutschland nimmt zu. → M26

M 31

Die Armen werden ärmer und mehr

In Haushalten mit einem Nettoäquivalenzeinkommen (zum Begriff → **M26**) unter 60 Prozent des arithmetischen Mittels (weite Armut, → **M21**) lebten 1973 und 1978 genau 16 Prozent der westdeutschen Bevölkerung. 1998 waren es 20 Prozent – ein Viertel mehr als 25 Jahre zuvor. Der Bevölkerungsanteil in Haushalten mit einem Einkommen unter 50 Prozent der arithmetischen Mittels (relative Armut, → **M21**) erhöhte sich im selben Zeitraum von 6,5 auf 10,9 Prozent: Damit lag die Zahl der Haushalte in relativer Armut – das waren über sieben Millionen Menschen – 1998 sogar um zwei Drittel höher als 1973. Am dramatischsten war der Anstieg bei denjenigen Haushalten, die über ein Einkommen unter 50 Prozent des Medians – das ist der mittlere Wert der nach ihrer Höhe geordneten Einkommen – verfügten: Ihr Anteil stieg zwischen 1973 und 1998 von 3,1 auf 6,6 Prozent – mehr als eine Verdoppelung! → **M35** (Schaubild)

Zugleich rutschte das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte im untersten Zehntel (Dezil) von 1973 bis 1998 immer tiefer unter die relative Armutsgrenze: 1973 hätten diese Haushalte eine durchschnittliche Aufbesserung ihres Einkommens um 8,7 Prozent benötigt, um wenigstens die relative Armutsgrenze zu erreichen. 1998 hätte ihr Einkommen dagegen um 25 Prozent höher sein müssen!

Nicht nur die Zahl einkommensarmer Haushalte wächst also, gleichzeitig nimmt auch die Tiefe der Einkommensarmut zu. Insbesondere die achtziger und frühen neunziger Jahre führten zu dieser Verschlechterung der Einkommensverhältnisse.

In den neuen Bundesländern lag der Anteil der Haushalte in relativer Armut (bezogen auf den gesamtdeutschen Mittelwert) 1998 bei 15 Prozent; das waren 2,3 Millionen Menschen.

nach R&A, S. 59-61

M 32

Deutsche Arme sterben früher

Saarbrücken epd – In Deutschland sterben arme Menschen durchschnittlich sieben Jahre früher als reichere Bevölkerungsgruppen. Wohlhabende können im Schnitt sogar zwölf Jahre länger ein Leben ohne Krankheit oder Behinderung führen, sagte der Sozialmedizinprofessor Gerhard Trabert am Dienstagabend in Saarbrücken. Als arm gelten die 10 Prozent der Bevölkerung, die nur über die Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügen können.

„Es ist zu befürchten, dass eine chronisch schlechte Gesundheit zukünftig auch das Armutsrisiko erhöht“, sagte Trabert bei einer Veranstaltung der Saarländischen Armutskonferenz. Bereits jetzt warnten Betroffenenverbände, dass Langzeitkranke in die Armut abrutschen. Wenn durch die Gesundheitsreform den Kranken zusätzliche Kosten entstehen, werde sich diese Tendenz verschärfen, so Trabert.

Quelle: die tageszeitung, 3. Juli 2003

→ **M44**

M 33

Deutschland: eine 80:20-, 90:10- oder 5:75:10:10-Gesellschaft?

Das allgemein hohe Wohlstandsniveau in Deutschland bedeutet nicht, dass alle ausreichend an ihm teilhaben. In der öffentlichen Diskussion hört man oft das Schlagwort der Zweidrittelgesellschaft: Nach dieser Vorstellung leben zwei Drittel der Bevölkerung gesichert und in Wohlstand, ein Drittel dagegen in Armut oder von Armut bedroht. Nimmt man die Lebensstandard-Liste zum Maßstab, so kann sich rund die Hälfte der Deutschen prinzipiell alle Dinge leisten, in Westdeutschland (49 Prozent) etwas mehr als in Ostdeutschland (40 Prozent). Ein weiterer großer Teil der Bevölkerung muss nur auf wenige Konsumgüter aus finanziellen Gründen verzichten. Von Unterversorgung kann man erst bei einem niedrigen Lebensstandard sprechen, der deutlich schlechter ist als der gesellschaftlich als Minimum definierte. Bei weiter Auslegung haben rund 20 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung einen solchen sehr niedrigen Lebensstandard (Unterversorgung); bei enger Auslegung sind es rund 10 Prozent der Bevölkerung (gravierende Unterversorgung). Die unteren 20 Prozent können sich im Schnitt 7 der abgefragten 22 Ausstattungsgüter nicht leisten, die unteren 10 Prozent 11 Ausstattungsgüter. Anhand der Verteilung des Lebensstandards kann man eher von einer 80:20-Gesellschaft oder einer 90:10-Gesellschaft sprechen als von einer Zweidrittelgesellschaft.“

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2001, Datenreport 1999, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 457

Es kann keinen Zweifel daran geben: In Deutschland sind [...] die Ränder der sozialen Schichtung auseinander gerückt: Vor allem in den achtziger und frühen neunziger Jahren wurden Reiche *reicher*, Arme *ärmer* und die *Zahl* der Armen nahm zu (ob auch die Zahl der Reichen wuchs, muss offen bleiben): Deutschland erlebte eine Phase der sozialen Polarisierung, und am Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Pole der Einkommens- und Vermögensverteilung deutlicher ausgeprägt als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Verteilungen sind also polarisiert: Am oberen Ende stehen zwei bis sechs Prozent reiche Haushalte. Der sehr große Mittelbereich der sozialen Schichtung wird von rund 75 Prozent aller Haushalte gebildet, deren Ausstattung mit finanziellen Ressourcen zu gesichertem bis hohem Wohlstand führt. Es folgen deutlich unter zehn Prozent der Haushalte in „prekären Wohlstand“ und am unteren Ende fast elf Prozent in „relativer“ über „strenger“ bis „absoluter“ Armut: Das einprägsame Bild einer Zweidrittel-Gesellschaft trifft sicher auf Deutschland nicht zu, auch nicht die Vorstellung einer „20:80-Gesellschaft“. Wenn überhaupt, müsste man vielmehr von einer „5:75:10:10-Gesellschaft“ sprechen.

Quelle: R&A, S. 69

M 34

Verstetigung von Armut und Reichtum

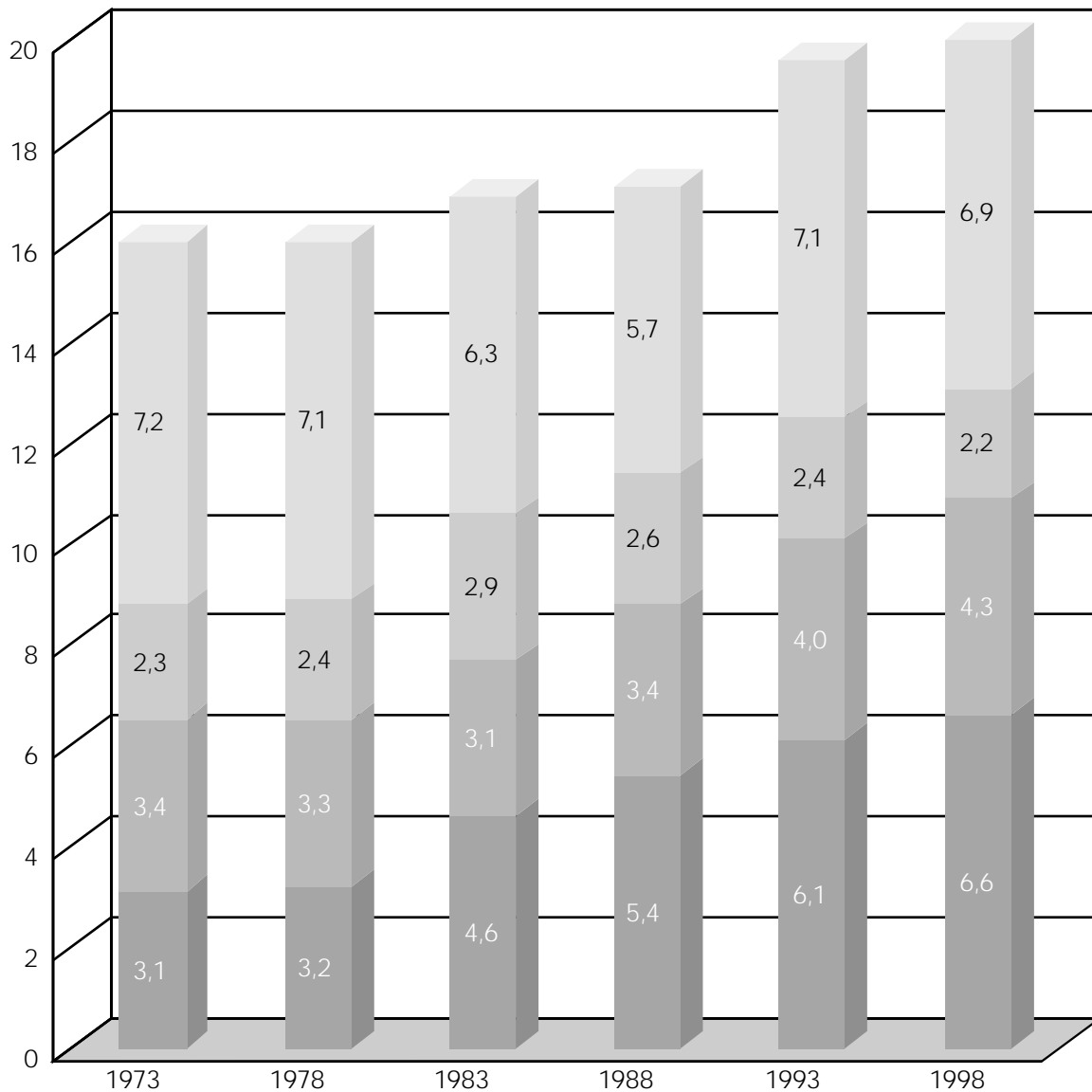
Seit 1998 laufende Untersuchungen zum Niedrigeinkommensbereich legen nahe, dass es Haushalten nur in seltenen Fällen gelingt, in höhere Einkommensbereiche aufzusteigen: 85 Prozent der westdeutschen Haushalte mit niedrigem Einkommen und 74 Prozent der ostdeutschen schafften den Sprung aus dem Niedrigeinkommensbereich nicht. Zusätzlich ist von Belang, dass der Übergang in einen höheren Einkommensbereich oftmals nur für einen bestimmten Zeitraum gelingt.

Während sich Armut also zu verstetigen scheint und seltener eine nur kurzzeitige Ausnahmeerfahrung darstellt, nimmt andererseits auch die Stetigkeit im Bereich hoher Einkommen zu. Die Polarisierung der Einkommensverteilung wird demnach dauerhafter: Wer reich ist, bleibt dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch, und wer arm ist, schafft seltener den Aufstieg.

nach R&A, S. 64

Die Zahl der Armen wächst

Bevölkerungsanteile in armen Haushalten 1973 bis 1998 (Westdeutschland, alte OECD-Skala)



- Einkommen über 60% des Medians bis unter 60% des arithm. Mittels
- ▒ Einkommen über 50% des arithm. Mittels bis unter 60% des Medians
- Einkommen über 50% des Medians bis unter 50% des arithm. Mittels
- Einkommen unter 50% des Medians

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin, S. 26

Erläuterung:

1973 lebten in Deutschland 6,5 Prozent der Haushalte in „relativer Armut“, hatten also ein Einkommen von unter 50 Prozent des durchschnittlichen (nach Personen gewichteten) Einkommens aller deutschen Haushalte. Bis 1998 stieg dieser Anteil auf 10,9 Prozent. → M31

M 36 Mangel an Maßstäben: Eindeutige Kriterien für die Bezahlung von Spitzenmanagern gibt es nicht

Von Marc Beise

In den Wunderjahren der New Economy, wenige Jahre erst ist es her, war die Welt der deutschen Konzernmanager noch in Ordnung. Die Geschäfte liefen gut, die Aktienkurse der Unternehmen schossen in die Höhe. Klar, dass die Firmenchefs auch gut verdienen wollten – und verdienen durften. [...]

Zwischen 1990 und 2000 haben ausweislich einer umfangreichen Auswertung der Kienbaum Vergütungsberatung die Vorstandsgehälter in Deutschland um 97 Prozentpunkte zugelegt, während ihre Chefsekretärinnen nur 32 dazugewannen, Angestellte in der Industrie 40. Die tatsächlich auffällige Entwicklung fand seit 1995 statt; in Einzelfällen explodierten die Bezüge regelrecht. Ganz schleichend ging irgendwann um die Jahrhundertwende manchem Vorstand und seinen Chefs im Aufsichtsrat das rechte Maß verloren. Selbst einzelne Spitzenmanager räumen heute – im vertraulichen Gespräch – ein, dass sie ihr Millionengehalt eigentlich als zu hoch empfinden. In Erinnerung bleibt der Satz des verstorbenen Patriarchen der Bosch AG, Hans Merkle, wonach „mehr als 600000 Mark im Jahr man ohnehin nicht ausgeben kann“.

Die moralische Empörung wächst, insbesondere seitdem sich eine verbreitete und wachsende Diskrepanz zwischen der schlechten Situation der Unternehmen und dem Wohlbefinden ihrer Chefakteure aufgetan hat. Auch wenn alle Kennzahlen nach unten wiesen: Beim Gehalt gab es ausweislich der Geschäftsberichte kaum Abstriche. Rückgänge bei ergebnisorientierten Gehaltsbestandteilen wurden durch ein höheres Festgehalt aufgefangen. Ganz selten war von freiwilligem Verzicht die Rede. [...]

Auch wenn in einem freiheitlich verfassten Rechts- und Wirtschaftssystem sich der Lohn im freien Spiel der Kräfte findet, ist die Empfindung verbreitet, dass es für (Top-) Angestellte eine Grenze gibt zwischen „viel verdienen“ und „unanständig viel verdienen“. Die Frage, wo diese Grenze verläuft, ist noch nicht beantwortet. Möglich sind einige Annäherungen.

Erstens: Der Blick ins Gesetz. Hier zeigt sich immerhin, dass auch der Gesetzgeber die Existenz einer Obergrenze der Vergütung unterstellt. So schreibt das Aktiengesetz vor, dass „die Gesamtbezüge in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Vorstandsmitglieds und zur Lage der Gesellschaft“ stehen müssen.

Nähere Angaben aber fehlen, und auch der (freiwillige) Cromme-Kodex für eine bessere Unternehmensführung schweigt hierzu.

Zweitens: Die eigene Leistung. Sie wäre der beste Maßstab – nur ist sie schwer zu messen und zu gewichten. Wo ist der qualitative Unterschied zwischen dem fleißigen und kompetenten Vorstandschef und dem fleißigen und kompetenten Gruppenleiter auf einer unteren Ebene?

Drittens: Die Verantwortung. Vom Wirken des Vorstandschefs hängen Tausende von Arbeitsplätzen sowie Kapitalwerte in Millionen- oder gar Milliardenhöhe ab: Er verdient also berechtigt deutlich mehr als andere. Auch mit diesem Maßstab allerdings lassen sich absolute Gehaltsgrenzen nicht finden.

Viertens: Der Wettbewerb. Wer in einer globalisierten Welt die Besten anlocken will, muss so viel zahlen wie andere auch, lautet eine gängige Begründung. Eine Argumentation, die etwa der Autobauer BMW in Frage stellt. Der Münchener Konzern hat es offenbar nicht nötig, mit exzessiven Gehältern um qualifizierte Mitarbeiter zu buhlen. „Wir zahlen gut. Unsere Mitarbeiter und Vorstände arbeiten gerne bei uns und bleiben überdurchschnittlich lange“, heißt es in der Münchener BMW-Zentrale. Was die Frage nahe legt: Ob nicht auch für Daimler-Chef Jürgen Schrempp ein qualifizierter Nachfolger gefunden werden könnte für nur die Hälfte des Geldes?

Fünftens: Die Moral. Zu viel Geld gilt als unethisch – aber was ist zu viel? Eine klare Position bezieht der Tübinger Theologe Hans Küng. „Es ist nicht mehr zu rechtfertigen, wenn das Chefgehalt das Hundertfache vom Lohn des einfachen Arbeiters beträgt.“ Ganz anders der Münchener Wirtschaftsethiker Karl Homann: „Ich kenne keinen einzigen Lehrsatz in der Ethik, aus dem sich eine Gehaltsobergrenze ableiten ließe.“ Wohl aber gebe es eine ethische Rechtfertigung für das System Marktwirtschaft. „Also muss es auch dem Markt überlassen bleiben, das richtige Gehalt festzusetzen.“ Konkreter wird Michael Adams, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Hamburg: Sein Vorschlag: Chefgehälter, die über das 150-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmergehaltes hinausgehen, müssen von der Hauptversammlung genehmigt werden.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 21. Mai 2003

M 37 Die deutschen Topverdiener im Sport 2002

Name (Sportart)	Einkommen (Mio. Euro)
1 Michael Schumacher (Formel 1)	50,0
2 Dirk Nowitzki (Basketball)	14,5
3 Ralf Schumacher (Formel 1)	14,0
4 Boris Becker (Tennis, Rentner)	12,0
5 Bernhard Langer (Golf)	10,0
6 Sven Ottke (Boxen)	8,0
7 Oliver Kahn (Fußball)	7,0
8 Olaf Kölzig (Eishockey)	6,0
9 Steffi Graf (Tennis, Rentnerin)	5,5
10 Michael Ballack (Fußball)	5,0

Quelle: Crédit Suisse, 13. Januar 2003 [http://emagazine.credit-suisse.com/article/index.cfm?fuseaction=OpenArticle&aoid=2172]

M 38 Geheimes Geld: Manager dafür

Berlin afp – Deutsche Topmanager haben sich gegen eine gesetzlich verpflichtende Offenlegung ihrer Gehälter gewandt. „Was gerechtfertigt ist, entscheidet der Markt und nicht die Politik, Justiz oder der Zeitgeist“, sagte Commerzbankchef Klaus-Peter Müller. [...] Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hatte gedroht, die Höhe der Vorstandsbezüge gesetzlich zu begrenzen und ihre Offenlegung zu erzwingen. Bisher ist die Aufschlüsselung der einzelnen Vorstandsgehälter eine unverbindliche Anregung [...], der nur sieben Konzerne, darunter die Deutsche Bank, Bayer und SAP, folgten. Es wurde erwartet, dass die Cromme-Kommission empfehlen wird, offener zu sein, um gesetzliche Eingriffe zu verhindern.

Quelle: die tageszeitung, 22. Mai 2003, S. 9

Leitfrage:

Gibt es bei der Höhe von Gehältern eine Grenze des Vertretbaren? Wie viel kann ein Mensch „verdienen“?

Vorstandsgehälter der Dax-Unternehmen

	Vorstandsbezüge in Millionen Euro			Vergütung pro Kopf in Millionen Euro		
	2002	2001	Veränderg.	2002	2001	Veränderg.
Adidas-Salomon AG	6,8	6,5	+3,9 %	0,9	1,0	-10,8 %
Allianz AG	17,5	15,9	+9,6 %	1,5	1,5	-3,8 %
Altana AG *	5,7	5,7	-0,5 %	1,3	1,4	-6,4 %
BASF AG	13,6	9,3	+46,3 %	1,5	1,2	+29,8 %
Bayer AG *	4,4	7,7	-42,2 %	1,0	1,0	-2,5 %
BMW AG	11,9	13,4	-11,2 %	1,7	1,7	+2,7 %
Commerzbank AG	11,1	12,7	-12,6 %	1,3	1,2	+3,2 %
Daimler Chrysler AG	50,8	22,0	+130,9 %	3,9	1,7	+131,6 %
Deutsche Bank AG *	16,9	56,5	-70,1 %	4,2	6,6	-36,2 %
Deutsche Börse AG *	5,8	k.A.	k.A.	0,8	k.A.	k.A.
Deutsche Post AG	7,4	5,8	+27,6 %	1,0	0,7	+42,5 %
Deutsche Telekom AG	14,5	17,4	-16,9 %	3,1	1,7	+81,3 %
Eon AG	10,5	8,8	+19,3 %	2,1	1,8	+19,3 %
Fresenius Med. Care	2,9	2,6	+11,9 %	0,6	k.A.	k.A.
Henkel KGAA	9,5	7,3	+30,6 %	1,4	1,2	+12,3 %
Hypo-Vereinsbank AG	10,0	26,0	-61,5 %	1,1	1,3	-14,1 %
Infineon Technologies	4,4	1,2	+278,0 %	0,9	0,2	+277,0 %
Linde AG	7,3	8,0	-8,1 %	1,3	1,3	-3,0 %
Deutsche Lufthansa	3,8	1,9	+100,0 %	1,0	0,5	+100,0 %
MAN AG *	4,5	4,3	+4,6 %	0,6	0,5	+6,1 %
Metro AG	9,2	7,7	+19,5 %	2,3	1,9	+19,5 %
MLP AG	0,9	6,4	-86,9 %	0,3	1,1	-74,1 %
Münchner Rück AG	11,5	11,1	+3,6 %	1,2	1,1	3,6 %
RWE AG	9,5	5,8	+64,9 %	1,6	1,0	+64,9 %
SAP AG *	8,1	9,1	+2,0 %	1,1	1,3	-0,2 %
Schering AG *	10,6	9,1	+15,4 %	1,9	1,7	+9,2 %
Siemens AG	22,0	11,4	+93,0 %	2,0	1,1	+89,9 %
Thyssen Krupp AG	7,5	8,0	-6,3 %	0,8	0,9	-5,4 %
Tui AG	7,2	8,2	-11,3 %	1,0	1,4	-24,0 %
Volkswagen AG	16,5	17,6	-6,5 %	2,0	2,1	-6,0 %

Quellen: manager magazin, Die Gehälter der Dax-Vorstände, 23. Mai 2003, [<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,248628,00.html>] und Süddeutsche Zeitung Nr. 116, 21. Mai 2003, S. 2

* Diese Unternehmen legen die Bezüge ihrer Vorstandscheffe offen.

Der amerikanische Albtraum

Vom Millionär zum Milliardär: Befreit von allen Gleichheitsidealen, reißen die Reichen in den USA immer mehr Wohlstand an sich. Die Mittelschicht löst sich auf

[...] In den vergangenen drei Jahrzehnten sind die Gehälter der meisten US-Bürger nur moderat gestiegen: Das durchschnittliche jährliche Einkommen wuchs inflationsbereinigt von 32.522 Dollar im Jahr 1970 auf 35.864 Dollar 1999. Zehn Prozent in 29 Jahren – ein Fortschritt, wenn auch ein bescheidener. Glaubt man dem *Fortune Magazine*, stiegen in der derselben Zeit die Jahresgehälter der Firmenchefs der 100 größten US-Unternehmen aber von 1,3 Millionen Dollar – dem 39fachen des Gehaltes eines durchschnittlichen Arbeiters – auf 37,5 Millionen Dollar, dem mehr als 1000fachen Lohn eines normalen Arbeitnehmers. [...]

Manche Ökonomen nehmen mittlerweile eine These ernst, die sie noch vor einer Weile für verrückt gehalten hätten. Diese These betont die Rolle sozialer Normen, die der Ungleichheit Schranken setzen. Der New Deal hatte demnach einen viel tieferen Einfluss auf die amerikanische Gesellschaft, als ihm selbst glühende Bewunderer jemals zugestanden hätten. [...] In den dreißiger und vierziger Jahren wurden neue Gleichheitsnormen etabliert, vor allem auf politischem Wege. In den Achtzigern und Neunzigern wurden diese Normen demontiert und durch einen Ethos des *anything goes* ersetzt. Die Folge war die Explosion der Spitzeneinkommen.

Trotz allem: Amerika ist noch immer das reichste der großen Länder dieser Welt, mit einem realen Bruttoinlandsprodukt (BIP), das 20 Prozent höher ist als etwa das von Kanada. Aber: Die Lebenserwartung in den USA ist um einiges niedriger als in Kanada, Japan und jedem größeren Land Westeuropas. Im Durchschnitt haben wir Amerikaner eine Lebenserwartung, die etwas unter der der Griechen liegt. Dabei war es ein amerikanischer Glaubenssatz, dass die Flut alle Boote steigen lässt – dass also alle vom zunehmenden Wohlstand profitieren. Hat unser wachsender nationaler Reichtum sich etwa nicht in einem hohen Lebensstandard für alle Amerikaner niedergeschlagen?

Die Antwort ist: Nein. Amerika hat zwar ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als alle übrigen großen Industrieländer, das aber vor allem, weil die Reichen viel reicher sind als anderswo. [...] Manche Leute mögen dem entgegen, dass das System der USA bei aller Ungleichheit auch für höhere Einkommen Sorge. Dass also nicht nur unsere Reichen reicher sind als anderswo, sondern dass es auch der typischen amerikanischen Durchschnittsfamilie besser gehe als den Menschen in anderen Ländern, ja sogar unseren Armen.

Doch das ist nicht wahr. Man sieht das am Beispiel von Schweden, der großen *bête noire* der Konservativen. Die Lebenserwartung in Schweden liegt um drei Jahre höher als in den USA. Die Kindersterblichkeit ist halb so hoch und Analphabetentum weit weniger verbreitet als in Amerika. [...] Einer normalen schwedischen Familie [...] geht es besser als der entsprechenden amerikanischen Familie: Die Einkommen sind höher, und die höhere Steuerlast wird durch die öffentliche Gesundheitsvorsorge und die besseren öffentlichen Dienstleistungen wieder wettgemacht. Und selbst schwedische Familien, die zu den 10 Prozent der Ärmsten gehören, verfügen über ein 60 Prozent höheres Einkommen als vergleichbare amerikanische Familien. Mitte der Neunziger lebten nur 6 Prozent aller Schweden von weniger als 11 Dollar pro Tag. In den USA waren es 14 Prozent.

Der Vergleich zeigt: Selbst wenn man die große Ungleichheit in den USA als den Preis ansieht, den wir für unsere große Wirtschaftskraft bezahlen, ist nicht klar, dass das Ergebnis diesen Preis wert ist. Denn die Ungleichheit in den USA hat ein Niveau erreicht, das kontraproduktiv ist."

Quelle: Die Zeit, Nr. 46, 7. November 2002, S. 25-28

Steuergeschenke an die Reichen

Trotz Riesendefizit bewilligt der US-Kongress eine weitere massive Steuersenkung

Washington taz – Der US-Kongress hat sich nach einem zähen Tauziehen am Mittwoch auf Steuerkürzungen in Höhe von 350 Milliarden Dollar für die kommenden zehn Jahre geeinigt. Das Steuerpaket soll noch diese Woche komplett verabschiedet werden. Zwar wollte Bush ursprünglich eine Senkung um 726 Milliarden Dollar und ist damit nicht durchgekommen. Dennoch ist es der Bush-Regierung zum zweiten Mal in ihrer Amtszeit gelungen, massive Steuersenkungen durchzusetzen – einen zentralen Baustein ihrer innenpolitischen Agenda.

Bush hofft, mit seinen Steuergeschenken die lahme Wirtschaft anzukurbeln. Die erste Senkung 2001 ist jedoch wirkungslos verpufft. Stattdessen sind die Steuereinnahmen drastisch eingebrochen und im US-Haushalt klafft ein riesiges Loch. Nach ersten Schätzungen wird Finanzminister John Snow dieses Jahr ein Rekorddefizit von rund 300 Milliarden Dollar ausweisen. Viele Bundesstaaten und Kommunen sind mittlerweile so pleite, dass sie die Steuern wieder anheben müssen.

Die Demokraten werfen der Bush-Regierung vor, das beschlossene Steuerpaket käme vor allem den Vermögenden zugute. Selbst Firmenbosse haben sich auf die Seite der Kritiker geschlagen. Der Börsenspekulant und Multimilliardär George Soros glaubt, die Steuerpolitik der US-Regierung mache keinen Sinn. „Die Gesetze benutzen lediglich die Rezession, um Einkommen zu den Reichen umzuverteilen.“

Quelle: die tageszeitung 23. Mai 2003, S. 10

„Gier ist gut.“

Finanzhai Gordon Gekko in Oliver Stones *Wallstreet*

Leifragen:

Wodurch ist die Einkommenssituation in den USA gekennzeichnet, und was sind die sozialen Folgeerscheinungen? Gibt es Anzeichen dafür, dass sich die Einkommenssituation in Deutschland derjenigen in den USA annähert?

M 42

Reichtum um jeden Preis?

Insgesamt wird die soziale Polarisierung in Deutschland zunehmend zu einer Bedrohung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Dessen wirtschaftliche Stärke gründete sich in den ersten drei Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht zuletzt auf einen relativ dichten sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, für den der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ in der Tat aussagekräftig war: Die orientierende Bedeutung des Leitbildes sozialer Gerechtigkeit wurde ernsthaft nicht bestritten. Doch seit den achtziger Jahren driften die Pole der sozialen Schichtung auseinander und die Armut verschärft sich. Angesichts dieses einsetzenden sozialen Zerfalls ist es besonders verhängnisvoll, dass das Leitbild sozialer Gerechtigkeit verdrängt wird von einer zunehmenden Orientierung an Reichtum um jeden Preis, den zahlen zu müssen die Gesellschaft weiter in die Krise treibt.

nach R&A, S. 91

M 43

**Grenzen der Ungleichheit:
Gerechtigkeit in der Demokratie**

Im Jahr 1971 erweckte John Rawls' „A Theory of Justice“ die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend zum Erliegen gekommene Diskussion um soziale Gerechtigkeit in der politischen Philosophie wieder zum Leben. [...] In pluralistischen Gesellschaften wie der Bundesrepublik ist der Bezug auf eine gemeinsame normative Gerechtigkeitsvorstellung nicht mehr möglich. Sowohl bei Rawls als auch bei Michael Walzer – um die beiden Pole der Debatte aufzugreifen – bildet deshalb das Prinzip gleicher Staatsbürgerschaft den Kern der Theorie sozialer Gerechtigkeit. Daraus folgt einerseits die Forderung nach absoluter Gleichverteilung politischer Rechte und nach größtmöglicher Chancengleichheit. Materielle Ungleichheit ist andererseits rechtfertigungsbedürftig, aber ausdrücklich zulässig. [...] Entscheidend ist vielmehr die Rechtfertigungsbedürftigkeit sozialer Ungleichheit, die in der Demokratie mit dem Grundsatz allgemeiner Beteiligung verbunden ist. Zur Sicherung dieses Grundsatzes gehört nicht nur die Garantie gleicher Rechte, d. h. formale Gleichheit. Diese Rechte müssen auch eine materielle Entsprechung haben. Zu ihrer Verwirklichung sind Einkommen beziehungsweise Vermögen in gewisser Höhe notwendig. Staatsbürgerinnen und -bürger müssen deshalb vergleichbare Lebenslagen einnehmen. Soziale Gerechtigkeit erschöpft sich zwar keineswegs in Verteilungsgerechtigkeit [...] Dies darf jedoch nicht zu einer Unterbewertung dieser immer noch bedeutenden Dimension führen [...] Der Verteilungsgerechtigkeit kommt vielmehr vor den anderen Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit eine besondere Bedeutung zu. In der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft kann die Verhinderung absoluter Armut (quasi als untere Schwelle) nicht der alleinige Maßstab sozialer Gerechtigkeit sein. Geld, d. h. Einkommen und Vermögen sind in diesem Kontext das herausragende soziale Gut und die „Reichtumsverteilung“ hat eine dominante Bedeutung. Schon bei Aristoteles hat Gerechtigkeit über die bekannte und gerne zitierte Differenzierung hinaus etwas mit „Mittelmaß“, dem Vermeiden eines „Zuviel“ und eines „Zuwenig“ und dem „Ausgleich“ zu tun. Die gesellschaftliche Notwendigkeit der Begrenzung sozialer Ungleichheit hat in der Moderne Jean-Jacques Rousseau bereits 1762 formuliert. Das Ausmaß sozialer Ungleichheit ist gesellschaftspolitisch ein Problem, sobald sie die staatsbürgerliche Gleichheit der Individuen in Frage stellt. Insofern ergibt sich eine untere Grenze sozialer Ungleichheit, die nicht mit dem Grundsatz der Sorge für die Bedürftigen begründet oder gar identisch ist, sondern deren Unterschreiten den Grundsatz

Leitfrage:

Ist es gerechtfertigt, mit Verweis auf das Prinzip sozialer Gerechtigkeit als Grundelement der Demokratie eine untere und eine obere Grenze sozialer Ungleichheit einzufordern?

allgemeiner Beteiligung verletzt. Zugleich darf die materielle Besserstellung bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht dazu führen, dass diese auch in anderen gesellschaftlichen Sphären privilegiert sind. Hohes Einkommen beziehungsweise Vermögen darf insbesondere nicht zu vergrößertem politischen Einfluss führen. Soziale Ungleichheit hat demnach gerechtigkeits- und demokratietheoretisch beziehungsweise demokratietheoretisch eine untere und eine obere Grenze. Aus der Sicht sozialer Gerechtigkeit ergibt sich so quasi ein Korridor „zulässiger oder gerechter sozialer Ungleichheit“. Platz haben innerhalb dieses Korridors zum Beispiel sowohl Einkommensdifferenzierungen, die sich begründet aus unterschiedlicher Leistung ergeben, als auch volkswirtschaftlich notwendige Ungleichheiten bspw. in der Form von Rücklagen für Investitionen. Vertreten wird damit gewissermaßen ein Perspektivwechsel. Argumentiert wird nicht für beziehungsweise gegen Gleichverteilung, sondern für eine Begrenzung der Ungleichheit. Herausgehoben wird dabei nicht nur die untere (d. h. Armuts-)Grenze, sondern die Existenz einer oberen Grenze. Die politische, aber auch zum Teil die wissenschaftliche Diskussion bleibt oft auf das Gegensatzpaar „Gleichverteilung“ contra „Akzeptanz von Ungleichheit“ beschränkt. Die notwendige gesellschaftliche Debatte über die Grenzen der Ungleichheit, d. h. die Bestimmung des akzeptablen Korridors, bleibt dann unberücksichtigt. Dieser Perspektivwechsel bestimmt nicht nur genauer, warum und inwieweit soziale Ungleichheit problematisch ist beziehungsweise die untere und obere Grenze sozialer Ungleichheit als Gegenstand der öffentlichen Debatte. Er öffnet dabei auch explizit den Raum für eine positive Vorstellung von Reichtum und sozialer Ungleichheit als innovativen Kräften. Die Idee eines akzeptablen Korridors sozialer Ungleichheit schließt die möglichen positiven Funktionen von Reichtum und die gesellschaftliche Notwendigkeit sozialer Ungleichheit nicht aus. Diesen werden allerdings aus dem übergeordneten Prinzip allgemeiner, gleicher Beteiligung Grenzen gesetzt. Das demokratische Prinzip genießt hier normativen Vorrang vor der funktionellen Begründung sozialer Ungleichheit. Für den Diskurs über Armut und Reichtum folgt daraus die Notwendigkeit, anstelle über falsche Alternativen („Gleichheit“ versus „Ungleichheit“) gerechtigkeits- und demokratietheoretisch begründet über ein gesellschaftlich vertretbares Ausmaß von sozialer Ungleichheit zu streiten. Zu fragen wäre also, welche Grenzen ihr im Interesse der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu ziehen sind. [...]

Quelle: R&A, S. 126-128

→ M28+44

M 44

**Armut ist nicht gleich Armut,
Reichtum nicht gleich Reichtum**

Armut ist überwiegend ein Geflecht mehrerer Dimensionen von Unterversorgung. Daher kann Armut als „soziale Ausgrenzung“ → **M20** nicht verstanden werden, wenn diese Dimensionen von Unterversorgung voneinander isoliert werden und Armut individualisiert und eher als persönliches Geschick statt als Ergebnis sozialer und wirtschaftlicher Strukturen und Prozesse begriffen wird. Für eine nachhaltige Sozialpolitik ist es erforderlich, die einzelnen Dimensionen von Unterversorgung aufeinander zu beziehen und in ihren sozioökonomischen Kontext zu stellen. Armutslagen müssten nach ihren Ursachen und Ausprägungen, ihrer Dauer und Dynamik unterschieden werden. Es wäre zu fragen, welche Formen der Armut zu welchen Formen sozialer Ausgrenzung führen, wie sich die Verteilung der Einkommen und Vermögen im unterschiedlichen Zugang zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (etwa Wohnen und Bildung) widerspiegelt, ob die zunehmende Häufigkeit und Schärfe von Armut zum Entstehen neuer Armutsmilieus führt.

Auch Reichtum unterscheidet sich – hinsichtlich Form und Ausmaß, nach seinen Quellen und seiner Verwendung. Und auch Reichtum hat vielfältige Dimensionen und ist weit mehr als der bloße Bezug hoher Einkommen oder der Besitz großer Vermögen. Denn das im Geld aufbewahrte „Vermögen“ eröffnet Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten und lässt sich in gesellschaftliche Macht übersetzen – „Geldvermögen“ wird so zu „Vermögen“ im Sinne eines umfassenden „Könnens“.

nach R&A, S. 71, 76-77

→ **M13+14,32,42+43**

M 45

Leben im Ghetto?

Bei mancherorts auftretender sozialräumlicher Konzentration von Arbeitslosigkeit, Armut, Hilfsbedürftigkeit und Verwahrlosung des öffentlichen Raums sind vor allem in Großstädten Problemviertel entstanden. Ein wachsender Teil der Einwohnerschaft ist wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten wie Dauerarbeitslosigkeit und entsprechenden Konsequenzen ausgesetzt, Investitionen in die bauliche Substanz blieben aus, die Lebensqualität wurde aufgrund zunehmender Vernachlässigung öffentlicher Flächen beeinträchtigt. Erholungsmöglichkeiten, Grün, Spiel- und Sportplätze fehlten. Familien mit Kindern, Besserverdienende und andere sozial stabile Gruppen mit sicherem Einkommen zogen weg – zurück blieben jene, die sich den Umzug in eine bessere Gegend aus finanziellen Gründen oder aufgrund ihres Alters nicht leisten können. Die soziale Mischung im Quartier ging verloren. Diese Trends führten zu sozialen Problemlagen, die sich jedoch nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilen. Es sind soziale Brennpunkte entstanden, mit deren Zunahme zu rechnen ist. In den benachteiligten Großstadtquartieren nahmen Aggression, Gewalttätigkeit und Vandalismus zu; zugleich nahm die Bereitschaft, am demokratischen Willensbildungsprozess mitzuwirken, ab.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 170

Leifragen:

Warum ist Armut mehr als nur der Mangel an Einkommen und Vermögen, Reichtum mehr als der Bezug hoher Einkommen und der Besitz großer Vermögen?

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen Armut und dem Zugang zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten?

Wie ist es zu beurteilen, dass der Staat offenbar immer weniger in der Lage ist, Einkommensungleichheiten abzufedern?

M 46

**Sozialstaatliche Ausgleich
weniger wirksam**

Für die Polarisierung der Einkommensverteilung und die Zunahme von Armut sind Strukturen und Entwicklungen des Marktes verantwortlich: Er verteilt Einkommen zunehmend ungleich und zu Lasten der Bezieher niedrigster Einkommen.

Das lässt sich mit Hilfe des Atkinson-Maßes nachweisen. Es nimmt im Fall einer Gleichverteilung den Wert 0 an und nähert sich bei wachsender Konzentration dem Wert 1 – je ungleicher Einkommen verteilt ist, desto höher ist der Wert des Atkinson-Maßes.

Es zeigt sich, dass die Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen (Primärverteilung: ohne Berücksichtigung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie der staatlichen Transferleistungen wie Kindergeld und Sozialhilfe, Begriffe → **M26**) wesentlich ungleicher ist als die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen (Sekundärverteilung, unter Berücksichtigung von Abgaben und staatlichen Transfers). Die Zahlen verdeutlichen, in welchem Maß die sozialstaatliche Umverteilung griff: Zwischen 1973 und 1998 lag das Atkinson-Maß für die Primärverteilung durchgängig wesentlich höher als das der Sekundärverteilung, 1973 bei 0,53 gegenüber 0,09 und 1998 etwa bei 0,84 gegenüber 0,11.

Die Zahlen zeigen auch, dass die Ungleichverteilung der Markteinkommen wesentlich rascher zunahm als die der Nettoäquivalenzeinkommen: Der Wert des Atkinson-Maßes stieg zwischen 1973 und 1998 für die Sekundärverteilung um 18,5 Prozent, für die Primärverteilung dagegen um 59 Prozent. Der Befund ist eindeutig: Ohne die gewaltigen staatlichen Transferleistungen und eine sozialpolitisch begründete Ausgestaltung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge hätte die Polarisierung der Einkommensverteilung seit Mitte der 1970er Jahre wesentlich dramatischer zugenommen.

Dies ging vor allem zu Lasten der untersten Einkommensgruppen, wie auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung feststellt: „Von der steigenden Ungleichheit war insbesondere der untere Rand der Verteilung betroffen, wie der kontinuierliche Anstieg des [...] Atkinson-Maßes zeigt. Die Begründung für diese Entwicklung lag im Anstieg der Arbeitslosigkeit und der demografisch bedingt steigenden Zahl der Haushalte mit keinem oder nur geringfügigen Markteinkommen. Der langfristige Trend wurde infolge der Vereinigung, die den konjunkturellen Abschwung herauszögerte, unterbrochen, setzt sich danach aber wieder fort.“

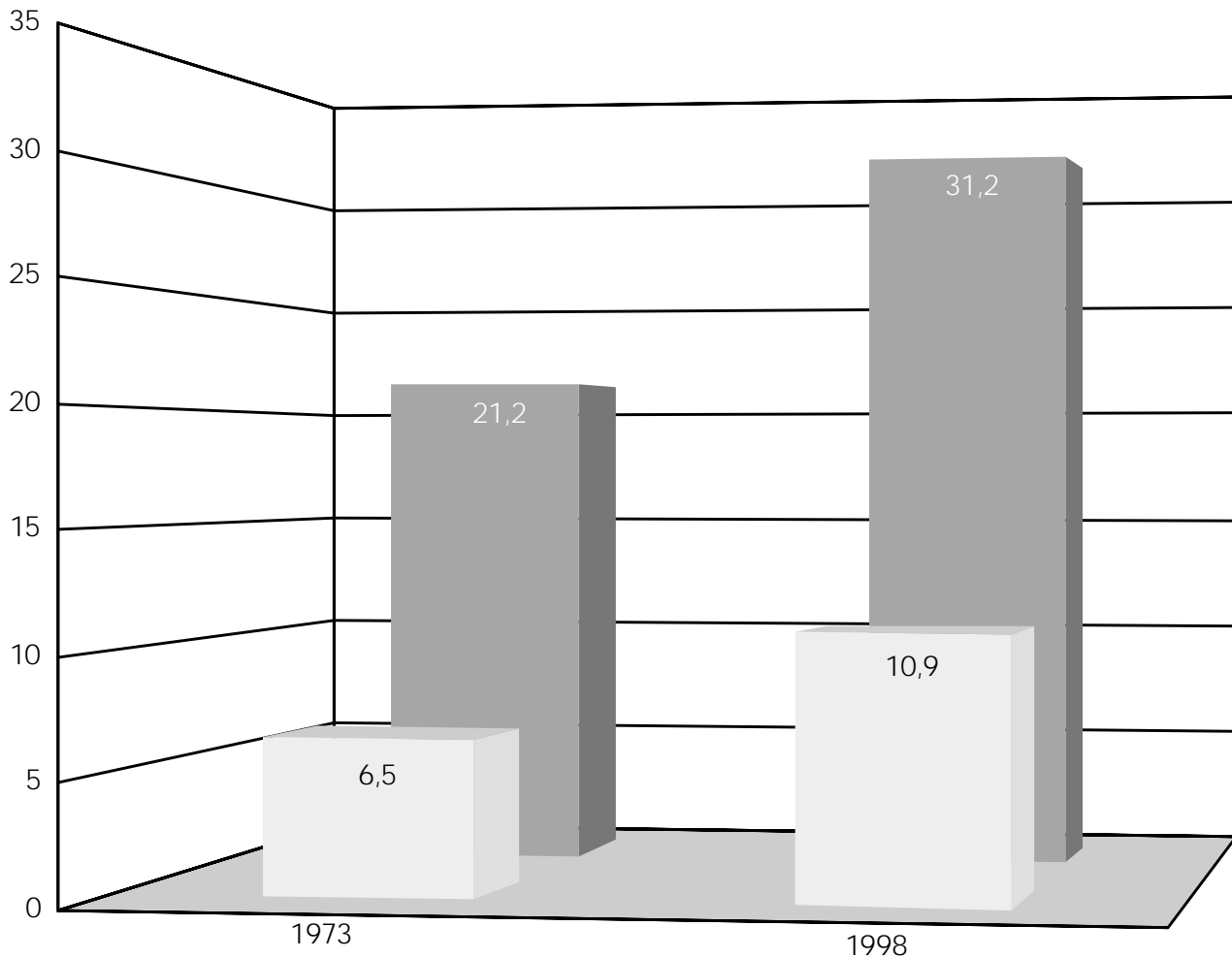
Von 1973 bis 1998 stieg der Bevölkerungsanteil in Haushalten mit einem Marktäquivalenzeinkommen von unter 50 Prozent des Durchschnitts von 21,2 auf 31,2 Prozent: Ohne sozialstaatliche Intervention hätte 1998 fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung in relativer Armut gelebt. → **M47** (Schaubild)

Vor diesem Hintergrund wären immer größere Anstrengungen nötig gewesen, um diese zunehmende Ungleichverteilung abzufedern. Doch das Sozialsystem scheint mit zunehmender Polarisierung der Primärverteilung an Grenzen zu stoßen: Es gelang seit den 80er Jahren immer weniger, Haushalten mit extrem niedrigem Markteinkommen das Überspringen der „50-Prozent-Schwelle“ zu ermöglichen: Zwischen 1973 und 1998 stieg die Zahl der Menschen, die gemessen an der Primärverteilung relativ arm waren, um knapp die Hälfte, gemessen an der Sekundärverteilung (also nach staatlicher Intervention) dagegen um mehr als zwei Drittel.

nach R&A, S. 78-80

Unzureichende Markteinkommen

Bevölkerungsanteile in Haushalten mit einem Markt- und einem Nettoäquivalenzeinkommen von unter 50 Prozent des arithmetischen Mittels 1973 und 1998 (Anteile an der Gesamtbevölkerung in %, alte Bundesländer, alte OECD-Skala)



- Haushalte mit Nettoäquivalenzeinkommen von unter 50% des Durchschnitts
- Haushalte mit Marktäquivalenzeinkommen von unter 50% des Durchschnitts

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Tabelle I.1, S. 23

Erläuterung:

Berücksichtigt man bei der Berechnung des (nach Personen gewichteten) Durchschnittseinkommens aller Haushalte nicht nur die Einkommen aus Löhnen und Gehältern, Zins- und Mieteinnahmen etc., sondern auch die (je nach Einkommenshöhe unterschiedlich hohen) Steuern und die staatlichen Leistungen wie etwa Sozialhilfe oder Kindergeld, waren 1998 10,9 Prozent aller Haushalte „relativ arm“ (Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als der Hälfte des Durchschnitts). Legt man nur die über den Markt erzielten Einkommen zu Grunde (Marktäquivalenzeinkommen), wäre 1998 fast ein Drittel der Westdeutschen „relativ arm“ gewesen. → M46

Die Polarisierung der Primärverteilung – das ist die Verteilung der allein auf dem Markt erzielten Einkommen, ohne Berücksichtigung von Steuern, Sozialabgaben und staatlichen Transferleistungen – ist eng an Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt geknüpft: erstens die zunehmend ungleichere Verteilung der Erwerbseinkommen Vollzeitbeschäftigter (→ M48+49), zweitens die Zunahme von Teilzeitarbeit (→ M50,52-53) und schließlich drittens die anhaltende Massen- und zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit (→ M54-55).

M 48

Die Ausweitung des Niedriglohnssektors

Nicht nur die Einkommen aus unselbständiger Arbeit insgesamt, auch die Einkommen der Vollzeitbeschäftigten sind im Gegensatz zu den Vermögenseinkommen seit den 1980er Jahren nur wenig real gewachsen. Haushalte ohne Vermögenseinkommen mussten schon allein deshalb Positionsverluste hinnehmen. Hinzu kam, dass die Einkommen der Vollzeitbeschäftigten immer ungleicher verteilt wurden und insbesondere der Anteil mittlerer Einkommen zurückging: Während es 1975 in der Bundesrepublik 10,5 Prozent oder fast zwei Millionen Vollzeitbeschäftigte gegeben hatte, die weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns verdienten, stieg dieser Anteil bis 1997 auf 11,5 Prozent (oder 2,2 Millionen Personen) in den alten Bundesländern an. Dabei erhöhte sich insbesondere der Anteil der untersten Gruppe mit Einkommen unter 25 Prozent (!) des Gesamtdurchschnitts signifikant von 1,1 auf 1,4 Prozent, ein Plus von 27,2 Prozent. Der Anteil mittlerer Einkommensbezieher (mit einem Bruttoeinkommen von 75 bis 125 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Durchschnittslohnes) dagegen im selben Zeitraum von 56,1 auf 47,9 Prozent. Dafür nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten, die höchste Einkommen (über 130 Prozent des Durchschnitts) erzielen konnten, von 10,9 auf 14,7 Prozent, also um mehr als ein Drittel, zu. → M49 (Schaubild)

Hochqualifizierte Arbeitskräfte wurden verstärkt nachgefragt und konnten deshalb Einkommensverbesserungen durchsetzen. Mittlere Qualifikationsniveaus wurden entbehrlicher, wobei vor allem der obere Teil der Einkommensmitte ausgedünnt wurde: Der Anteil von Vollzeitbeschäftigten mit Bruttoeinkommen zwischen 125 und 130 Prozent des Durchschnitts ging um 39,4 Prozent und der Beschäftigtenanteil im Einkommensbereich zwischen 100 und 125 Prozent des Durchschnitts um 27,1 Prozent zurück.

Im Gegenzug wuchs der Anteil der Verlierer dieses Strukturwandels, der eng mit dem Bedeutungszuwachs des Dienstleistungsbereichs verbunden sein dürfte: Mehr als ein Drittel der westdeutschen Vollzeitbeschäftigten hätte 1997 in prekären Verhältnissen (d.h. von wenigstens zeitweiliger Armut bedroht) oder gar in relativer Armut leben müssen, wenn sie und ihre Familien auf nur ein Erwerbseinkommen angewiesen gewesen wären.

Jüngere sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass 1998 die Armutsquote für Personen in Erwerbstätigenhaushalten kaum geringer war als die für die Gesamtbevölkerung. Das Ausmaß von *Armut trotz Erwerbstätigkeit* ist also überraschend hoch, selbst wenn man berücksichtigt, dass in den Haushalten armer Erwerbstätiger relativ mehr Menschen leben als in den Haushalten nicht armer Erwerbstätiger. Überdurchschnittlich sind die Armutsquoten für allein erziehende Vollzeitbeschäftigte und vor allem für Paare mit Kindern und nur einem Erwerbseinkommen.

Diese Ausweitung des Niedriglohnssektors wird gerne mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt, dass durch die Absenkung des Lohnniveaus neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Ein solcher Zusammenhang lässt sich empirisch nicht nachweisen. Selbst die EU-Kommission hat inzwischen auf der Basis empirischer Vergleiche konstatieren müssen, dass für die Beschäftigung schaffende Wirkung niedriger Löhne kein Beleg zu erbringen ist. Sie bestätigt damit ein Urteil, zu dem vorher schon die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gekommen ist. Dennoch muss – schon allein wegen der fortschreitenden Schwäche der Arbeitnehmervertretungen – damit gerechnet werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend in den Niedriglohnssektor abgedrängt werden.

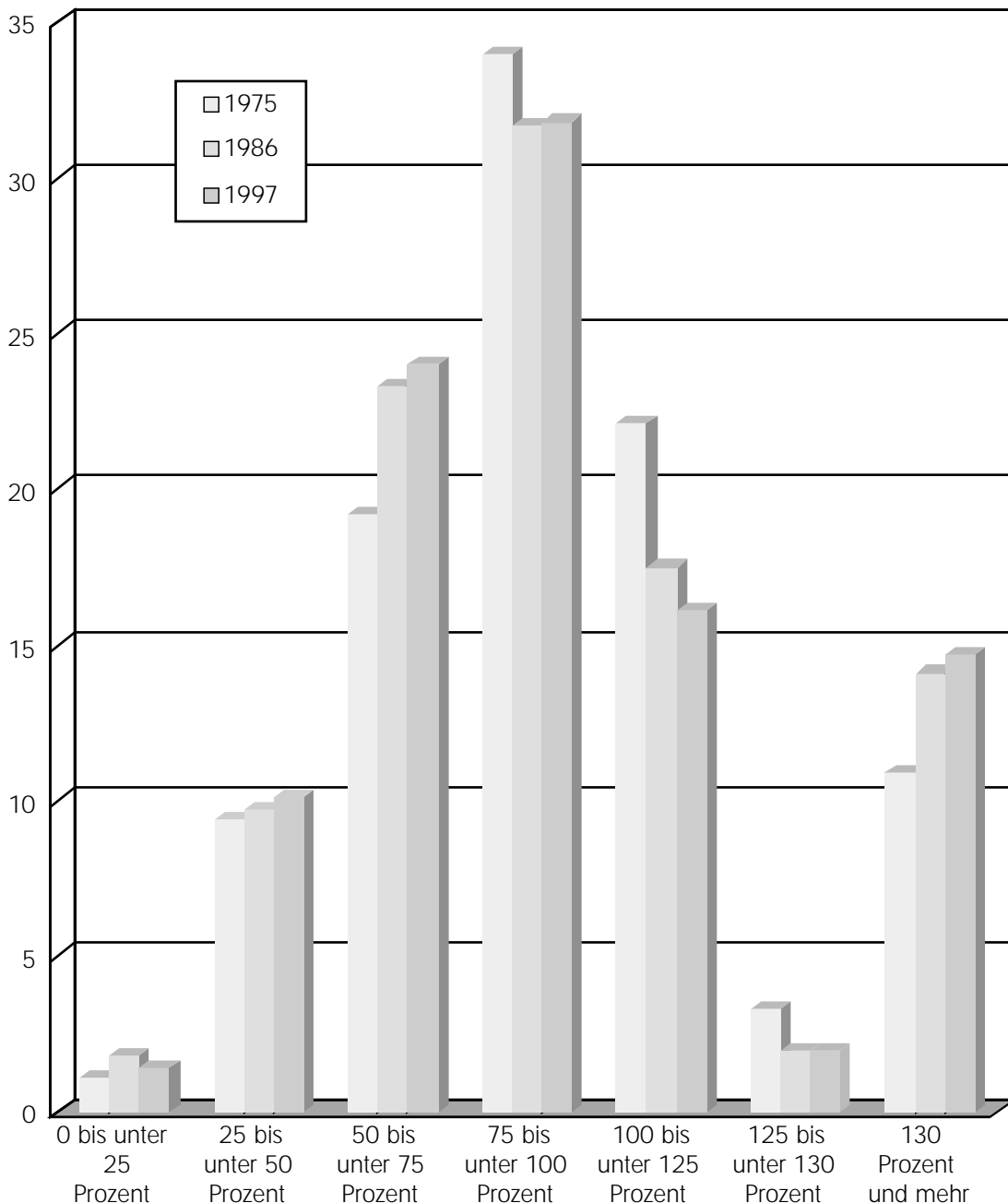
Quelle: R&A, S. 80-82

Leitfragen:

Wie veränderte sich die Einkommensstruktur Vollzeitbeschäftigter seit Mitte der 70er Jahre?
Welche Ursachen könnten dazu geführt haben?

Einkommen der Vollzeitbeschäftigten immer ungleicher verteilt

Verteilung der Vollzeitbeschäftigten (Anteile an allen Beschäftigten in %) auf Einkommensklassen (in % des sozialversicherungspflichtigen Durchschnittslohns) 1975, 1986 und 1997



Quelle: Claus Schäfer (2002), Verteilung – Wirtschaft – Gesellschaft. Argumente für eine Alternative zur neoliberalen „Eine-Welt-Politik“, Hans-Böckler-Stiftung, Böckler Box 4 [<http://www.box4.boeckler-boxen.de/>], S. 41

Erläuterung:

Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die 75 bis 100 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Durchschnittseinkommens verdienen, ging zwischen 1975 und 1997 von 34 auf knapp 32 Prozent zurück. Im nächsthöheren Einkommensbereich (100 bis 125 Prozent des Durchschnittslohns) gab es einen noch deutlicheren Rückgang von 22 auf 16 Prozent. Dagegen sind die Anteile der Vollzeitbeschäftigten im obersten (130 Prozent des Durchschnittslohns und mehr) und in den beiden untersten Einkommensbereichen (bis 50 Prozent des Durchschnittslohns) gestiegen: Immer weniger Beschäftigte verdienen ungefähr so viel wie der Durchschnitt, dagegen steigt die Zahl derer, die deutlich weniger oder deutlich mehr verdienen. → M48

Die Polarisierung der Primärverteilung – das ist die Verteilung der allein auf dem Markt erzielten Einkommen, ohne Berücksichtigung von Steuern, Sozialabgaben und staatlichen Transferleistungen – ist eng an Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt geknüpft: erstens die zunehmend ungleichere Verteilung der Erwerbseinkommen Vollzeitbeschäftigter (→ M48+49), zweitens die Zunahme von Teilzeitarbeit (→ M50,52-53) und schließlich drittens die anhaltende Massen- und zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit (→ M54-55).

M 50

Immer mehr und immer kürzere Teilzeitarbeit

Das Normalarbeitsverhältnis verliert nicht nur durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors (→ M48) seine soziale Schutzfunktion. Hinzu kommt vielmehr, dass es zunehmend von Beschäftigungsverhältnissen verdrängt wird, die in weitaus geringerem Maße vor Armutsrisiken schützen:

Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen in den alten Bundesländern nach einem Rückgang im ersten Drittel der neunziger Jahre von 1994 bis 2001 wieder um 1,7 Millionen angestiegen – allerdings bei einem Rückgang in den neuen Bundesländern um 245.000 auch in dieser Wachstumsperiode –, doch hinter diesem Anstieg verbarg sich ein Rückgang von Normalarbeitsverhältnissen. Die Zahl der westdeutschen Vollzeitbeschäftigten lag im Jahr 2001 mit 21,3 Millionen um 7,8 Prozent unter dem Niveau von 1992. Im Gegenzug kam es zu einem deutlichen Anstieg der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse in Gesamtdeutschland: 1992 arbeiteten in den alten Bundesländern 18,4 Prozent aller Beschäftigten Teilzeit, 2001 lag dieser Anteil bei 27,1 Prozent. In den neuen Bundesländern stieg im selben Zeitraum die Teilzeitquote von 7,7 Prozent auf 20,8 Prozent und verdreifachte sich damit beinahe. → M52 (Schaubild)

Gleichzeitig ging der Beschäftigungsumfang der Teilzeitbeschäftigten zurück, und zwar in den alten Bundesländern von 1992 bis 2001 um 12 Prozent und in den neuen Bundesländern drastisch um fast 35 Prozent, so dass der ostdeutsche Beschäftigungsumfang Teilzeit fast auf das ohnehin niedrige westdeutsche Niveau fiel: Kennzeichnend für den Arbeitsmarkt war also, dass immer weniger Menschen einer Vollzeitbeschäftigung nachgingen und die (in absoluten Zahlen und relativen Anteilen) zunehmenden Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse außerdem einen immer geringeren Beschäftigungsumfang aufwiesen. → M53 (Schaubild)

Diese Entwicklung lässt sich zum Teil auf die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung zurückführen: In den alten Bundesländern stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten von 2,28 Millionen im Jahr 1987 auf 2,62 Millionen 1992 (+ 14,5 Prozent) und weiter auf 3,6 Millionen im Jahr 1997 (+ 38,2 Prozent) an. Die ausschließlich geringfügig Beschäftigten machten damit in Westdeutschland mehr als die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten aus! In den neuen Ländern stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten von 0,36 Millionen (1992) auf 0,6 Millionen (1997).

Insgesamt ist also die oft angeführte Zunahme der Erwerbstätigkeit in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre vor allem auf eine Zunahme von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen mit rasch wachsendem Anteil der geringfügig Beschäftigten zurückzuführen! Diese Entwicklung ist ohne Zweifel eine wesentliche Ursache für die Polarisierung der Einkommensverteilung. Sozialpolitisch und im Blick auf die Häufigkeit von Armut ist der Trend ohne Zusatzinformationen nicht zu bewerten, da unklar ist, ob er auch die Interessen der Beschäftigten spiegelt oder ihnen bloß aufgezwungen wurde: Welcher Anteil der Teilzeitbeschäftigten eine Vollzeitbeschäftigung vorgezogen hätte, wenn dies aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt und hinsichtlich einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich gewesen wäre, ist nicht bekannt.

nach R&A, S. 83-85

M 51

Familie und Beruf in frühen Familienphasen

Junge Frauen und Männer suchen Familie und Beruf zu vereinbaren. Junge Eltern benötigen daher die doppelte Perspektive einer kontinuierlichen Beschäftigung und einer zuverlässigen Tagesbetreuung für ihre Kinder. An beidem mangelt es. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern unter drei Jahren und auch unter sechs Jahren – sagt der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – ist deshalb niedrig, weil geeignete Arbeitsplätze und Kinderbetreuungsplätze fehlen. Diese Defizite lösen bei jungen Eltern – unter ihnen viele allein erziehende Frauen – Verarmungsprozesse aus.

Die Vereinbarkeitsprobleme unterscheiden sich in den alten und neuen Bundesländern. In den neuen Bundesländern ist zwar die Infrastruktur der Kindertageseinrichtungen für alle Altersstufen in einem insgesamt ausreichenden Maße vorhanden. Dort fehlen aber in großem Umfang Teilzeit- und Vollzeitarbeitsplätze für Frauen. In den alten Bundesländern ist das Kapazitätsdefizit an Kindertageseinrichtungen und an Plätzen mit einer Ganztagsbetreuung nicht zu übersehen. Zugleich fehlen geeignete Arbeitsplätze für Frauen – ganz besonders für allein erziehende Frauen. Junge Eltern erleben einen unter diesen gesellschaftlichen Verhältnissen entstehenden familialen Verarmungsprozess als kulturellen Schock.

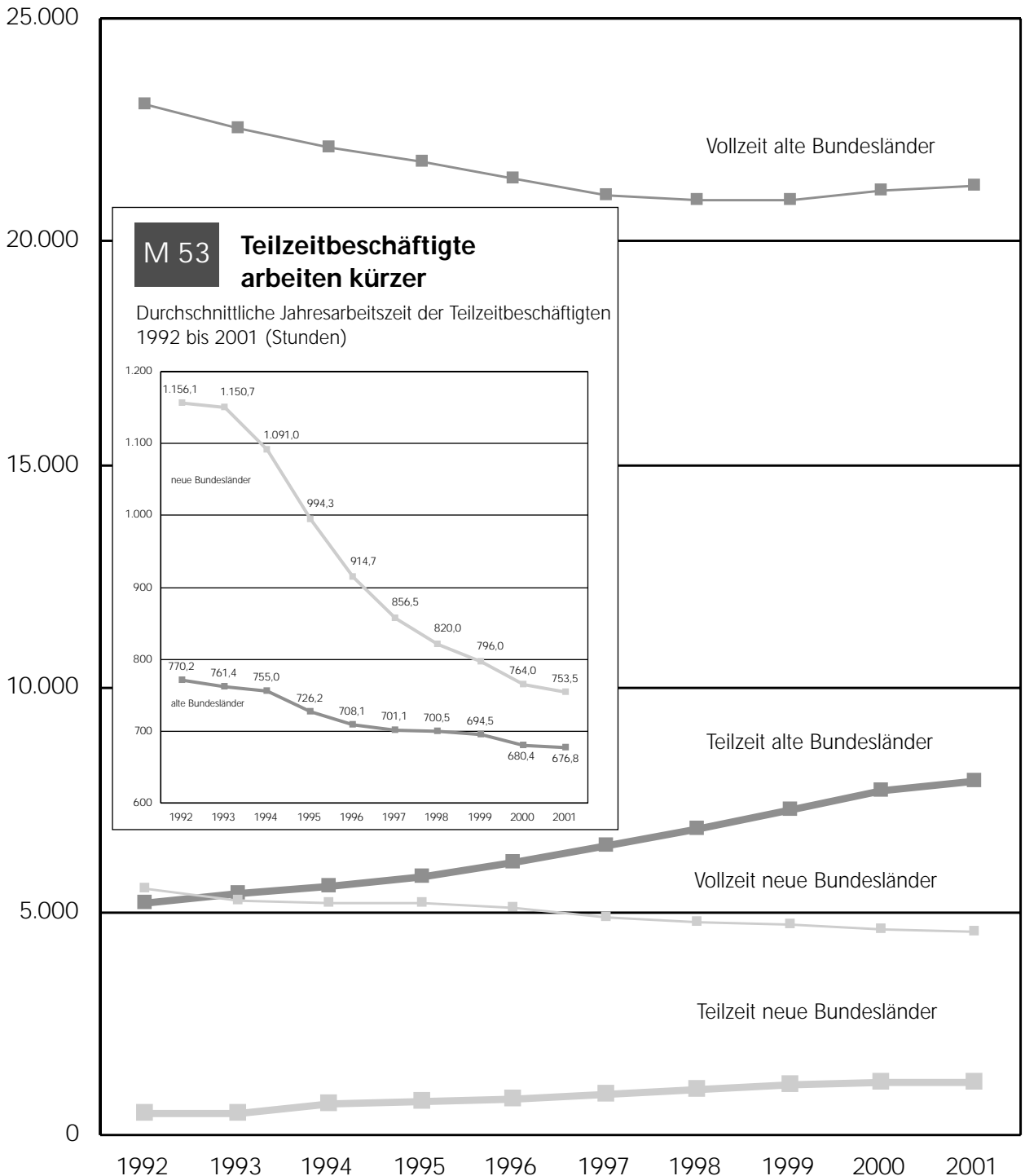
Quelle: Frank Bertsch, Staat und Familien. Familien- und Kinderarmut in Deutschland (Aus Politik und Zeitgeschichte B 22-23/2002) [http://www.bpb.de/publikationen/79LBU9.0.0,Staat_und_Familien_Familien_und_Kinderarmut_in_Deutschland.html]

Leitfragen:

Welche Rolle spielen die Zunahme von Teilzeitbeschäftigung und der Rückgang des Beschäftigungsumfangs von Teilzeitbeschäftigten für die Einkommensverteilung?
Wie ist Teilzeitbeschäftigung sozialpolitisch zu bewerten?

Immer mehr Teilzeit

Beschäftigte nach Beschäftigungsumfang 1992 bis 2001 (Jahresdurchschnitte in Tausend)



Quelle: IAB Kurzbericht 1/2001, Angaben für 2001: Schätzung

Erläuterung:

Zwischen 1992 und 2001 ging in Westdeutschland die Zahl der Vollzeitbeschäftigten von 23,1 Millionen auf 21,3 Millionen zurück, die der Teilzeitbeschäftigten stieg von 5,2 Millionen auf 7,9 Millionen. In den neuen Ländern sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten von 5,5 auf 4,5 Millionen, die Zahl der Teilbeschäftigten erhöhte sich von 460.000 auf 1,2 Millionen. Parallel dazu ging die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten im Westen Deutschlands von 770 auf 677 Stunden zurück, im Osten verringerte sie sich dramatisch von 1.156 auf 753 Stunden. → M50

Die Polarisierung der Primärverteilung – das ist die Verteilung der allein auf dem Markt erzielten Einkommen, ohne Berücksichtigung von Steuern, Sozialabgaben und staatlichen Transferleistungen – ist eng an Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt geknüpft: erstens die zunehmend ungleichere Verteilung der Erwerbseinkommen Vollzeitbeschäftigter (→ M48+49), zweitens die Zunahme von Teilzeitarbeit (→ M50,52-53) und schließlich drittens die anhaltende Massen- und zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit (→ M54-55).

M 54

Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit

Die Polarisierung der Primärverteilung wurde durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit entscheidend verschärft: Waren 1973 erst 1,2 Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen arbeitslos, kletterte diese Quote in den alten Bundesländern bis 1997 auf 11 Prozent, um erst danach wieder zu fallen. Seit Sommer 2001 kam es zu einem neuerlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit: Im Juni 2003 waren in den alten Bundesländern 2,66 Millionen und in den neuen 1,59 Millionen Menschen als arbeitslos gemeldet; die Quote (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen) lag damit im Westen bei 9,0, im Osten bei 19,8 Prozent. → M56 (Schaubild)

Die sich wellenförmig nach oben bewegende Arbeitslosenquote spiegelt unmittelbar wirtschaftliche Krisensituationen: Die beiden „Ölpreis-Krisen“ von 1974/75 und 1981/82 verursachten einen dramatischen Niveausprung der Arbeitslosigkeit. Nachfolgende konjunkturelle Erholungen drückten dann zwar die Quote, ohne aber den Niveausprung ausgleichen zu können. Auch das kräftige Wirtschaftswachstum Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre sowie die relativ positive konjunkturelle Entwicklung von 1998 bis 2000 führten nur zu vorübergehenden Entspannungen des Arbeitsmarktes. Danach setzte der Neuanstieg der Arbeitslosenquote jeweils auf höherem Niveau ein als der vorangegangene Anstieg. Ganz offenkundig ist der Markt immer weniger in der Lage, Arbeit in einem zur Armutsbekämpfung ausreichendem Maße bereit zu stellen.

Sozialpolitisch bedeutsam ist der langfristig wachsende Anteil der Langzeitarbeitslosen: Waren 1973 erst 6,9 Prozent aller Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet, kletterte dieser Anteil in Wellen bis zum Jahr 2000 auf 36,3 Prozent (alte Bundesländer). Im Folgejahr fiel der Anteil bemerkenswert, 2001 gab es jahresdurchschnittlich 810.300 Langzeitarbeitslose. In den neuen Bundesländern stieg der Anteil der länger als ein Jahr als arbeitslos Registrierten an allen Arbeitslosen von 32,2 Prozent 1992 auf 34,5 Prozent 2001 (jahresdurchschnittlich entsprach dies 474.400 Langzeitarbeitslosen).

M 55

Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Armut

Von den 5,6 Millionen Menschen, die 1998 in den 2,3 Millionen „Arbeitslosenhaushalten“ des früheren Bundesgebietes lebten, fanden sich 31,6 Prozent in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der „50-Prozent-Schwelle“ des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens, waren also „relativ arm“ (Begriff → M21). Für die neuen Länder fiel die Vergleichsquote niedriger aus, da dort Haushalte mit Arbeitslosen häufiger als im früheren Bundesgebiet von mehreren Einkommen leben konnten, weil zu ihnen entweder weitere Bezieher von Arbeitslosengeld oder -hilfe oder Erwerbstätige gehörten.

Einem besonderen Armutsrisiko sind die Haushalte von Arbeitslosen ausgesetzt, die entweder in rascher Folge für kürzere Zeit (für sie fehlen statistische Erhebungen) oder für eine längere Zeit arbeitslos werden. So lag das durchschnittliche Nettoäquivalenzein-

Langzeitarbeitslose im Juni 2003

	Absolut	Anteil an allen Arbeitslosen
Alte Bundesländer	829.000	31,1 %
Neue Bundesländer	667.000	41,8 %
Gesamt	1.496.000	35,1 %

Quelle: Statistisches Bundesamt
[<http://www.destatis.de/indicators/d/arb110ad.htm>]

Der dramatische Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ist ein Hinweis auf die Hartnäckigkeit, mit der sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland festgesetzt hat. Längst übersteigt sie die Zahl offener Stellen: Im Jahr 2001 gab es in den alten Bundesländern nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fast 2,5 mal so viele Arbeitslose wie offene Stellen, in den neuen Bundesländern kamen sogar fast zehn Arbeitslose auf eine offene Stelle. Schon allein deshalb ist der bei Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft in Mode gekommene Versuch, sich bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit auf eine Erhöhung der Vermittlungsquote Arbeitsloser zu konzentrieren (etwa durch Leistungsabsenkungen für „Vermittlungsunwillige“), sachlich ungerechtfertigt. An dieser strukturellen Arbeitslosigkeit wird auch ein Wirtschaftswachstum von sich aus nichts Grundsätzliches ändern, denn es gibt Anlass für die Vermutung, dass ein Aufschwung zwar in der Lage ist, vorübergehende Engpässe auf dem Arbeitsmarkt strukturstärker Regionen zu beseitigen, nicht aber eine Trendumkehr in strukturschwachen Regionen herbeizuführen. So sank zwar in den alten Bundesländern während der konjunkturellen Erholung 1998 bis 2000/01 die Arbeitslosigkeit sowohl absolut als auch relativ, in den neuen Ländern dagegen nicht.

nach R&A, S. 85-87

Aktuelle Arbeitslosenstatistik unter http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/kurzinformation/bundesgebiet_wo/index.html

kommen der Haushalte von Arbeitslosenhilfeempfängerinnen und -empfängern 1997 in den alten Bundesländern je nach Haushaltstyp zwischen 35 und rund 40 Prozent und in den neuen Ländern zwischen 39 und 54 Prozent des Durchschnittseinkommens: Der durchschnittliche Haushalt der Arbeitslosenhilfe Empfangenden musste also in „relativer“ bis „strenger“ Armut leben.

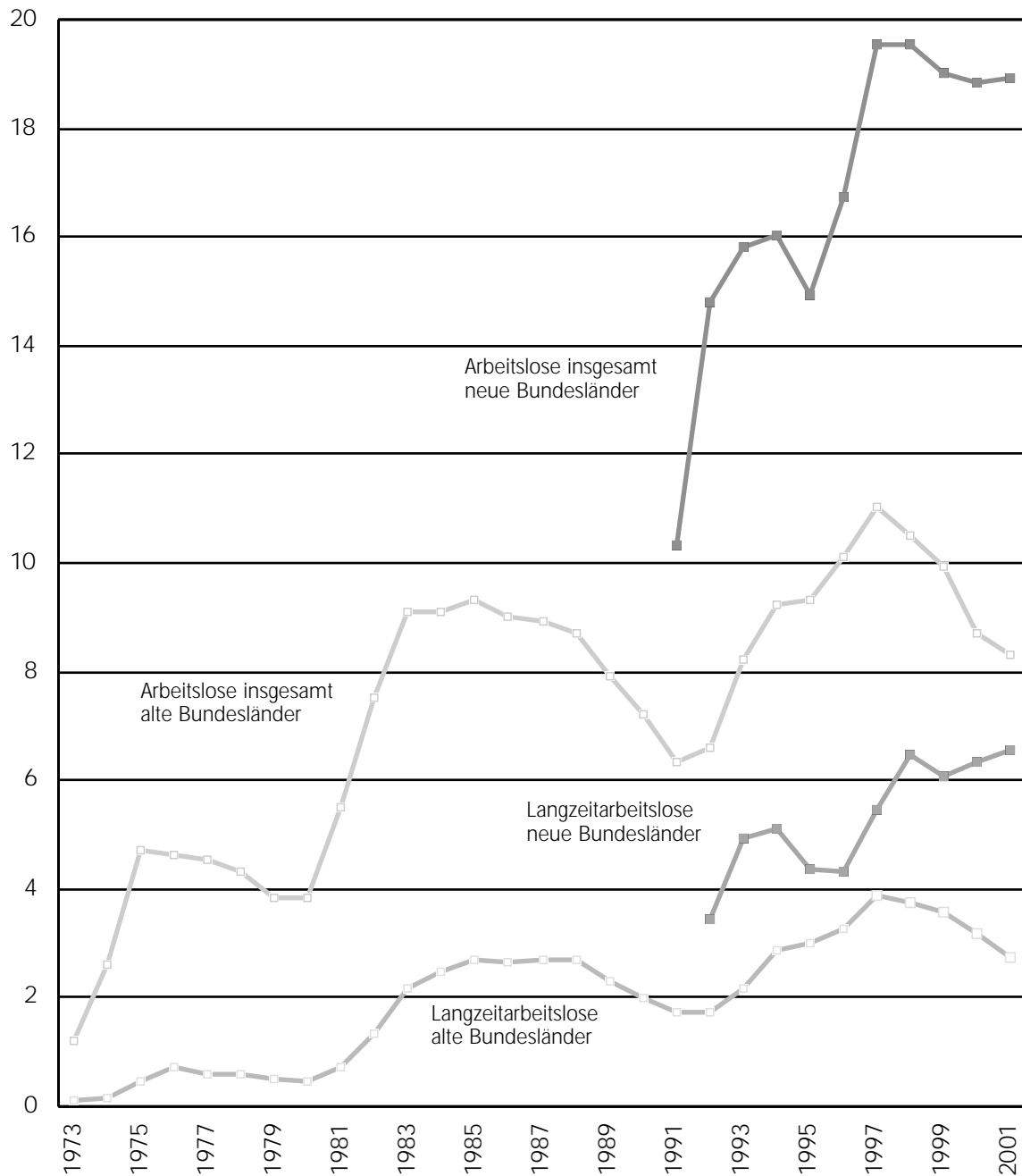
nach R&A, S. 90

Leitfragen:

Welche Charakteristika kennzeichnen die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen der letzten dreißig Jahre?
Welche Wirkungen dürfte ein erhöhtes Wirtschaftswachstum auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen haben?

Ein Vierteljahrhundert Massenarbeitslosigkeit

Arbeitslose insgesamt und Langzeitarbeitslose 1973 bis 2001 in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Jahresdurchschnittswerte)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt, periodische Mitteilungen

→ M54

Der Faktor Arbeit ...

... hat immer weniger vom Volkseinkommen

In den letzten Jahren sank der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am verfügbaren privaten Volkseinkommen (nach der öffentlichen Umverteilung) beständig: Von 1960 bis 1990 ging die so genannte Netto-Lohnquote von 55,8 auf 48,5 Prozent zurück. Dieser Trend setzte sich auch nach der Wiedervereinigung fort, der Anteil der Nettolöhne und -gehälter fiel von 49,4 Prozent im Jahr 1991 auf 43,8 Prozent im Jahr 2000. Im Gegenzug stieg die Netto-Gewinnquote von 25,3 Prozent 1960 auf 31,7 Prozent 1990, und wiederum setzte sich dieser Anstieg in den neunziger Jahren fort. Die Verteilung des Volkseinkommens auf die Faktoren „Kapital“ und „Arbeit“ hat sich also beständig zu Lasten des Faktors „Arbeit“ verschoben.

... und wird steuerlich belastet

Im Gegensatz zu dieser volkswirtschaftlichen Gewichtsverlagerung vom Faktor „Arbeit“ auf den Faktor „Kapital“ werden die Gewinn- und Vermögenseinkommen zunehmend steuerlich entlastet, die Lohn- und Gehaltseinkommen dagegen belastet: Im Jahr 1960 mussten auf Bruttolöhne und -gehälter durchschnittlich 6,3 Prozent Lohnsteuer und 9,4 Prozent Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden. Diese Gesamtbelastung von 15,7 Prozent kletterte bis 1998 auf stolze 36,1 Prozent. Spiegelbildlich verlief die drastische Entlastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen.

→ M60 (Schaubild)

Die gewaltige steuerliche Belastung des Faktors „Arbeit“ schlägt sich in einem wachsenden Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen nieder. Während die Lohnsteuer 1960 erst 11,8 Prozent zum gesamten Steueraufkommen beitrug, lag ihr Anteil im Jahr 2000 bei 35,4 Prozent. Zusätzlich stiegen die Anteile der indirekten Steuern: die der Umsatzsteuer von 21,7 auf 31,3 Prozent und die der Mineralölsteuer von 3,9 auf 7,5 Prozent. Damit machen heute die so genannten „Massensteuern“ drei Viertel des gesamten Steueraufkommens aus. Das ist vor allem im Fall der indirekten Steuern problematisch, die ja einkommensunabhängig sind und daher in gleichem Maße von Armen wie Reichen gezahlt werden müssen.

Demgegenüber wurde der Faktor „Kapital“ immer weiter von der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben entlastet: Die veranlagte Einkommensteuer trug 1960 zu 31,1 Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei, im Jahr 2000 nur noch verschwindende 2,7 Prozent. Auch die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuern stellen immer kleinere Anteile des Steueraufkommens. Der Trend der Steuerpolitik der 1980er und 1990er Jahre ist offenkundig: Unternehmensgewinne und die Bildung privaten Reichtums wurden auf Kosten der Staatseinnahmen begünstigt.

nach R&A, S. 95-97

Leitfragen:

Welche Rolle spielen Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen in der Diskussion um öffentliche Armut bei gleichzeitig wachsendem privaten Reichtum?
Welche Faktoren könnten eine Rolle dabei spielen, dass der Faktor „Kapital“ zunehmend steuerlich entlastet wird?

Eichels verlorene Jahre

Gewinne und Vermögen werden seit langem zu gering besteuert. Das neuerliche Loch im Staatshaushalt ist nicht das Ergebnis einer schicksalhaften Entwicklung. Und das magere Wirtschaftswachstum kann nur als eine Ursache unter mehreren gelten. Beachtung verdient vielmehr der langfristige Verlauf: Seit zwei Dekaden gehen die Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögen kontinuierlich zurück – auch unter der rot-grünen Bundesregierung. Nach 40 Prozent im Jahre 1980 wurden diese Gewinne 2001 noch mit real 23 Prozent Steuern belastet. Die real gezahlte Lohnsteuer blieb dagegen mit 12 Prozent auf ungefähr derselben Höhe.

Das sollte im Kopfe haben, wer in diesen Tagen über die Staatsschulden spricht. Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) steckt in der Klemme: Auch im ersten Quartal dieses Jahres sind die Steuereinnahmen zurückgegangen. [...] Diese Entwicklung wird sich so lange fortsetzen, wie die Bundesregierung nicht den Mut aufbringt, die große Linie zu verändern. Unternehmensgewinne und Einnahmen aus Kapitalbesitz müssen moderat, aber wirkungsvoll in einer Höhe besteuert werden, die es auch in Zukunft ermöglicht, die öffentlichen Gemeinwesen zu finanzieren. Dazu passen nicht die Senkung der Zinssteuer auf 25 Prozent, die weitgehende Reduzierung des Spitzensteuersatzes und die Steuerbefreiung für große Vermögen.

Natürlich ist dabei Vorsicht geboten: Es kann nicht darum gehen, in linksdogmatischer Art die Steuerbelastung für die Wohlhabenden in muntere Höhen zu schrauben. Aber so viel muss klar sein: Einsparungen und Belastungen sollen gleichmäßig verteilt werden. Freilich ist zu vermuten, dass in dieser Legislaturperiode weiter eher das Gegenteil passiert. Rot-Grün hat andere Prioritäten gesetzt. Und das, was die Bundesregierung beim Abbau von Subventionen in die Wege geleitet hat, wird von der CDU-FDP-Opposition in den Ländern blockiert. Eine verlorene Zeit für eine vernünftige Steuerpolitik.

Quelle: die tageszeitung 24. April 2003, S. 12

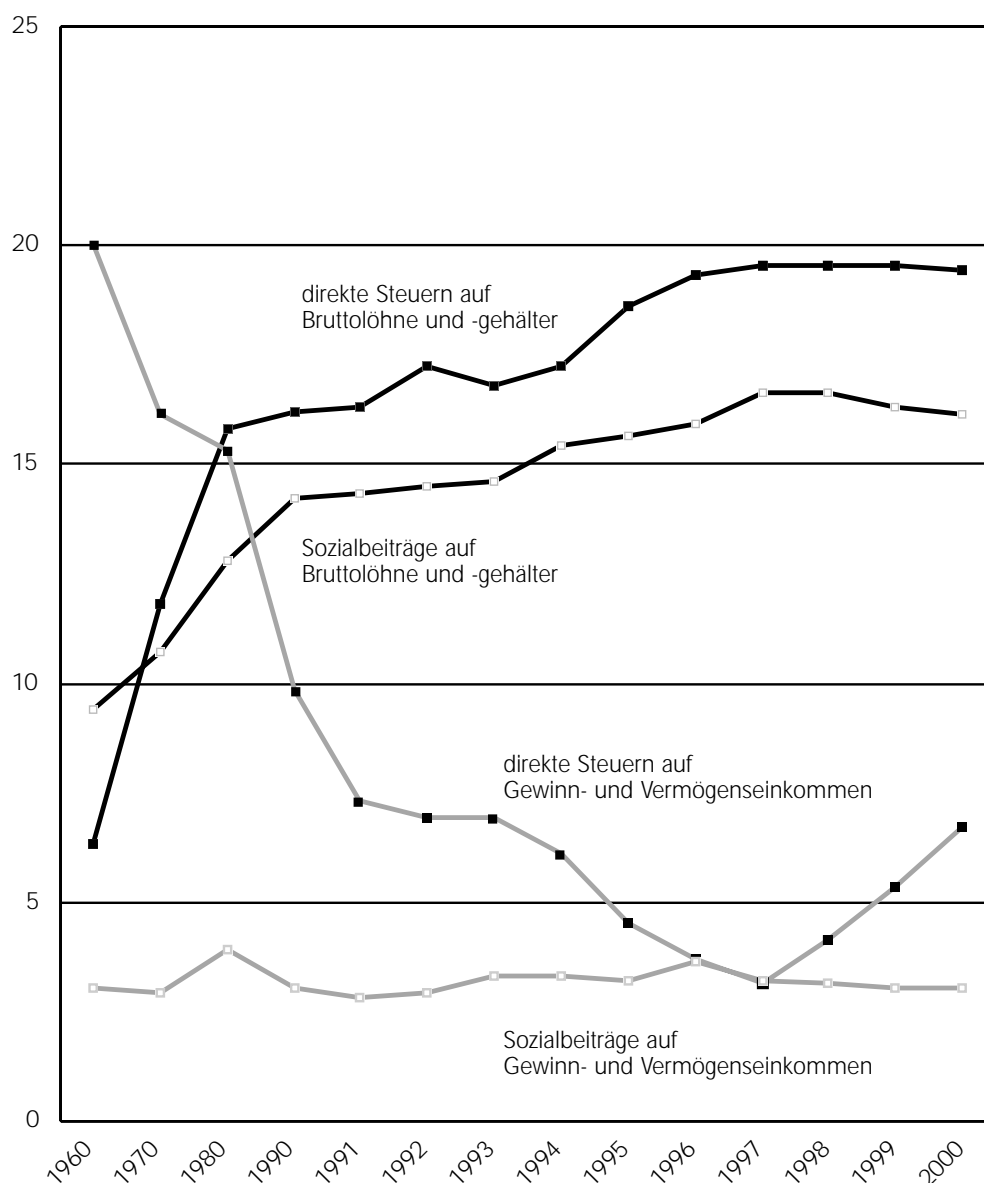
Internationale Finanzmärkte und Steuerwettbewerb

[...] Die Akteure auf den Kapitalmärkten setzten die OECD-Länder unter wachsenden Druck, die Besteuerung von Kapital, von Unternehmen und von Spitzenverdienern zurück zu fahren. Dieser internationale Steuerwettbewerb, dessen Vorboten schon in den achtziger Jahren zu spüren waren, nahm in den neunziger Jahren ruinöse Züge an, wie das OECD-Sekretariat in Paris betont hat [...]. Während die Steuerlast der Unternehmen und der Gutverdienenden abnimmt, zeigen die Mehrwertsteuersätze sowie die von allen Bürgerinnen und Bürgern zu zahlenden kommunalen Abgaben einen gegenläufigen Trend. Auch wächst der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter, während der Anteil von Steuern auf Einkommen aus Gewinnen und Vermögen rückläufig ist. Es findet, so scheint es, eine fiskalische Umverteilung von unten nach oben statt.“

Quelle: Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, Zwischenbericht, 2001, S. 4-5

Steigende Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen bei Entlastung von Kapitaleinkommen privater Haushalte

Direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge auf Bruttolöhne und -gehälter bzw. Gewinn- und Vermögenseinkommen 1960 bis 2000 in Prozent der Markteinkommen



Quelle: Claus Schäfer (2002), Verteilung – Wirtschaft – Gesellschaft. Argumente für eine Alternative zur neoliberalen „Eine-Welt-Politik“, Hans-Böckler-Stiftung, Böckler Box 4 [http://www.box4.boeckler-boxen.de/], S. 43

Erläuterung:

Der Anteil der direkten Steuern auf Bruttolöhne und -gehälter stieg in Deutschland zwischen 1960 und 2000 von 6,3 auf 19,4 Prozent, die entsprechenden Sozialbeiträge von 9,4 auf 16,1 Prozent; die Gesamtbelastung erhöhte sich bei den Bruttolöhnen und -gehältern also von 15,7 auf 35,5 Prozent! Dagegen sank der Anteil der direkten Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen im selben Zeitraum von 20,0 auf 6,7 Prozent, die entsprechenden Sozialbeiträge blieben bei etwa 3 Prozent konstant; die Gesamtbelastung verringerte sich bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen also von 23,0 auf 9,7 Prozent! Der Faktor „Arbeit“ wird belastet, der Faktor „Kapital“ entlastet. → M57

M 61

Deutschland ist kein Hochsteuerland!

Zu den jüngsten Berechnungen der OECD* teilt das Bundesministerium der Finanzen mit:

Deutschland liegt bei der Steuer- und Abgabenlast im internationalen Mittelfeld. Die Kernaussagen im Einzelnen:

Die vergleichbare Steuer- und Abgabenquote (einschl. Sozialversicherungen) betrug in Deutschland im Jahr 2001 36,4 %. Dieser Wert wird in Europa von den größeren Volkswirtschaften nur von Spanien mit 35,2 % unterschritten. Sonst haben in Europa nur Portugal, die Schweiz und Irland niedrigere Quoten. Die USA hatte 2000 eine Steuerquote von 29,6 %, Japan von 27,1 %. Die anderen großen europäischen Volkswirtschaften hatten folgende Abgabenquoten: Vereinigtes Königreich 37,4 %; Italien 41,8 %; Frankreich 45,4 %.

Dabei ist insbesondere die reine Steuerlast vergleichsweise gering: Deutschland hatte 2001 mit 21,7 % die niedrigste Steuerquote (ohne Sozialversicherungen) in Europa. Nur Japan hatte im OECD-Vergleich mit 17,2 % (2000) eine niedrigere Rate. Die Steuerquote der USA betrug 22,7 % (2000) und war damit höher als in Deutschland 2001. [...] → M64 (Schaubild)

Quelle: Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums, 20. Januar 2003

* OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

M 62

Deutsches Institut für Wirtschaft Deutsche Steuerquote konstant

Deutsche Wirtschaftsforscher räumen mit Vorurteilen auf: Danach schließen hohe Steuersätze keineswegs wirtschaftliche Erfolge eines Landes aus, wie häufig von Politikern vermutet wird. Und auch hohe Ökosteuern können sich für die Ökonomie auszahlen. Zu diesen Schlüssen gelangt eine Untersuchung internationaler Steuersysteme des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Die meisten Industriestaaten folgen weiterhin den klassischen Ratschlägen der Ökonomenzunft und konkurrieren offiziell um den billigsten Fiskus, jedenfalls für Unternehmen. „Viele OECD-Länder haben über einen längeren Zeitraum die Steuersätze auf Unternehmens- und Kapitaleinkommen gesenkt“, stellt das DIW fest. Mit Dumpingsteuern werben viele Staaten zudem um Führungspersonal für Unternehmen. Insgesamt haben die Steuerlasten jedoch in den meisten Ländern nicht abgenommen, sondern ist der Anteil am Bruttoinlandsprodukt – die so genannte Steuerquote – deutlich gestiegen. Nur in Deutschland blieb die Steuerquote seit 1965 trotz rot-grüner Steuerreform nahezu gleich. Unterm Strich kommt das DIW zum Schluss: „Deutschland ist kein Hochsteuerland“. Während in Dänemark fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung in Steuern fließt, sind es in Italien 30 Prozent und in den Niederlanden immer noch 25 Prozent. Dagegen begnügt sich Deutschland mit knapp 23 Prozent, was dem US-Niveau entspricht. Am wenigsten Steuern werden in Japan bezahlt – das trotzdem seit Jahren in tiefer wirtschaftlicher Depression verharrt. Überraschenderweise schneidet im Gegensatz zum Niedrigsteuerland Japan das Hochsteuerland Dänemark wirtschaftlich ausgesprochen erfolgreich ab, und das seit langem. Und selbst hohe Umweltlasten müssen dem wirtschaftlichen Erfolg nicht unbedingt im Wege stehen. Auch dafür steht Dänemark, das die Hitliste ebenfalls bei der Ökologisierung des Steuersystems anführt. Allerdings ist die Energiebesteuerung gespreizt, hohe Belastungen für Haushalte, niedrige für die exportorientierte oder energieintensive Wirtschaft.

Quelle: ngo-online, 14. Oktober 2002 [http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=4531]

M 63

Steuern runter, Schulden hoch?

Von Patrick Welter

Jede Zeit ist eine gute Zeit, um Steuern zu senken. Dem Credo des Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman lässt sich schwer etwas entgegensetzen. Niedrigere Steuern bedeuten letztlich weniger Staat. Steuersenkungen sind insoweit Mittel zum Zweck, Regierungen zu Minderausgaben zu bewegen. Das steht nicht nur in bester liberaler Tradition, weil so dem einzelnen Menschen mehr Verfügungsgewalt über sein Einkommen bleibt, sondern es stärkt auch noch das Wirtschaftswachstum.

Dieser Gedanke hilft, eine Schneise in das Diskussionsdickicht rund um das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 zu schlagen. Werden die Steuern 2004 stärker als bisher vorgesehen gesenkt, wird also die für 2005 geplante dritte Stufe der Steuerreform vorgezogen, bliebe dem Bürger mehr Geld in der Tasche. Dieses Geld kann er konsumieren, er kann es direkt investieren oder er kann es sparen und damit das Angebot an Investitionskapital indirekt vergrößern. Alle drei Tätigkeiten stärken für sich genommen das Wirtschaftswachstum.

Schlussfolgerung eins: Die Steuern müssen runter.

Eine vorgezogene Steuersenkung bedeutet zugleich, dass Finanzminister Hans Eichel weniger Geld einnimmt. Das gilt auf die kurze Sicht wahrscheinlich auch dann, wenn man die positiven Wachstumsimpulse (und damit der Tendenz nach steigenden Steuereinnahmen) berücksichtigt. Damit hat Eichel zwei Möglichkeiten: Er kann die Staatsausgaben senken oder er kann mehr Schulden machen.

Die Senkung der Staatsausgaben ist der Königsweg. Damit geht der Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsleben zurück, was – zumindest in der derzeitigen Situation eines überbordenden Wohlfahrtsstaates – das Wachstum stärkt. Ausgaben senken heißt aber auch, lieb gewonnene Subventionen wie verbilligte Steinkohle und Steuererleichterungen wie steuerfreie Sonntagszuschläge und Entfernungspauschalen abzuschaffen. Das klingt so, als ob Eichel aus der einen Tasche nimmt (Subventionsabbau), was er in die andere Tasche steckt (Steuererleichterung). Das aber ist schon bildlich falsch: Eichel nähme weniger aus der einen Tasche (Steuererleichterung) und hätte weniger Steuergeld, um Verteilungskel zu spielen (Subventionsabbau). Ökonomisch gesehen ist das kein Nullsummenspiel, sondern stärkt das Wachstum. Je weniger der Staat sich in die Wirtschaft einmischt, desto effizienter arbeitet der Markt und desto kräftiger das Wachstum. Niedrige Steuersätze ohne Steuererleichterungen sind hohen Steuersätzen und zahlreichen Ausnahmen vorzuziehen, weil die Menschen freier und weniger beeinflusst über ihre Einkommen verfügen können.

Schlussfolgerung zwei: Die Regierung soll die Steuersenkungen durch Ausgabenabbau und Streichung von Subventionen gegenfinanzieren. [...]

Ist somit jede Zeit eine gute Zeit, um Steuern zu senken? Ja. Zugleich gilt aber auch: Jede Zeit ist eine noch bessere Zeit für Regierungen, weniger Geld auszugeben.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung [<http://www.faz.net> (Aktuell > Wirtschaft > Hintergründe), 4. Juli 2003]

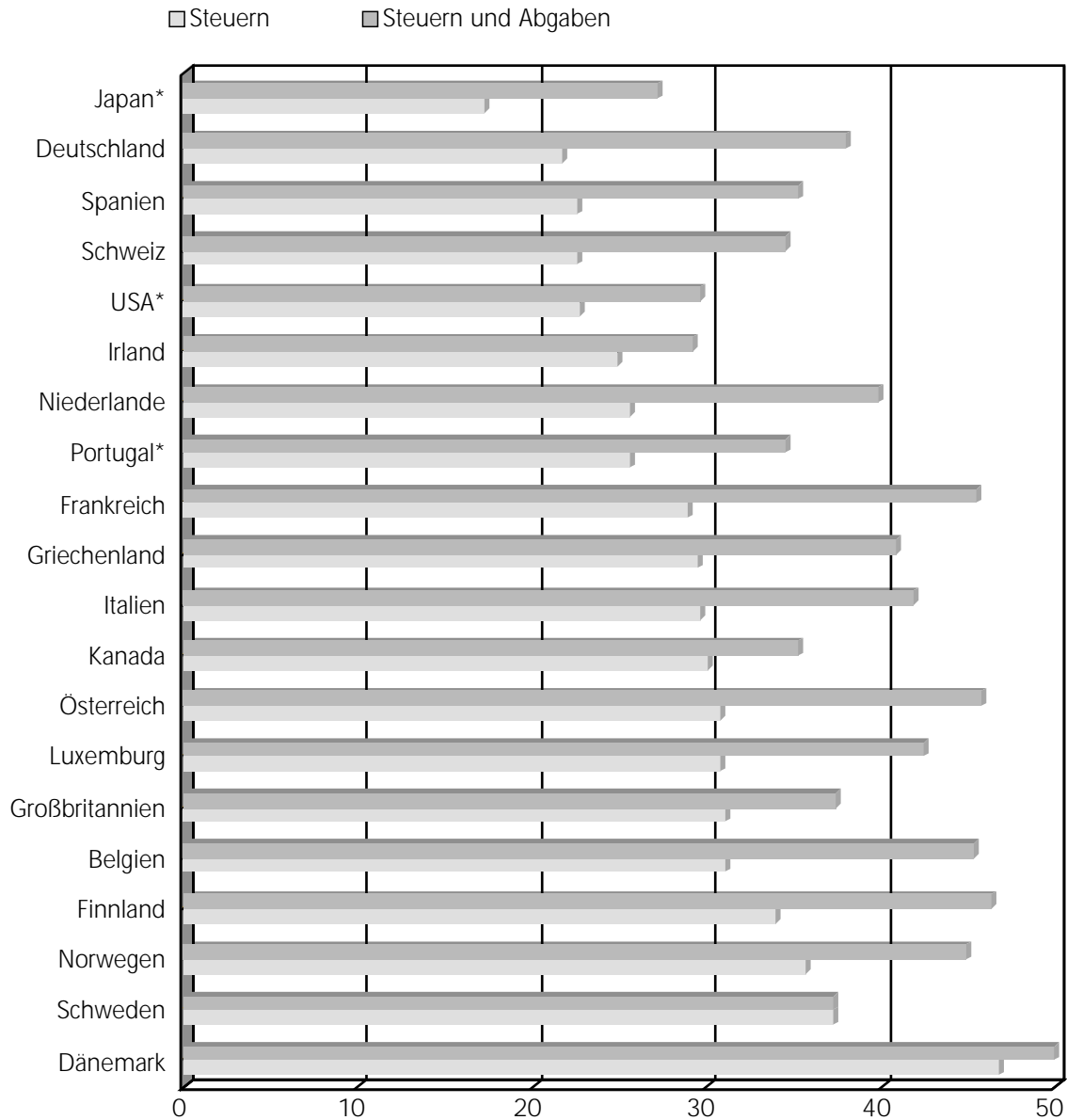
→ M71-74

Leitfrage:

Ist angesichts der unübersehbar wachsenden öffentlichen Armut die Forderung nach immer neuen Steuersenkungen (→ M63) noch vertretbar?

Steuerquoten im internationalen Vergleich

Steuern bzw. Steuern und Abgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (2001; *für Japan, USA und Portugal 2000)



Quelle: OECD (2002), Revenue Statistics 1995-2001, Paris

Erläuterung:

Die Steuer- und Abgabenquote lag in Deutschland im Jahr 2001 bei 37,9 Prozent und damit im Mittelfeld der OECD-Länder, bei der reinen Steuerquote lag Deutschland hinter Japan sogar auf Rang 2. → M61-62

M 65

Der Preis der steuerlichen Entlastung: Öffentliche Armut

Mit der steuerlichen Bevorzugung des Faktors „Kapital“ verzichtete der Staat in den letzten Jahren auf immer mehr Einnahmen – in der vagen Hoffnung auf ein Wirtschaftswachstum und mit der Konsequenz, dass Bund, Länder und Gemeinden immer weniger ihren sozialpolitischen Verpflichtungen nachkommen können. Die steuerliche Entlastung der Wirtschaft bedeutete enger werdende Ausgabenspielräume beziehungsweise größer werdende Sparzwänge. So sind in den 90er Jahren in Deutschland die öffentlichen Investitionsausgaben für Infrastruktur absolut um 30 Prozent real gesunken und das öffentliche Personal um absolut 20 Prozent abgebaut worden. Im Gegensatz dazu sind die Bedarfe an Infrastruktur und Personal – Reparaturbedarf, Ersatzbedarf und teilweise gänzlich neuer Bedarf – in vielen öffentlichen Bereichen weiter gestiegen, vor allem in der schulischen und universitären Bildung, im öffentlichen Verkehr, in der Kanalisation, im Wohnungsbau oder bei alternativen Energien.

nach R&A, S. 104

Bereits 1958 setzte der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith die „öffentliche Einkommensarmut“ beziehungsweise die daraus resultierende Einschränkung öffentlicher Leistungen in Beziehung zu privatem Reichtum. Dessen Förderung gehe, so seine These, auf Kosten öffentlicher und letztlich auch privater Armut. Denn die Förderung individuellen Wohlstands führe nicht automatisch zu allgemeiner Wohlfahrt. Vielmehr komme es darauf an, die Balance zwischen der Bereitstellung privater und öffentlicher Güter zu halten, da der Markt als Mechanismus zur Produktion öffentlicher Güter nicht taue. Diese These von öffentlicher Armut bei privatem Reichtum ist bis in die 1970er Jahre vor allen Dingen in den Wirtschaftswissenschaften intensiv diskutiert worden. Danach verschwand das Thema. Jetzt steht es wieder auf der Tagesordnung.

nach R&A, S. 106

M 66

Steuervermeidungsstrategien

Zu der kontinuierlichen steuerlichen Entlastung der Unternehmensgewinne durch den Gesetzgeber kommt hinzu, dass Banken und Unternehmen immer effektiver die legalen Möglichkeiten nutzen, die Bemessungsgrundlage für die fällige Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer zu senken. So tragen sie zum Teil schon seit Jahren wenig oder gar nichts zur Finanzierung der Infrastruktur, der Schulen, etc. in den Gemeinden bei, in denen sie ansässig sind, obwohl sie deren öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen. Während die Ansprüche an den Staat steigen, weil die Unterhaltung der Infrastruktur wegen neuer Technologien teurer wird, bleiben international agierenden Unternehmen viele (zumindest tolerierte) Techniken, ihre Gewinne im Inland mit Verlusten im Ausland auszugleichen beziehungsweise die Gewinne im steuerlich günstigeren Land auszuweisen, so dass im Extremfall überhaupt keine Gewerbesteuer zu zahlen ist. Solche „Extremfälle“ sind beispielsweise Daimler-Chrysler für Stuttgart (seit 1997) oder BMW und die Münchener Rück für München.

nach R&A, S. 107

M 67

Die Pleite bleibt im Dorf

Wofür die Gemeinden zahlen sollen, obwohl sie kein Geld haben

Die Situation: Noch nie ging es den Gemeinden in Deutschland schlechter. Das von Jahr zu Jahr größer werdende Loch in den Kassen ist nach Auffassung von einzelnen Bürgermeistern sogar demokratiegefährdend. Denn es verhindere, dass die kleinsten gesellschaftlichen Einheiten, die Kommunen, in die Lage kommen, ihre sozialen Verpflichtungen zu erfüllen. Straßenbau, Schul- und Kinderbetreuung, aber auch die Verfügbarkeit von funktionierenden Leitungssystemen, alles Aufgaben, die die Kommunen Geld kosten. Geld, das sie nicht haben, weil immer weniger Unternehmen Gewerbesteuer zahlen. Und weil die wirtschaftliche Situation auch die Einnahmen aus anderen Steuerarten drückt. Und weil die Kommunen verpflichtet sind, immer mehr Geld für die Sozialhilfe auszugeben.

Quelle: Tagesspiegel, 11. März 2003 [<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/11.03.2003/473445.asp>]

M 68

Hessen: Das Land stoppt fast alle Zahlungen

Nach der aktuellen Steuerschätzung wird Hessen dieses Jahr rund eine halbe Milliarde Euro weniger einnehmen als geplant. Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) verhängte am Donnerstag eine Haushaltssperre und stoppte damit fast alle Zahlungen, zu denen das Land nicht durch Gesetze oder Verträge verpflichtet ist.

Wiesbaden – Der Erlass erreichte die Ministerien per Boten: „Die beispiellose Talfahrt der Steuereinnahmen in der Bundesrepublik Deutschland hält unvermindert an“, schrieb Weimar seinen Kabinettskollegen. Deshalb dürfen „mit sofortiger Wirkung nur noch Ausgaben geleistet werden, die unbedingt erforderlich sind“. Ausgenommen sind die Zuweisungen an die Universitäten im Rahmen des Hochschulpakts und Gelder zur Sicherung der Unterrichtsversorgung, außerdem alle zwingend nötigen Ausgaben „zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr“, Zahlungen für bereits laufende Baumaßnahmen sowie „zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit und zur Modernisierung der Verwaltung“, worunter Weimar auch die umstrittene und unerwartet teure Einführung des Computersystems vom SAP versteht. Alle übrigen freiwilligen Leistungen, etwa Zuschüsse zu neuen Gewerbegebieten, Planungskosten, Sozialeinrichtungen wie Frauenhäuser oder Beratungsstellen sowie für Umweltprojekte sind vorerst auf Eis gelegt. In einigen Wochen will Weimar jedoch mit den Ministerien verhandeln, um die Sperre durch eine flexiblere Regelung zu ersetzen, die in begründeten Fällen wichtige freiwillige Ausgaben erlaubt.

Der Finanzminister reagierte damit auf die, wie er sagte, „schwerste finanzpolitische Krise der Nachkriegszeit“. Er [...] räumt bereits ein, dass es „völlig ausgeschlossen“ sei, bis zum Jahresende die in der Verfassung festgelegte Höchstgrenze für neue Kredite einzuhalten. Laut Verfassung darf das Land nicht mehr Geld bei den Banken leihen, als es für Investitionen ausgibt. Bereits 2002 lag die Neuverschuldung mit zwei Milliarden Euro erheblich über der Verfassungsgrenze. [...]

Quelle: Frankfurter Rundschau, 23. Mai 2003, Ausgabe D3, S. 25 [http://www.fr-aktuell.de/ressorts/frankfurt_und_hessen/frankfurt/?cnt=218158]

M 69

München ist pleite

München – Kämmerer Klaus Jungfer (SPD) wird den Münchner Stadtrat am Mittwoch eine Haushaltssperre verhängen lassen. Damit liegen alle städtischen Ausgaben auf Eis, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind. Jungfer reagiert mit dem Ausgabestopp darauf, dass auch die Hypovereinsbank in diesem Jahr keine Gewerbesteuer zahlt. Der Stadtkasse fehlen so 120 Millionen Euro.

„Wir müssen der Realität ins Auge sehen: Die Stadt ist pleite“, begründete OB Christian Ude (SPD) den dramatischen Schritt. Neben einer Sperre für alle nicht gesetzlich oder vertraglich gebundenen Ausgaben der Stadt verhängt der Kämmerer außerdem einen Stopp für alle Investitionen in neue, noch nicht begonnene Projekte. Die Eckdaten für den Haushalt 2003 und das Mehrjahresinvestitionsprogramm, über die der Stadtrat am Mittwoch eigentlich entscheiden sollte, wird Jungfer nicht mehr vorlegen. „Das Zahlenwerk“, sagt Ude, „ist Makulatur.“

Am Donnerstagabend informierte Jungfer den OB über die Meldung der Steuerbehörden, nach der ein „weiteres bedeutendes Münchner Unternehmen der Finanzdienstleistungsbranche“ seine Gewerbesteuer für die Jahre 2001 und 2002 auf Null gestellt hat. Es handelt sich, so heißt es in Behördenkreisen, um die Hypovereinsbank, eine der drei größten deutschen Banken. Das Unternehmen zahlt nicht nur die 30 Millionen Euro Vorauszahlungen nicht mehr, mit denen Jungfer bereits gerechnet hatte, die Stadt muss dazu 90 Millionen Euro bereits gezahlter und verplanter Vorauszahlungen an die Bank zurück überweisen – und zwar sofort. Der Kämmerer gehen so allein in der Steuersache Hypovereinsbank 120 Millionen Euro verloren.

Mit der Hypovereinsbank zahlen nun alle sieben Münchner Großunternehmen, die der Aktienindex Dax listet (außerdem: Allianz, BMW, Infineon, MAN, Münchener Rück und Siemens) keine Cent Gewerbesteuer mehr. Insgesamt sind die laufenden Steuervorauszahlungen im Jahr 2002 auf bislang 620 Millionen Euro zusammengeschmolzen. Von Januar bis April 2001 hatte die Stadt daraus noch 920 Millionen Euro eingenommen. Damit aber, so Jungfer, sind „die Planungsgrundlagen für den Stadthaushalt 2003 und den Finanzierungsrahmen für das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2002-2006 unbehebbar entfallen“. Das heißt: Der Kämmerer muss im Oktober einen Nachtragsetat für das laufende Jahr und neue Eckdaten für den Haushalt 2003 vorlegen – unter „den Bedingungen einer Mangelwirtschaft“, wie Jungfer sagt.

Bis dahin gelten Haushaltssperre und Investitionsstopp. Im Verwaltungshaushalt will Jungfer so 74 Millionen Mark einsparen – unter anderem dadurch, dass die Stadt ihren Bediensteten freiwillige Leistungen wie Essenzuschuss und Wegegeld streicht. Der Halt bei den Investitionen, räumt Jungfer ein, „wird ein harter Schlag für die Münchner Wirtschaft“. Er wird den Neubau von Krippen, Freizeitheimen und Sozialbürgerhäusern treffen, aber auch das ehrgeizige Wohnbauprogramm.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 23. Juli 2002

M 70

Hamburg: Steuereinnahmen brechen ein

Bis 2006 fehlen jährlich 500 Millionen Euro – Einsparungen bei Beamten geplant – Peiner: Alle müssen Opfer bringen

Hamburg muss mit dramatisch höheren Steuerausfällen rechnen als bislang bekannt und wird deshalb ab sofort seinen Sparkurs deutlich verschärfen. „Alle werden zumutbare Opfer erbringen müssen“, sagte Finanzsenator Wolfgang Peiner am Dienstag bei der Vorstellung der Mai-Steuerschätzung. Erste Maßnahmen werde der Senat auf einer Klausur noch vor der Sommerpause beschließen.

Hamburg werde bis 2006 Jahr für Jahr rund 500 Millionen Euro weniger einnehmen als im Mai vergangenen Jahres geschätzt, sagte Peiner. Als Folge würden die Ausgaben bis 2006 eingefroren. Da aber gesetzliche Leistungen stiegen, müssten jährlich bis zu 300 Millionen Euro gespart werden. Zugleich verabschiedete sich Peiner von seinem Ziel, 2004 einen ausgeglichenen Betriebshaushalt vorzulegen. Man hoffe, dieses Ziel im Jahr 2006 zu erreichen.

Die Ursachen der Steuerausfälle liegen nach Peiners Worten in der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit brähe vor allem die Lohnsteuer weg. Die Konsumzurückhaltung belastete die Einnahmen aus der Umsatzsteuer, und die Körperschaftsteuer werde sich lediglich „auf niedrigem Niveau berappeln“, sagte Peiner. Eine höhere Neuverschuldung schloss der Senator jedoch aus.

Die Defizite will Peiner – zumindest teilweise – durch die vorhandenen Rücklagen in Höhe von rund 800 Millionen Euro und den Verkauf städtischen Vermögens ausgleichen. Ansonsten kündigte er erste Einsparmaßnahmen an: So sollen die Zuwendungen, die jährlich rund 700 Millionen Euro ausmachen, pauschal um zehn Prozent gesenkt werden. Jeder Zuwendungsempfänger muss künftig jährlich seinen Antrag auf Zuwendung belegen.

Zudem will der Senat die Personalausgaben, die dieses Jahr bei rund 3,46 Milliarden Euro liegen, einfrieren. Das bringe jährlich bis zu 115 Millionen Euro, sagte Peiner. Ferner kündigte er eine Reduzierung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes der Beamten an. Ob die Beiträge von 82 auf 65 Prozent – was Hamburg 40 Millionen Euro spart – gekürzt würden, ließ der Senator offen. Allerdings sollen ebenfalls die Regelungen für die Angestellten überprüft und die Bezüge der Beamten – wenn auch zeitlich verzögert – auch in diesem Jahr erhöht werden.

Keinen Zweifel ließ Peiner daran, dass der Senat an seinen Investitionen wie beispielsweise für die U-Bahn festhalte. Sollten dadurch private Engagements ausgelöst werden, würden die Projekte sogar vorgezogen. Einer Senkung der Gewerbesteuer stimmte Peiner zwar grundsätzlich zu, hält sie aber gegenwärtig nicht für „finanziell verkraftbar“.

Quelle: Die Welt, 28. Mai 2003
[<http://www.welt.de/data/2003/05/28/104078.html>]

Leitfrage:

Welche Konsequenzen hat die Steuerentlastungspolitik für die Kommunen?

Die hausgemachte Pleite

[...] Untergangsstimmung macht sich breit im deutschen Herbst 2002: 31,4 Milliarden Euro Steuerausfälle, harsche Kritik der „fünf Weisen“ – die Deutschland AG wird pleitegeschrieben. Die Regierung scheint am Ende zu sein, bevor sie überhaupt angefangen hat. Hektik allenthalben – doch gemach: Rational ist diese plötzliche Katastrophenstimmung nicht. Denn die unbestreitbare Misere der Staatsfinanzen zeichnete sich seit langem ab: Zwar drückt die lahrende Konjunktur auf das Steueraufkommen und verschärft die Arbeitslosigkeit. Doch jenseits aller konjunkturellen Faktoren ist die drohende Staatspleite (auch) hausgemacht.

Mit Macht schlagen die Folgen einer Steuerpolitik zurück, die den Faktor Kapital beständig ent- und den Faktor Arbeit dafür (bis zur Steuerreform) belastete, in der irrigen Annahme, auf diese Weise Wachstum anregen und Arbeitsplätze schaffen zu können. Die Fakten sind bekannt, werden aber immer wieder verdrängt: Während sich die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne von 1960 bis 2000 mehr als verdreifachte, sank die steuerliche Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen kräftig: Im Jahr 2000 betrug sie nur noch ein Drittel dessen, was 1960 – zu Zeiten des „Wirtschaftswunders“ – den Gewinnen zugemutet wurde. In diesen vierzig Jahren sind die Nettogewinn- und Vermögenseinkommen deutlich rascher gewachsen als die Nettolöhne und -gehälter. Folglich ging der Anteil der Nettolöhne am verfügbaren privaten Volksvermögen, die so genannte Nettolohnquote, kräftig zurück. Spiegelbildlich stieg die Nettogewinnquote auf etwa 30 Prozent.

Obgleich es somit die Gewinne waren, die überdurchschnittlich wuchsen, trug der Faktor Kapital immer weniger zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben bei. Besonders dramatisch ist der relative Bedeutungsverlust der (veranlagten) Einkommensteuer: Sie erbrachte 1960 noch rund 31 Prozent des gesamten Steueraufkommens, 2000 aber nur noch verschwindende 2,7 Prozent. Auch die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer stellten immer kleinere Anteile des Steueraufkommens. Demgegenüber wurde der Beitrag des Faktors Arbeit mehr als verdreifacht: Im Jahre 2000 entfielen über 35 Prozent des gesamten Steueraufkommens allein auf die Lohnsteuer! Auch die Anteile der indirekten Steuern stiegen: die der Umsatzsteuer um fast die Hälfte und die der Mineralölsteuer um über 90 Prozent. Damit tragen heute die „Massensteuern“ drei Viertel des gesamten Steueraufkommens, also dreimal so viel wie der Faktor Kapital. Unter steuer- und verteilungspolitischen Gesichtspunkten ist das höchst problematisch.

Die steuerliche Entlastung des Faktors Kapital wurde getragen von der Hoffnung, auf diese Weise zu Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen. Doch diese Hoffnung trog: Der wachsende Reichtum von Unternehmen und Personen kam nur in engen Grenzen der gesamten Gesellschaft zugute: Steuersenkungen allein schaffen weder Wachstum noch Arbeitsplätze, sondern lediglich öffentliche Armut. Dies zeigte bereits 1999 eine Studie im Schweizer Finanzministerium, die jedoch zugleich darauf hinwies, dass offene Volkswirtschaften gezwungen seien, den ruinösen Steuersenkungswettlauf der OECD-Staaten mitzumachen.

Dieser Wettlauf ist eine von den OECD-Staaten ins Werk gesetzte politische Veranstaltung. Angepöfift wurde er Anfang der 1980er-Jahre von Ronald Reagan, und Deutschland wurde zum schnellsten Läufer: Der effektive durchschnittliche Körperschaftsteuersatz fiel in Deutschland von 1980 bis Mitte der Neunzigerjahre deutlich rascher als in Großbritannien und in den USA. Auch der effektive durchschnittliche Kapitalsteuersatz wurde in Deutschland wesentlich stärker als in Großbritannien und den

USA zurückgefahren – 1996 mussten die Briten eine doppelt so hohe Besteuerung des Kapitals hinnehmen wie die Deutschen (auch in den USA langte der Fiskus kräftiger zu).

Deutschland entlastete den Faktor Kapital also rascher als andere OECD-Staaten und wurde so vom Opfer zum Treiber des ruinösen Steuersenkungswettlaufes. Umgekehrt sind die durchschnittlichen effektiven Arbeitsteuersätze in Deutschland überdurchschnittlich gewachsen und lagen 1996 weit über den Sätzen in den USA und in Großbritannien. Genutzt hat das dem Standort Deutschland allerdings wenig: Die Angebote, die der Fiskus ausländischen Investoren gemacht hat, wurden durch die hohen Kosten auf den Faktor Arbeit „ausgeglichen“.

Hinzu kommt, dass der Steuerwettbewerb unmittelbar eine Folge der globalen Liberalisierung der Finanzmärkte ist. Steueroasen und die Akteure auf den Kapitalmärkten setzten die OECD-Länder unter wachsenden Druck, die Besteuerung von Kapital, von Unternehmen und von Spitzenverdienern zurückzufahren. Dieser internationale Steuerwettbewerb, dessen Verbote schon in den Achtzigerjahren zu spüren waren, nahm in den Neunzigerjahren ruinöse Züge an, wie das OECD-Sekretariat in Paris betont hat. Während die Steuerlast der Unternehmen und der Gutverdienenden abnimmt, zeigen die Mehrwertsteuersätze sowie die von allen Bürgerinnen und Bürgern zu zahlenden kommunalen Abgaben einen gegenläufigen Trend. Auch wächst der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter, während der Anteil von Steuern auf Einkommen aus Gewinnen und Vermögen rückläufig ist. Es findet, so scheint es, eine fiskalische Umverteilung von unten nach oben statt.

Weltweit agierende Unternehmen nutzen die neuen Möglichkeiten geschickt, gliedern Gesellschaften ein und aus, verschieben Gewinne, wickeln den IntraKonzernhandel zu höheren oder niedrigeren Preisen als den Marktpreisen ab – je nachdem, was sich für sie besser rechnet –, machen Gewinne und zahlen keine Steuern mehr.

Dies geschieht nicht nur auf legalem Wege: Ende der Neunzigerjahre wurden die staatlichen Einnahmeverluste durch Steuerflucht und -hinterziehung auf über 50 Milliarden Euro geschätzt. Der ohnehin steuerlich geförderte Reichtum richtet damit größeren volkswirtschaftlichen Schaden an als der viel zitierte kleine Mann in der sozialen Hängematte, denn der durch „Sozialmissbrauch“ entstandene Schaden beläuft sich nur auf rund eine Milliarde Euro.

Der jüngste öffentliche Aufschrei über das Versagen der Koalition tut so, als gäbe es diese Tatsachen nicht. Vielmehr lenkt er den Blick genau in die Richtung, aus der die Staatspleite kommt. Nicht um noch mehr Steuersenkungen kann es gehen, nicht um noch mehr Entlastung des Faktors Kapital. Vielmehr ist an den Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith anzuknüpfen, der schon vor Jahrzehnten fragte, ob nicht die einseitige Förderung privaten Reichtums als Preis öffentliche Armut habe. Nur in der Perspektive dieser Frage lässt sich die hektische Steuerdebatte entideologisieren und beruhigen. Dafür ist es um Deutschland willen höchste Zeit. – Klaus Heidel

Quelle: die tageszeitung, 3. Dezember 2002

Ungleich, aber gerecht

Besserverdienende verfügen über dreifache Sicherheit: Bildung, Einkommen und Besitz. Da können sie von ihrem Einkommen ruhig mehr abgeben als die Niedrigverdiener

Die neueste Idee von Kanzler Schröder lautet, die Steuerreform vorzuziehen, wenn man es gegenfinanzieren kann. Es ist durchaus in Ordnung, über die deutsche Finanzpolitik nochmals nachzudenken. Aber es wäre ein Desaster, wenn die geplante Steuerreform völlig unverändert bliebe und sogar noch ein Jahr früher stattfände. Denn sie würde die soziale Ungleichheit verschärfen und den Staat langfristig weiter verarmen lassen. Das Kernproblem lässt sich recht schlicht beschreiben: Die Spitzenverdiener würden zu stark entlastet.

Doch zunächst – zur Erinnerung – die Eckpunkte der geplanten Reform. Sie besteht im Wesentlichen aus zwei Bereichen: Die unteren Einkommen sollen profitieren, indem der Eingangssteuersatz auf 15 Prozent sinkt und der Grundfreibetrag auf 7.664 Euro steigt. Den oberen Einkommen käme zugute, dass der Spitzensteuersatz von aktuell 48,5 auf 42 Prozent fallen soll. Das Bundesfinanzministerium lobt seine Reform als „das größte Steuersenkungsprogramm der Nachkriegsgeschichte“. Insgesamt verschenkt der Staat mehr als 26 Milliarden Euro aus der Einkommensteuer (Schätzwert vom Sommer 2000, als die Reformen verabschiedet wurden). Bei solchen Summen interessiert natürlich, wer wie stark profitiert. Die Antwort ist differenziert.

Um gleich ein kleines, aber sehr gängiges Missverständnis auszuräumen: Die Besserverdienenden würden nicht völlig leer ausgehen, wenn der Spitzensteuersatz bei den heutigen 48,5 Prozent bliebe. Auch die hohen Einkommensgruppen profitieren – wie alle –, wenn der Eingangssteuersatz fällt und der Grundfreibetrag steigt. Nur das Umgekehrte stimmt eben nicht: Die unteren Schichten haben keinen Euro mehr im Portmonee, wenn der Spitzensteuersatz sinkt.

Dass selbst bei den Höchsteinkommen markante Ungleichheiten herrschen, hat Ver.di kürzlich festgestellt. Denn nicht alle in diesen elitären Regionen hätten gleich viel vom gesenkten Spitzensteuersatz: Wer unverheiratet 75.000 Euro zu versteuern hat, der würde gegenüber 1998 „nur“ 3.115 Euro sparen. Bei 500.000 Euro würden hingegen 47.446 Steuereuro verschenkt; bei einem Verdienst von 1 Million sind es sogar 103.000 Euro. Die Maximalverdiener profitieren also am meisten. Schon diese Summen zeigen, dass eine weitere sehr gängige Meinung ebenfalls nicht zutrifft: Es handelt sich keineswegs um „Peanuts“, die an die Spitzenverdiener verteilt werden. Es geht um Milliarden von Euro. Und die wird man zu späteren Zeiten nicht mehr zurückfordern können. Wenn der Spitzensteuersatz einmal auf 42 Prozent gesenkt ist, dürfte es sehr schwer sein, ihn jemals wieder stark steigen zu lassen.

Allerdings ist noch eine weitere Differenzierung anzubringen: Obwohl die Spitzenverdiener massiv entlastet werden, tragen sie dennoch die Hauptlast der Steuerreform. Oder, wie es das Finanzministerium hochgerechnet hat: Es sind schon jetzt diejenigen, die mehr als 30.000 Euro (verheiratet 60.000) pro Jahr verdienen, die den größten Teil der gesamten Einkommensteuer aufbringen. 2001 lag ihr Anteil bei 58,4 Prozent; durch die Steuerreformen würde er sogar auf 67 Prozent steigen.

Wenn man nun fordert, dass der Spitzensteuersatz bei 48,5 Prozent bleiben soll, während der Eingangssteuersatz sinkt und der Grundfreibetrag steigt, dann würde sich die anteilige Belastung der Besserverdiener natürlich noch weiter verschärfen. Kann das gerecht sein? Ja.

Erstens: Sehr viele Gutverdienende sorgen bereits bestens für sich selbst, wenn es ums Steuersparen geht. Da muss der Staat

nicht nachhelfen. Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzt, dass jährlich etwa 70 Milliarden Euro an Steuern hinterzogen werden – nahezu das Dreifache des Gesamtvolumens der Einkommensteuerreform. Und dieses Schwarzgeld sei prinzipiell nicht einzutreiben, da ist die Steuergewerkschaft pessimistisch: Selbst wenn die Finanzverwaltungen über 10.000 weitere Mitarbeiter verfügten und das Bankgeheimnis endlich aufgehoben würde, könnte man höchstens 20 Milliarden Euro aufspüren.

Natürlich kennen die Befürworter des reduzierten Steuersatzes diese Zahlen. Ihr Gegenargument lautet: Die Steuern würden nur hinterzogen, weil die Besserverdienenden so stark belastet sind. Sobald die Sätze sinken, würden auch mehr Einkünfte bei den Finanzämtern angegeben. Doch dürfte das eine Milchmädchenrechnung sein. Schließlich ist es immer die attraktivste Lösung, gar keine Steuern zu zahlen – da ist es fast egal, wie niedrig die Sätze sind. Das zeigt sich nirgends besser als bei einer der vielen Kanzler-Initiativen: bei der „Brücke zur Steuerehrlichkeit“, die vergangenen Mittwoch im Kabinett beschlossen wurde. Im nächsten Jahr haben Steuersünder die Möglichkeit, ihr illegales Fluchtgeld aus dem Ausland zurückzuholen und pauschal mit 25 Prozent nachzusteuern. Der Kanzler hoffte ursprünglich auf einen Rückfluss von 100 Milliarden Euro – die Steuergewerkschaft und auch der Finanzminister rechnen mit höchstens 10 Milliarden. Denn interessant ist die neue Ehrlichkeit nur für ältere Anleger, die ihre Finanzen noch vor dem Tod in Ordnung bringen wollen. Die Steuerreform entlastet Schichten, die bereits sehr heftig an der Selbstentlastung arbeiten.

Zweitens: Aber selbst wenn alle Besserverdienenden brav ihre Steuern zahlen würden, wären eine scharfe Progression und eine Entlastung der unteren Schichten gerecht. Es wird zu oft zu schnell vergessen: Wer wenig verdient, hat fast nie Vermögen. Jeder Euro Lohn macht einen Unterschied, hundert Euro sind bereits existenziell. Besserverdienende hingegen verfügen meist über eine dreifache Sicherheit: Bildung, Einkommen und Besitz. Da können sie von ihrem Verdienst ruhig ein bisschen mehr abgeben.

Drittens: Alle sind sich darin einig, dass die Binnennachfrage lahmte. Alle sind sich auch darin einig, dass Gutverdienende nicht dazu neigen, zusätzliche Einkommen wie Steuergeschenke komplett in Konsum umzusetzen. Stattdessen wird gespart. Nun wäre dies ungefährlich, wenn damit Investitionen finanziert würden. Genau dies erwarten die Freunde des gesenkten Spitzensteuersatzes. Das erhoffte Unternehmertum ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich, weil die Käufer fehlen, wenn die Binnennachfrage schwächelt. Sie lässt sich nur stimulieren, wenn die Geldgeschenke dorthin fließen, wo großer Bedarf besteht: zu den unteren Schichten, die zu wenig besitzen, um sparen zu können. Im Übrigen ist auch der Staat kein schlechter Kunde. Es gibt genug Schulen und Straßen, die man reparieren könnte, wenn nur die Steuermittel vorhanden wären. Volkswirtschaftlich ist es glatter Unfug, die Gutverdienenden massiv zu entlasten und den Staat weiter verarmen zu lassen.

Das Wort „Reform“ hat in Deutschland einen guten Klang. Aber manchmal wäre es die beste Reform, eine Reform zu streichen. Das gilt für den Spitzensteuersatz.“

Quelle: die tageszeitung, 23. Juni 2003, S. 13

Vermögen und Kapitaleinkommen stärker belasten

Plädoyer der AG Öffentliche Finanzen des Wissenschaftlichen Beirats von attac zum Sonderparteitag der SPD am 1. Juni und der Agenda 2010 – Berlin 29.05.2003

Unternehmen und Bezieher von Kapitaleinkommen sollten stärker zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden. Der Sonderparteitag der SPD am 1. Juni 2003 sollte ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit setzen. Die Agenda 2010, die an diesem Tage zur Abstimmung steht, beinhaltet eine neue Runde sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Unvernunft. Sie belasten einseitig die Beschäftigten, Arbeitslosen und Bezieher sozialer Leistungen. Ein Beitrag der Wohlhabenden dagegen fehlt völlig.

Dafür gäbe es zahlreiche Möglichkeiten und Vorschläge:

- die Wiedereinführung einer Steuer auf große Vermögen
- die Ausweitung der Erbschaftsteuer
- die Abschaffung der Spekulationsfrist für Verkaufsgewinne bei Aktien und deren Besteuerung mit dem regulären Einkommensteuersatz
- den Verzicht auf die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42,5 Prozent
- die Beibehaltung der gegenwärtigen Besteuerung von Zinsen und Dividenden
- die Wiedereinführung einer Steuer auf Veräußerungsgewinne von Unternehmen
- die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine kommunale Wertschöpfungsteuer.

Die stärkere Besteuerung der Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen würde die Korrektur einer zunehmend ungerechten Verteilung der Steuerbelastungen einleiten. In den letzten 20 Jahren wurde ein wachsender Teil der Besteuerung auf den privaten Verbrauch und die Lohnneinkommen verschoben, während Unternehmen und Bezieher von Kapitaleinkommen sich zunehmend aus der Finanzierung des Sozialstaates verabschiedeten.

Die Gewinn- und Vermögenseinkommen wurden im Jahre 1980 mit durchschnittlich 15,3 Prozent belastet; 2001 waren es nur noch 8 Prozent. Dagegen nahm die durchschnittliche steuerliche Belastung der Löhne und Gehälter im selben Zeitraum von 15,8 Prozent auf 18,5 Prozent zu. 1983, zu Beginn der Ära Kohl, machten Körperschaftsteuer und veranlagte Einkommensteuer noch 14,3 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus. Im Jahr 2002 leisteten diese Steuern nur noch einen Beitrag von 2,3 Prozent. Dagegen tragen inzwischen die Lohnsteuern über 37 Prozent zum Gesamtsteueraufkommen bei – 1983 waren es erst 33 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der Umsatzsteuern, die die unteren Einkommen überdurchschnittlich belasten, an den Steuereinnahmen kontinuierlich angestiegen: Von rund 26 Prozent auf 32 Prozent.

Zu dieser Entwicklung hat auch die rot-grüne Bundesregierung beigetragen, indem sie die Körperschaftsteuer gesenkt und für Kapitalgesellschaften die Steuer auf Veräußerungsgewinne abgeschafft hat. Nun plant das Bundesfinanzministerium, die Steuer auf Zins- und Dividendeneinkünfte auf pauschal 25 Prozent zu reduzieren – und damit die Eigentümer von Geldvermögen erneut zu begünstigen. Entgegen den ursprünglichen Bekundungen hat die Bundesregierung aber keine Initiative ergriffen, die Vermögensteuer auf eine neue, verfassungsrechtlich vertretbare Grundlage zu stellen. Zur Gegenfinanzierung der erwarteten Steuerminderungen und zur Stabilisierung der öffentlichen Verschuldung werden derzeit sogar Mehrwertsteuererhöhungen diskutiert, wiederum ein Beitrag zur stärkeren Belastung der unteren Einkommensgruppen.

Eine Korrektur dieser Politik ist zum einen aus Gründen der Gerechtigkeit erforderlich. Sie ist aber auch wirtschaftlich vernünftig und geboten, weil sie es erlaubt, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die Arbeitsplätze schafft und damit auch die öffentlichen Finanzen auf Dauer zu sanieren.

In diesen Tagen hat sich erneut gezeigt, dass die Politik des Sparens hierzu nicht in der Lage ist. Ausgabenkürzungen finden vor allem im sozialen Bereich statt und schlagen sich unmittelbar in Einbrüchen der privaten Nachfrage und in der Folge in einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder. Die Folgen für die öffentlichen Kassen sind in den letzten Tagen eindrucksvoll demonstriert worden: Die Steuereinnahmen fallen geringer und die notwendigen Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung fallen höher aus als von der Bundesregierung erwartet. Dies war absehbar, und es ist absehbar, dass auch die nächste Runde des „Sparens“ zu Lasten der Schwächsten der Gesellschaft die gleiche unsoziale und ökonomisch kontraproduktive Wirkung haben würde. Die Bundesregierung sollte sich über diese Zusammenhänge nicht erneut hinwegsetzen, sondern den Kurs ändern.

Zur Wiedergewinnung der wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit sind nicht weniger, sondern mehr Steuereinnahmen erforderlich – und die Bereitschaft, sie zur Förderung der konjunkturellen Belebung und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung einzusetzen. Und zur Überwindung der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit ist eine Umverteilung der Steuerbelastung zu Gunsten der Lohnneinkommen und zu Lasten großer Vermögen und der Unternehmensgewinne erforderlich.

Eine sozial gerechte und ökonomisch vertretbare Besteuerung von Unternehmens- und Kapitalgewinnen, hohen Einkommen und Vermögen ist schließlich auch deshalb notwendig, weil die Finanzierungsbasis des Systems der sozialen Sicherung ergänzt werden muss. Hierzu sollten alle Einkommensarten – also auch beispielsweise Miet- und Zinseinkommen – sowie große Vermögen und Erbschaften stärker herangezogen werden.

Attac ist ein internationales Netzwerk, das der gegenwärtigen Form der Globalisierung kritisch gegenübersteht. Der Wissenschaftliche Beirat von Attac, dem rund 100 Wissenschaftler angehören, unterstützt Attac mit seiner Expertise. Sowohl Attac als auch der Beirat fühlen sich in Verantwortung für eine gerechtere Form der Globalisierung und eine entsprechende Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland. [...]

Quelle: www.attac.de

Leitfrage:

Welche Steuerarten werden diskutiert, um eine ausgewogenere Belastung von „Armen“ und „Reichen“, Kapital und Arbeit zu erreichen?

M 74

Vermögensbesteuerung: Eine doppelt sinnvolle Bescherung

Die Vermögenssteuer – und vergleichbare fiskalische Maßnahmen – sind die richtige Antwort auf die Konjunktur- und Verteilungskrise in Deutschland. Das betonte Dr. Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) bei der Vorlage des WSI-Verteilungsberichts für das Jahr 2002.

Schäfer weiter: „Die Einnahmen aus dieser Steuer bei Ländern und Gemeinden wären hoch willkommen, um durch öffentliche Mehrausgaben die aktuelle Konjunktur zu stärken und mehr noch: durch öffentliche Investitionen das zukünftige Wachstum zu stimulieren. Gleichzeitig würden diese Einnahmen eine immer bedenklicher werdende Schieflage in der Verteilung der öffentlichen Abgaben zumindest teilweise korrigieren.“

Laut WSI-Verteilungsbericht, der sich auf amtliche Daten stützt, wird die ohnehin ungleiche Verteilung der Markteinkommen durch die öffentliche Umverteilung an vielen Stellen noch ungleicher. Die Abgabenlast von hohen Einkommen und Vermögen habe in den letzten Jahrzehnten beständig abgenommen. Auch die Rot-Grünen Steuerreformen hätten an diesem Trend wenig ändern können – nicht zuletzt wegen der Fehleinschätzungen bei den Wirkungen der Unternehmensbesteuerung. Dagegen sei die Belastung von Arbeitseinkommen durch direkte Steuern und Sozialbeiträge erheblich gestiegen. Auch hier falle die Entlastung durch Rot-Grüne Reformen gering aus – und bleibe angesichts der absehbaren Beitragserhöhungen und der Steuerprogression auch eher vorübergehend.

Insbesondere hohe Einkommen und Vermögen würden nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert. Diese Problematik werde zwar von der Bundesregierung zunehmend erkannt und durch diverse Maßnahmen gegen Steuerschlupflöcher aufgegriffen. Wenn man aber für das Schließen der quantitativ größten Steuerhinterziehung bei Zinseinkommen auf die unsichere Zustimmung selbst der Schweiz warten wolle – die im übrigen bei einer Quellenbesteuerung gar nicht zwingend erforderlich sei – so müsse man an anderer Stelle konsequenter handeln. Das bedeute die Wiederbelebung der Vermögenssteuer und auch die zuletzt vom Bundesfinanzhof nahe gelegte Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer.

Die Vermögensbesteuerung habe im finanzwissenschaftlichen Denken immer auch die Funktion gehabt, die Besteuerung der Einkommenssphäre – in der man bei aller Sorgfalt Schlupflöcher nie ausschließen kann – durch eine Besteuerung der Vermögenssphäre „nachzuholen“ und zu ergänzen. Deshalb wurde die Vermögenssteuer bei ihrer erstmaligen Einführung in Deutschland am Beginn eines demokratischen Steuersystems 1893 vom preußischen Landtag unter dem Namen „Ergänzungssteuer“ eingeführt, übrigens gegen den heftigen Widerstand des vermögenden preußischen Adels. Die „alten Preußen“ könnten in diesem Punkt den „neuen Berlinern“ ausnahmsweise ein Beispiel sein.

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung
[<http://www.box4.boeckler-boxen.de/positionen/posi.wiss/art.100/>]

M 75

Abgeltungsteuer kein Ersatz für wieder belebte Vermögenssteuer

Die geplante Abgeltungsteuer für Zinseinkünfte kann kein Ersatz für die Vermögenssteuer sein. Zu diesem Ergebnis kommen die Wirtschafts-Experten der IG Metall in einer Analyse.

Die Abgeltungsteuer bedeute, dass auf die Einnahmen aus einer neuen Vermögenssteuer völlig verzichtet werde. Steuersystematisch bedeute die Abgeltungssteuer eine Abkehr von der gleichen Besteuerung aller Einkommen und eine Abkehr vom Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Nötig seien vielmehr sowohl die Wiederbelebung der Vermögenssteuer als auch die Besteuerung von Zinseinkünften, Dividenden und Veräußerungsgewinnen aus Wertpapiergeschäften nach den bereits geltenden Steuersätzen.

Die IG Metall-Wirtschaftsexperten führen aus, dass die Abgeltungsteuer nicht zu Mehreinnahmen, sondern sogar zu sinkenden Steuereinnahmen führen werde. So müssten derzeit Kapitaleinkommen mit bis zu 48,5 Prozent versteuert werden. Durch die 25prozentige Abgeltungsteuer würde der bisherige Spitzensteuersatz für Zinseinkommen annähernd halbiert. Die Analyse belegt auch, dass die angeblichen Erfolge der Abgeltungsteuer in Österreich und Italien nicht auf Deutschland übertragbar sind, weil die Ausgangslagen in allen Ländern völlig unterschiedlich waren.

Quelle: IG Metall, 19. Dezember 2002 [http://www.igmetall.de/themen/vermogensteuer/analyse_abgeltungsteuer.html]

M 76

Millionäre fordern Vermögenssteuer – offener Brief

16. Oktober 2002

Betrifft: Wiedererhebung der Vermögenssteuer

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

in der den vergangenen Wochen ist in der Öffentlichkeit zunehmend über die Wiedererhebung der Vermögenssteuer gestritten worden. Dabei wurde von verschiedenen Seiten behauptet, die Vermögenssteuer sei eine „ideologisch motivierte Neidsteuer“ oder durch sie würde „Leistung bestraft“. [...]

Wir, die Unterzeichnenden, sind vermögend [...] und sprechen uns entschieden gegen die Verkehrung einer allgemeinen Gerechtigkeitsauffassung in ihr Gegenteil aus!

Wir sind verärgert über die haltlose Behauptung mancher Politiker, eine Vermögenssteuer würde uns in unserer Leistungsbereitschaft einschränken oder wir verließen ihretwegen das Land. Das ist nicht wahr. [...]

Das Zahlen von Steuern gehört zu den Grundpfeilern unserer sozialen Marktwirtschaft. Es beschämt uns, wenn der Eindruck entsteht, wir Vermögenden sähen uns wegen unseres Reichtums von der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ausgenommen. Das Gegenteil ist der Fall! Für uns gilt: wer mehr hat, kann und sollte auch mehr geben; und deshalb sprechen wir uns grundsätzlich für eine progressive Besteuerung und eine Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften aus. [...]

Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler, sich für eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer einzusetzen!

Mit freundlichem Gruß

[unterzeichnet von Reiner Menter und 13 weiteren Millionären]

Quelle: WDR Fernsehen
[http://www.wdr.de/tv/monitor/pdf/021024_offener_brief.pdf]

Curt Engelhorn: Fluchtpunkt London

[...] „Wir neigen zum Geiz“, sagte [...] Curt Engelhorn] dem SPIEGEL, als er sein Pharmaunternehmen Boehringer Mannheim 1997 für elf Milliarden Dollar an den Schweizer Pharmakonzern Roche veräußerte. Besonders stolz war der Vater von fünf Kindern aus zwei Ehen darauf, dass der deutsche Fiskus keine einzige Mark an dem Deal verdiente. „Herr Waigel wird sich ärgern“, grinste er über den damaligen deutschen Finanzminister.

Bereits 1985 hatte der Senior die Oberholding Corange in das Steuerparadies Bermudas verlagert. Da ihm zudem noch die Sonneninsel Five Star Island in der Karibik gehörte, wählten die meisten Finanzbeamten Engelhorn sonnengebräunt unter Palmen. Doch die ewige Sonne halte „keiner dauerhaft aus“, sagt ein Banker, der mit den Leiden der Reichen täglich konfrontiert wird. Erst recht nicht ein besessener Arbeiter wie Engelhorn.

Wer seine Milliarden zusammenhalten will, ist in der Finanzmetropole London besser aufgehoben. Tatsächlich steuerte Engelhorn Corange, die Nachfolgesellschaft New Corange und seinen Anteil von 4,5 Milliarden Dollar, der ihm persönlich aus dem Verkauf von Boehringer zustand, auch von London aus.

Corange London Limited war laut britischem Handelsregister für „juristische, finanzielle und Vermarktungsdienstleistungen“ der Unternehmen der Corange-Gruppe zuständig. Nach dem Verkauf an Roche wurde die Gesellschaft 1998 aufgelöst und die Angestelltenschar mit 1,2 Millionen Pfund abgefunden. Der englische Fiskus musste sich trotz des Milliarden Deals ausweislich der Bilanz 1997 mit Steuern in Höhe von 267 000 Pfund und 1998 mit 30 000 Pfund bescheiden.

Auch für die Nachfolgefirma New Corange London Limited, die am 30. Juli 1997 mit Curt Engelhorn als Direktor gegründet wurde, werden als Geschäftszweck „juristische, finanzielle und Marketing-Dienstleistungen für die Muttergesellschaft“ mit Sitz in Hamilton auf den Bermudas angegeben. Die Gesellschaft wurde 2002 aufgelöst.

Sein schwer durchschaubares Firmensystem werde „gern als Mittel der Steuerhinterziehung missverstanden“, sagte Engelhorn nach dem Boehringer-Verkauf. „In Wahrheit ist es ein lebendes Testament“, meinte der mittlerweile 76-Jährige. Wer sich die Aktivitäten der Engelhorn-Familie in Großbritannien genauer anschaut, gewinnt den Eindruck, dass seine Erben dieses Vermächtnis schon vor seinem Tod mit Leben erfüllen.

Sohn Kurt Engelhorn ist einer der Direktoren von Foursome Investments, die von einem Londoner Loft aus in sozial verantwortlich geführte Unternehmen wie die Möbelrecycling-Firma Bulky Bob investiert. Er hat die Firma mit einem Teil der Gelder aus dem Boehringer-Verkauf gegründet, um seine vier Töchter in das Unternehmerinnen-Dasein einzuführen.

„Foursome ist das Ergebnis des intensiven Glaubens der Familie, dass es eine soziale Dimension im Geschäftsleben gibt“, erläutert Engelhorn junior die Vision seiner Familie. In einer Zeit, in der die Nationalstaaten an Bedeutung verlor, müssten die Investoren „das Vertrauen individueller Männer und Frauen gewinnen, die sowohl soziale wie ökonomische Wesen sind“.

In der Praxis wird diese luftig-schrullige Familienphilosophie durch ganz reale Millionentransfers ermöglicht, die in der Tat die Grenzen der Nationalstaaten nach Kräften ignorieren. Immer wieder erhält Foursome Investments Millionenbeträge in Form von Krediten oder Aktien von einer Lyndora Investments aus dem mittelamerikanischen Staat Panama.

Firmensitz des legalen Steuersparvehikels, so belegen dem SPIEGEL vorliegende Unterlagen, ist die Torre Swiss Bank in der Calle 53 von Obarrio.

Auch die Foursome Investments auf der Kanalinsel Jersey, die zusammen mit Lyndora Investments als Muttergesellschaft der Londoner Firma agiert, kümmert sich mit satten Überweisungen um die arme britische Firmenverwandtschaft, die mit ihren Sozialinvestitionen offenbar nur Miese macht. „Die Gesellschaft hat steuerliche Verluste von 1,184 Millionen Pfund vorgetragen“, heißt es im Geschäftsbericht 2001.

Über allem thront der Cuatro Trust von den Bermudas als „ultimative Kontrollinstanz“. Die Treuhandgesellschaft gehöre den Töchtern von Kurt Engelhorn, erklärt Alex Hook, einer der Londoner Mitarbeiter von Foursome Investments, das Modell.

Die Zinsen und Kapitalerträge aus dem Milliardenvermögen, so ist zu vermuten, fallen in Panama und auf den Bermudas an. Kurt Engelhorn, der sich als Deutscher mit Heimatadresse Schweiz ausgibt, konnte leider die Feinheiten seines internationalen Steuersparkonzerns nicht erläutern. Er erholt sich auf einem mehrwöchigen Segeltörn von den Anstrengungen des Investorendaseins. Er müsse „öfters mal in der Wildnis ausspannen“, heißt es in London. [...]

Auszug aus „Fluchtpunkt London“ von Christoph Pauly
Quelle: Spiegel 19/2003, 5. Mai 2003
[<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,247227,00.html>]

Reichtum besteht mehr im Gebrauch als im Eigentum.
Aristoteles

M 78

Der Schuh-Papst

Von Karsten Schmidt

Eigentlich ist Heinz-Horst Deichmann Arzt. Doch dann hörte er auf seine innere und die Stimme Gottes – und wurde Unternehmer. Heute ist Deichmann der größte Schuhhändler Europas und besitzt ein Vermögen von 1,3 Milliarden Euro.

[... Heinz-Horst Deichmann:] Schuhhändler im großen Stil, bekennender Christ, Arbeitgeber, Milliardär, Wohltäter und nordrhein-westfälischer Honorarkonsul von Indien. Über vier Millionen Euro jährlich steckt Deichmann in sein Projekt [nördlich der indischen Hafenstadt Vishakapatnam im Staat Andra Pradesh], das verwahrloste Kinder, Prostituierte und Leprakranke betreut.

„Wer viel hat, muss viel geben“ lautet eine der christlichen Maximen des bescheidenen Westfalen. „Gott“, sagt der größte Schuheinzelhändler Europas weiter, „wird mich am Ende nicht fragen, wie viele Paar Schuhe ich verkauft habe. Er wird wissen wollen, ob ich wie ein wahrer Christ gelebt habe.“ Also tut Deichmann, wie ihm geheißen. Dabei verströmt er Eigenschaften, die in diesen krisengeschüttelten Zeiten so vielen Managern in den Augen der Allgemeinheit vollkommen abgehen: Integrität, Loyalität, Verantwortungsbewusstsein. [...]

In seinem Buch „Christ und Unternehmer“ schreibt er: „Ich will, dass es meinen Mitarbeitern gut geht, dass sie sich wohl fühlen und dass ein anständiger Führungsstil herrscht.“ Regelmäßig begutachtet Deichmann höchstselbst seine Filialen. Wenn er auftaucht, spricht man ihn respektvoll mit seinem Dokortitel an.

Dann prüft der Chef die Auslage und die Qualität der Ware, lobt seine Mitarbeiter und tadelt, wenn Tadel geboten ist. Denn sein Unternehmen ist immer noch ein Familienunternehmen, und Deichmann ist noch immer der Pontifex maximus, der es an nichts mangeln lässt. Entlassungswellen hat es bisher nicht gegeben, ein firmeneigener Unterstützungsfonds hilft Mitarbeitern, die in eine Notlage geraten sind.

Selbst lebt Heinz-Horst Deichmann nicht auf großem Fuß. Der in Würde ergraute Patriarch ist bescheiden von Geburt an. Sein Vater Heinrich Deichmann eröffnete schon 1913 seine kleine Schuhmacherei in Essen-Borbeck, dort, wo sich noch heute die Firmenzentrale des Schuhimperiums zwischen grauen Zweckbauten erhebt.

Quelle: manager magazin, 27. August 2002

[<http://www.manager-magazin.de/koepfe/reichste/0,2828,211107,00.html>]

Leitfragen:

Ist es Ihrer Ansicht nach zutreffend, dass für die ethische Beurteilung von Reichtum nicht nur dessen Herkunft, sondern auch seine Verwendung von Interesse ist?

So begrüßenswert individuelle Gesten sozialer Verantwortung sein mögen: Können sie ein hinlänglicher Ersatz für eine verpflichtende Inanspruchnahme privaten Reichtums im Interesse der Allgemeinheit sein?

→ M13

M 79

Der Unruhe-Stifter

Von Christian Keun und Martin Scheele

Als EDV-Experte hat er Milliarden verdient. Sein Geld verteilt Klaus Tschira seit dem Ausscheiden bei SAP bevorzugt unter Wissenschaftlern [...]

Hamburg – Vier der fünf ehemaligen IBM-Programmierer, die vor rund 30 Jahren die Firma „Systeme, Anwendungen und Produkte in der EDV“ (SAP) etablierten, gehören heute zu den 100 reichsten Menschen des Landes. Mit Vermögen von insgesamt über zehn Milliarden Euro rangieren drei der SAP-Gründer sogar unter den ersten 40. Einer von ihnen ist Klaus Tschira.

Anders als seine Gründer-Kollegen Dietmar Hopp und Hasso Plattner – langjähriger Vorstandschef der eine, amtierender der andere – rückte Tschira als Mitglied der SAP-Führungsrige nur selten in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Wie der Vierte im Bunde, Hans Werner Hector, hielt er sich eher im Hintergrund, so dass der Name des Diplom-Physikers, der zwischen 1982 und 1994 das SAP-Geschäftsfeld „Personalwirtschaftssysteme“ zum Weltmarktführer trimmte, allenfalls Insidern ein Begriff war. Das hat sich geändert.

Seit seinem Rückzug aus dem aktiven Management – Tschira wechselte 1998 in den Aufsichtsrat des Walldorfer Softwarekonzerns – ist der gebürtige Freiburger, Jahrgang 1940, zum viel beachteten und heftig umworbenen Mäzen avanciert. Inzwischen gilt der feinsinnige Multimilliardär als einer der größten Einzelstifter Deutschlands, der in der von ihm aufwändig restaurierten „Villa Bosch“ über den Dächern von Heidelberg sein standesgemäßes Domizil gefunden hat.

Stifter mit Mission

Vom Anwesen des früheren BASF-Vorsitzenden und Nobelpreisträgers für Chemie Carl Bosch aus führt der Selfmademan, der in den Semesterferien einst als Schaffner bei den Karlsruher Verkehrsbetrieben jobbte, die Geschäfte seiner 1995 ins Leben gerufenen Klaus-Tschira-Stiftung (KTS). Ausgestattet mit sieben Millionen SAP-Stammaktien, dem Großteil von Tschiras auf heute 2,9 Milliarden Euro geschätzten Vermögen, finanziert die KTS aus den Erträgen dieses Pakets wissenschaftliche und kulturelle Aktivitäten.

Eine der zweifellos wichtigsten stellt das von Tschira 1997 gegründete European Media Laboratory dar. Noch überwiegend im Auftrag der KTS betreibt dieses private Institut Forschungen auf einigen Spezialgebieten der Informatik und mit ihr in Zusammenhang stehenden Wissenschaften. Absicht des Geldgebers ist es dabei, das öffentliche Verständnis für Naturwissenschaften, Mathematik sowie die angewandte Informationstechnik zu fördern und deren Ansehen zu heben. Denn Tschira ist überzeugt, dass alle diese Disziplinen hier zu Lande noch immer viel zu gering geschätzt werden.

Quelle manager magazin, 9. Januar 2003

[<http://www.manager-magazin.de/koepfe/reichste/0,2828,229827,00.html>]

Anmerkung:

Die Texte M78 und M79 wurden wegen ihres Informationsgehaltes ausgewählt. Angesichts des journalistischen Stils empfiehlt sich eine sorgsame Abwägung über das Ob und Wie ihres Einsatzes.

M 80

„Eine Welt“: Polarisierung von Armut und Reichtum

Am Beginn des 21. Jahrhunderts lebten weltweit 1,2 Milliarden Menschen [das sind rund 19 Prozent der Weltbevölkerung] von weniger als einem US-Dollar am Tag, und weitere 1,6 Milliarden Menschen [45 Prozent] mussten sich täglich mit einem bis zwei Dollar bescheiden [...]. Das Einkommen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung war so hoch wie das Einkommen der ärmsten 57 Prozent, und die reichsten fünf Prozent der Weltbevölkerung verfügten über ein Einkommen, das 114-mal so hoch war wie das der ärmsten fünf Prozent. Allein die reichsten zehn Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung (und das waren zur Jahrtausendwende 25 Millionen Menschen) hatten zusammen ein Einkommen, das dem der ärmsten 43 Prozent der Weltbevölkerung (fast zwei Milliarden Menschen) entsprach. Die Bilanz dieser unvorstellbaren Ungleichverteilung von Einkommen und damit Lebenschancen bei gleichzeitig dramatischer Armut ist erschreckend: „Menschen, die arm geboren werden, sterben wahrscheinlich auch arm“, stellte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) in seinem „Bericht über die menschliche Entwicklung 2002“ fest. [...]

Angesichts solcher Zahlen erscheint es unwahrscheinlich, dass das ehrgeizige Ziel des „Millenniums-Gipfels“ der Vereinten Nationen vom September 2000, bis 2015 weltweit den Anteil absolut Armer zu halbieren, erreicht werden könnte. → M102

Quelle: R&A, S. 132

Die Welt genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht genug für jedermanns Gier.

Mahatma Gandhi

M 82

Auch im Weltmaßstab: Reiche werden reicher, Arme ärmer

Trotz erheblicher Erfolge im weltweiten Kampf gegen die Armut ist die relative Armut (auf den Weltmaßstab bezogen) weiter gewachsen. Der Abstand zwischen reich und arm nimmt beständig zu. Mittlerweile besitzt das reichste Fünftel der Weltbevölkerung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) 86mal mehr als die ärmsten 20 %. Noch krasser: Die Vermögenswerte der drei reichsten Menschen der Erde sind höher als das BIP [Bruttoinlandsprodukt] der 48 ärmsten Entwicklungsländer mit ihren 568 Millionen Einwohnern. Wachsende Ungleichheit in einer globalisierten, eng zusammenwachsenden Welt bedeutet aber gleichzeitig auch eine Zunahme des internen wie internationalen Konfliktpotentials. Auf der anderen Seite argumentieren neoliberale Politiker damit, dass Ungleichheit konstitutiv für Wachstum sei und dass vom Wirtschaftswachstum schließlich alle profitierten.

Quelle: Dritte Welt Haus Bielefeld, Unterrichtspraxis, Unterrichtspraktische Beispiele, Beispiel 6: Armut und Globalisierung [http://www.learn-line.nrw.de/angebote/uekontaktschulen/medio/Unterrichtspraxis/dwhb_6.htm]

Leitfrage:

Wie stellen sich Reichtum und Armut in weltweiter Perspektive dar – zum einen bezogen auf Länder, zum anderen bezogen auf einzelne Haushalte?

M 81

Zunahme sozialer Ungleichheit

Studien zur Entwicklung der globalen Einkommensentwicklung sind Mangelware. Die aktuellsten Daten reichen nur bis 1993. Erstaunlich ist, dass die Frage der sozialen Polarisierung in der Weltgesellschaft für die Weltbank und den IWF bislang kein wichtiges Thema darstellen. Im „Weltentwicklungsbericht 2000“ der Weltbank findet sich sogar die Aussage, dass zunehmende Ungleichheit „nicht negativ beurteilt werden sollte“, entscheidend sei, die Zahl der Armen zu senken, nicht die Ungleichheit zu bekämpfen. Hinter dieser Aussage verbirgt sich oft die Vorstellung, Ungleichheit könne ein Anreiz für die Menschen sein, sich um eine Verbesserung ihrer eigenen Zukunft zu bemühen. Doch die Konfliktforschung hat gezeigt, dass im nationalstaatlichen Kontext große Ungleichheiten in der Einkommensverteilung oft mit politischen Instabilitäten und Dauerkonflikten einhergehen. Deshalb sollte die Entwicklung der Ungleichheit in der Weltgesellschaft ein wichtiges Thema der Weltpolitik sein.

Weil Weltwirtschaft und -gesellschaft immer enger miteinander vernetzt sind, muss die Politik lernen, in globalen Kontexten und Kategorien zu denken. Dass zwar die Zahl der Armen weltweit leicht sinkt, die globale Ungleichheit jedoch rasch zunimmt, ist vor diesem Hintergrund besorgniserregend. Die neuesten Studien [...] ergeben folgendes Bild:

- Das Welteinkommen verteilt sich auf zwei Pole. Ein großer Teil der Weltbevölkerung lebt in Gesellschaften mit einem BSP pro Kopf (in Kaufkraftparitäten) von bis zu 1500 US-Dollar. Hierzu gehören der größte Teil Afrikas, Indiens, Indonesiens und die ländlichen Regionen Chinas. Am anderen Ende des Kontinuums befinden sich die OECD-Länder mit einem BSP pro Kopf (in Kaufkraftparitäten) von etwa 12000 US-Dollar. Sehr wenige Länder (wie Russland, Mexiko und das städtische China) liegen im Mittelfeld (etwa 5000 US-Dollar pro Kopf). Die Zahl der Menschen, die in Ländern mit einem BSP pro Kopf zwischen 5000 und 12000 US-Dollar leben, ist beinahe vernachlässigenswert. In der Weltgesellschaft hat sich nur eine sehr dünne "globale Mittelschicht" herausgebildet. [...]
- Zwischen 1988 und 1993 ist der Anteil der unteren zehn Prozent der globalen Einkommenspyramide am weltweiten Einkommen um über 25 Prozent gesunken; der Anteil der oberen zehn Prozent am Welteinkommen stieg gleichzeitig um acht Prozent. Die soziale Polarisierung in der Weltwirtschaft verschärft sich also zunehmend.

Quelle: Dirk Messner (2002), Armut und Reichtum in der Welt, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Internationale Beziehungen II (Informationen zur politischen Bildung; Heft 274)

M 83

Vermögen: Global konzentriert

Im Jahre 2001 hatten [...] auf der Welt 36 Millionen reiche Privathaushalte neben ihrem Einkommen eine Nettogeldanlage von mehr als 250.000 Dollar; zusammengerechnet stellt dies ein Gesamtvermögen von 44,3 Billionen US-Dollar dar. Dagegen hatten die restlichen 1,107 Milliarden Privathaushalte – also 97 Prozent aller Haushalte –, die jeweils über eine Geldanlage von Null bis 249.999,99 Dollar verfügten, ein zusammengerechnetes Vermögen von nur 19,3 Billionen Dollar.

Quelle: Werner Rügemer (2003), arm und reich, S. 22 (dort nach: Boston Consulting Group (2002), Prospering in Uncertain Times – Global Wealth 2002, London, New York, Sidney)

→ M11

Die 20 reichsten und die 20 ärmsten Länder der Erde 2001*

		BNE**		BNE zu Kaufkraftparitäten	
		absolut	pro Kopf	absolut	pro Kopf
		Mrd. USD	USD	Mrd. USD	USD
1	USA	9.900,7	34.870	9.902	34.870
2	Schweiz	266,5	36.970	226	31.320
3	Norwegen	160,6	35.530	138	30.440
4	Belgien	293,8	23.340	290	28.210
5	Dänemark	166,3	31.090	150	27.950
6	Kanada	661,9	21.340	864	27.870
7	Irland	88,4	23.060	105	27.460
8	Japan	4.574,2	35.990	3.487	27.430
9	Österreich	194,5	23.940	220	27.080
10	Niederlande	385,4	24.040	424	26.440
11	Hongkong	176,2	25.920	179	26.050
12	Australien	383,3	19.770	500	25.780
13	Deutschland	1.948	23.700	2.098	25.530
14	Frankreich	1.377,4	22.690	1.495	25.280
15	Finnland	124,2	23.940	131	25.180
16	Singapur	99,4	24.740	100	24.910
17	Schweden	225,9	25.400	219	24.670
18	Großbritannien	1.451,4	24.230	1.466	24.460
19	Italien	1.123,5	19.470	1.404	24.340
20	Spanien	586,9	14.860	796	20.150
114	Tadschikistan	1,1	170	7	1.150
115	Benin	2,3	360	7	1.030
116	Kenia	10,3	340	31	1.020
117	Burkina Faso	2,4	210	12	1.020
118	Mosambik	3,7	210	18	1.000
119	Ruanda	1,9	220	9	1.000
120	Eritrea	0,8	190	4	970
121	Tschad	1,6	200	7	930
122	Madagaskar	4,2	260	14	870
123	Nigeria	37,1	290	108	830
124	Mali	2,3	210	9	810
125	Sambia	3,3	320	8	790
126	Jemen	8,3	460	14	770
127	Niger	2,0	170	9	770
128	Äthiopien	6,8	100	47	710
129	Malawi	1,8	170	7	620
130	Burundi	0,7	100	4	590
131	Kongo, Republik	2,2	700	2	580
132	Tansania	9,2	270	19	540
133	Sierra Leone	0,7	140	2	480

Die „Hood Robin“-Wirtschaft

Der Netto-Transfer von Finanzmitteln in die Entwicklungsländer war seit 1997 jedes Jahr negativ, berichtete Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, der UN-Vollversammlung 2002. Mit anderen Worten, man nimmt von den Armen und gibt den Reichen. So wie sie funktioniert, stellt die Weltwirtschaft Robin Hood auf den Kopf.

Der Netto-Kapitaltransfer ist letztlich von vielen Faktoren abhängig. Die Entwicklungshilfe ist weniger geworden. → **M101** Das Versprechen eines Schuldenerlasses wird zu langsam und zögerlich eingelöst, um wahrnehmbare Wirkungen zu zeigen.

→ **M99,100** Investitionen stellen einen positiven Ressourcetransfer dar, wirken sich in der Endabrechnung aber negativ aus, wenn Gewinne nicht wieder im Land investiert, sondern abgezogen werden. [Direktinvestitionen → **M88,90,94**] Eine negative Handelsbilanz verschlimmert den Kapitalabfluss noch. [Handel → **M91-93,95**] Auf Grund rückläufiger Preise für Rohstoffe bei gleichzeitig steigenden Kosten für Fertigprodukte verdienen Entwicklungsländer weniger, selbst wenn sie mehr exportieren. Überweisungen der im Ausland arbeitenden Migranten an ihre Familien zuhause sind eine beträchtliche Unterstützung für die Familien und verbessern die Zahlungsbilanz ihres Ursprungslandes, verlieren aber auf Grund von Kapitalflucht an Wert. Kapitalflucht entsteht häufig im Zusammenhang mit Bestechungsgeldern, die in ausländischen Steueroasen → **M89** angelegt werden, betrifft aber auch legale inländische Ersparnisse, die vor möglichen Finanzkrisen geschützt werden sollen: Derartige Krisen wiederum werden häufig durch kurzfristig investiertes Kapital verursacht, das der Erzielung spekulativer Gewinne dient, anstatt dem Wohl der Allgemeinheit.

Das aus den Entwicklungsländern stammende Geld, das im Norden landet, kommt zwar nicht direkt aus den Taschen der Armen und Arbeitnehmer. Vielmehr stammt es aus den Kassen der Regierungen und den Taschen der Eliten. Regierungen aber stopfen Steuerlöcher, indem sie lebenswichtige staatliche Leistungen abbauen und Steuern erhöhen. Und die Ersparnisse, die dabei aufgebraucht oder ins Ausland geschafft werden, stehen nicht mehr für Investitionen im Land zur Verfügung. Es sind letzten Endes doch die Armen und Schwachen, die am meisten leiden.

Nettotransfer finanzieller Ressourcen in Entwicklungsländer (Mrd. US-\$)

	1997	1998	1999	2000	2001
Afrika	-4,8	15,1	3,8	-18,3	-8,9
Ost- und Südasiens	-28,5	-128,0	-131,6	-111,1	-102,6
Westasien	4,2	30,4	-4,7	-54,6	-36,2
Lateinamerika	27,8	48,4	12,0	-2,4	0,8
alle Entwicklungsländer	-1,3	-34,1	-120,4	-186,4	-146,9

Quelle: Social Watch Deutschland Report 2003, S. 6 und Beilage

Weltsozialgipfel 1995: Die zehn grundlegenden Verpflichtungen

Verpflichtung 1: Wir verpflichten uns, ein wirtschaftliches, politisches, soziales, kulturelles und rechtliches Umfeld zu schaffen, das die Menschen in die Lage versetzt, soziale Entwicklung zu erreichen,
Verpflichtung 2: Wir verpflichten uns auf das Ziel der Beseitigung der Armut in der Welt durch entschlossene einzelstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit, da es sich hierbei um einen ethischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Imperativ für die Menschheit handelt.

Verpflichtung 3: Wir verpflichten uns, das Ziel der Vollbeschäftigung als grundlegende Priorität unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu fördern und es allen Menschen, Männern wie auch Frauen zu ermöglichen, sich durch eine frei gewählte Erwerbstätigkeit und produktive Arbeit einen sicheren und dauerhaften Lebensunterhalt zu sichern.

Verpflichtung 4: Wir verpflichten uns, die soziale Integration zu fördern, indem wir uns für den Aufbau stabiler, sicherer und gerechter Gesellschaften einsetzen, die auf der Förderung und dem Schutz aller Menschenrechte sowie der Nichtdiskriminierung, der Toleranz, der Achtung der Vielfalt, der Chancengleichheit, der Solidarität, der Sicherheit und der Teilhabe aller Menschen, einschließlich schwacher und benachteiligter Gruppen und Personen beruhen.

Verpflichtung 5: Wir verpflichten uns, die uneingeschränkte Achtung der Menschenwürde zu fördern, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Männern und Frauen herbeizuführen und die Teilhabe der Frau und die führende Rolle, die sie im politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben und bei der Entwicklung einnehmen kann, anzuerkennen und zu fördern.

Verpflichtung 6: Wir verpflichten uns, die Ziele des allgemeinen und gerechten Zugangs zu einer guten Bildung, des höchsten erreichbaren körperlichen und geistigen Gesundheitszustands und des Zugangs aller Menschen zur gesundheitlichen Grundversorgung zu fördern und zu verwirklichen, indem wir besondere Anstrengungen unternehmen werden, um Ungleichheiten im Hinblick auf soziale Verhältnisse zu beheben, ohne Unterschied nach Rasse, nationaler Herkunft, Geschlecht, Alter oder Behinderung; unsere gemeinsame Kultur wie auch unsere jeweilige kulturelle Eigenart zu achten und zu fördern; danach zu trachten, die Rolle der Kultur in der Entwicklung zu stärken; die unabdingbaren Grundlagen für eine beständige Entwicklung in deren Mittelpunkt der Mensch steht, zu erhalten; und zur vollen Erschließung der Humanressourcen beizutragen.

Das Ziel dieser Aktivitäten besteht darin, die Armut zu beseitigen, eine produktive Vollbeschäftigung zu fördern und die soziale Integration zu begünstigen.

Verpflichtung 7: Wir verpflichten uns, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Erschließung der Humanressourcen Afrikas und der am wenigsten entwickelten Länder zu beschleunigen.

Verpflichtung 8: Wir verpflichten uns, sicherzustellen, dass bei der Vereinbarung von Strukturanpassungsprogrammen auf die Einbeziehung von Zielen der sozialen Entwicklung geachtet wird, insbesondere die Beseitigung der Armut, die Förderung der Vollbeschäftigung und produktiver Arbeitsplätze sowie die Verbesserung der sozialen Integration.

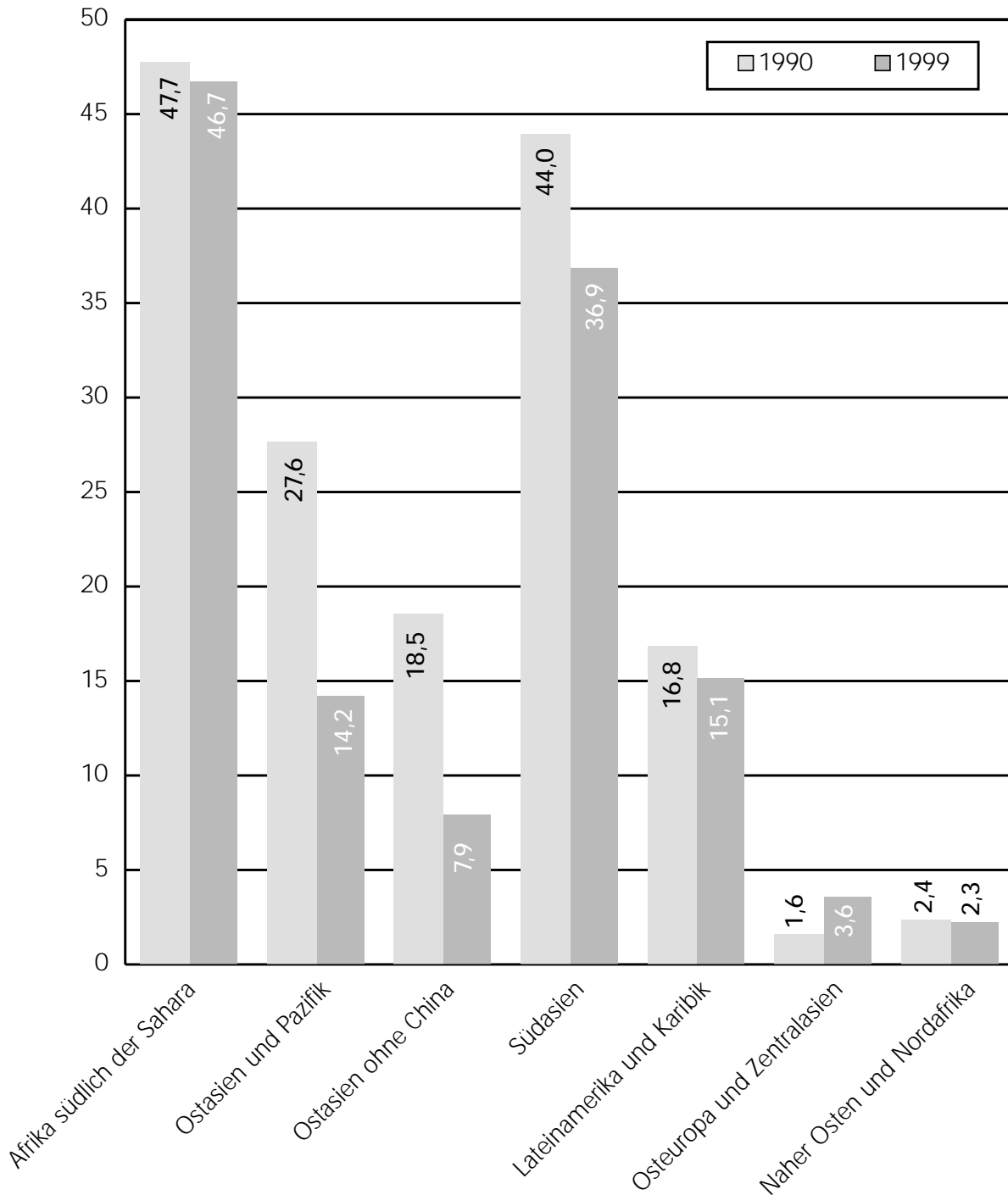
Verpflichtung 9: Wir verpflichten uns, die für die soziale Entwicklung aufgewendeten Mittel erheblich zu erhöhen beziehungsweise effizienter einzusetzen, damit die Ziele des Gipfels durch einzelstaatliche Maßnahmen und regionale und internationale Zusammenarbeit erreicht werden.

Verpflichtung 10: Wir verpflichten uns, einen besseren und festere Rahmen für die internationale, regionale und subregionale Zusammenarbeit im Dienste der sozialen Entwicklung in einem Geist der Partnerschaft unter Einschaltung der Vereinten Nationen und anderer multilateraler Institutionen zu schaffen.

Quelle: Social Watch Deutschland Report 2003, S. 46

Nur in Ostasien ist Armut in den neunziger Jahren deutlich zurückgegangen

Anteil der Bevölkerung, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben muss (Kaufkraftparitäten, Preise von 1993)



Quelle: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (2002), Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, S. 21

Erläuterung:

Nur in Ostasien ist die Armutsquote – der Anteil der Bevölkerung, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag „muss“ – zwischen 1990 und 1999 merklich zurückgegangen, nämlich von 27,6 auf 14,2 Prozent. In allen anderen Regionen sank die Quote weniger deutlich, in der Region Osteuropa und Zentralasien stieg sie sogar dramatisch an. → **M86** (Verpflichtung 2), **M102**

Entwicklung durch Direktinvestitionen?

Bei der Armutsbekämpfung setzen die Regierungen der Welt große Hoffnungen in eine stärkere Integration auch der ärmsten Länder in den Weltmarkt. Doch nur wenige Entwicklungsländer sind für den Weltmarkt von Bedeutung.

Die regionale Verteilung von Direktinvestitionen* ist bedeutsam für die Beurteilung von Entwicklungschancen, auch wenn es keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen der Höhe von Direktinvestitionen und Entwicklung gibt. Auffällig ist aber immerhin, dass viele Länder mit spürbaren Erfolgen bei der Armutsbekämpfung wachsende Direktinvestitionen aufweisen und umgekehrt Länder mit sich verschärfender Armut kaum ausländische Investitionen anziehen.

Weltweit sind die nominalen Bestände der Direktinvestitionen von 614,6 Milliarden US-\$ im Jahr 1980 auf 2.100,3 Milliarden US-\$ im Jahr 2000 gewachsen, wobei nach wie vor zwei Drittel auf die Industrieländer entfallen.

Zwar sind auch in Afrika (ohne Südafrika) die Investitionsbestände angewachsen, doch weit langsamer als im Weltdurchschnitt, und sie sind auf wenige Länder konzentriert: Mehr als die Hälfte (53,4 Prozent) des Investitionsbestandes in Afrika entfiel auf Nigeria, Ägypten und Tunesien, in denen zusammen nur etwa ein Viertel der afrikanischen Bevölkerung (ohne Südafrika) lebt. Für die übrigen 48 Länder mit 550 Millionen Menschen blieben gerade einmal 0,7 Prozent der weltweiten Direktinvestitionen – sie sind als Zielland für Auslandsinvestitionen weltwirtschaftlich bedeutungslos.

In Lateinamerika und der Karibik sind die Direktinvestitionsbestände dagegen vor allem in den neunziger Jahren stark gewachsen. Im Jahr 2000 machten sie fast zehn Prozent der weltweiten Bestände aus. Auffällig ist auch hier die regionale Konzentration auf Brasilien mit einem Anteil von rund einem Drittel und Mexiko mit 15 Prozent – insgesamt entspricht aber in Lateinamerika im Gegensatz zu Afrika die regionale Verteilung der Direktinvestitionen eher der Bevölkerungszahl der Länder. Auffällig ist der konstant hohe Anteil von Direktinvestitionen in Offshore-Bankzentren (Bermuda und Cayman-Inseln, → M89), dort lagen im Jahr 2000 11,4 Prozent der lateinamerikanischen Bestände.

In den asiatischen Entwicklungsländern ist der Anteil der Direktinvestitionsbestände von 1980 noch 28,2 Prozent auf nur noch 20 Prozent im Jahr 2000 zurückgegangen. Doch der rückläufige Anteil ist ausschließlich auf das weit überdurchschnittliche Anwachsen der Direktinvestitionen in der Europäischen Union und in den USA im Zusammenhang mit einer Welle grenzüberschreitender Fusionen und Übernahmen zurückzuführen. Im Jahr 2000 entfielen in Asien auf fünf Länder (China mit Hongkong, Singapur, Malaysia, Südkorea und Indonesien) mit 1,5 Milliarden Einwohnern (45,4 Prozent der Bevölkerung Asiens ohne Japan und Israel) 84,0 Prozent des Investitionsbestandes in asiatischen Entwicklungsländern, auf China mit Hongkong allein 54,5 Prozent.

Diese führenden Anlageländer für Direktinvestitionen dominieren nicht nur das asiatische Bild: Im Jahr 2000 vereinigte allein China mit Hongkong 41,5 Prozent des gesamten Bestandes an Direktinvestitionen in außereuropäischen Entwicklungsländern auf sich. Damit lag der Investitionsanteil deutlich über dem Bevölkerungsanteil von 27,0 Prozent.

Der Weltmarkt für Direktinvestitionen ist geographisch polarisiert und auf die OECD-Staaten zuzüglich einer sehr kleinen Gruppe von Entwicklungsländern konzentriert: Nahezu 43 Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern, die als Ziele von Direktinvestitionen ohne besondere Bedeutung sind.

Umgekehrt werden ausländische Investitionen für die Entwicklungsländer selbst immer wichtiger: 1980 machten die Direktinvestitionen in Afrika südlich der Sahara nur knapp 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, 1999 aber 30 Prozent!

nach R&A, S. 147-148 und 150

→ M90 (Schaubild), M94

* **Direktinvestition:** Form der Auslandsinvestition; Kapitalexport mit dem Ziel, im Ausland Betriebsstätten oder Tochtergesellschaften zu errichten, Unternehmen zu erwerben oder sich an ihnen zu beteiligen, womit – im Gegensatz zur (eher renditeorientierten) Portfolioinvestition – ein maßgeblicher Einfluss auf die Unternehmensführung verbunden ist.

Spekulation, Steuerflucht und Geldwäsche: Offshore-Zentren

Offshore-Zentren sind vor allem für die internationalen Finanzmärkte von Bedeutung, und die dort gelagerten Direktinvestitionen müssen grundsätzlich anders bewertet werden als „Greenfield investments“, mit denen „auf der grünen Wiese“ neue Unternehmen gegründet und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Offshore-Zentren sind dagegen „Marktplätze“ (Enquete-Kommission Globalisierung) des internationalen Finanzmarktes, auf denen die „Steuern gering sind oder überhaupt nicht erhoben werden, die Transparenz des Geschäftsgebarens von Unternehmen fehlt und die Kooperation mit anderen Ländern nicht gesucht oder gar verweigert wird. Durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs ist die Rolle der gut 50 Offshore-Zentren gewachsen. Sie sind in den 90er Jahren zunehmend zu den Geschäftssitzen von Spekulationsfonds (die ihr Engagement auf diese Weise verdunkeln konnten), zum Ziel für Steuerflüchtige aller Länder sowie zum Umschlagplatz und zu Waschanstalten 'schmutzigen' Geldes in einem Ausmaß geworden, dass die Integrität des globalen Finanzsystems insgesamt gefährdet ist“, so die Enquete-Kommission Globalisierung des Deutschen Bundestages in ihrem Abschlussbericht vom 12. Juni 2002. Zu Recht stellt die Bundestagskommission fest: „Die Offshore-Finanzzentren sind eine Schwachstelle des internationalen Finanzsystems. Denn sie verdienen an Kapitaltransaktionen, und manchmal sind Platzierung und Verschleierung der in Offshore-Finanzzentren eingeschleusten Milliardenbeträge die wichtigste oder gar einzige Einnahmequelle“.

nach R&A, S. 149

Leifragen:

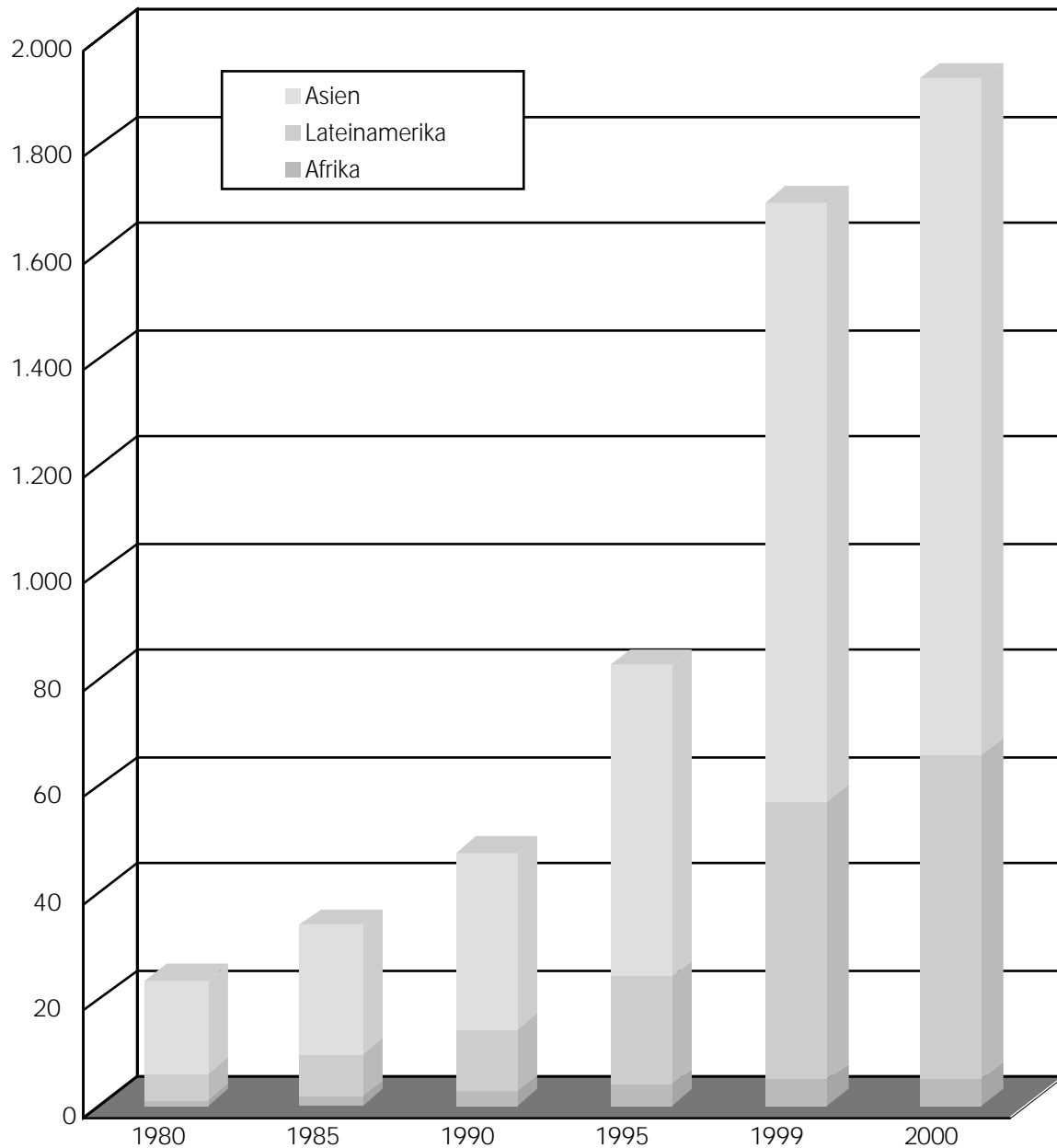
Können Direktinvestitionen einen wirksamen Beitrag zur Beseitigung von Armut leisten?

Welche Voraussetzungen sind dafür nötig?

Was bedeutet die Konzentration internationaler Direktinvestitionen auf wenige Länder?

Direktinvestitionen: Afrika nahezu bedeutungslos

Investitionsbestände in afrikanischen (ohne Südafrika), lateinamerikanischen (einschl. Karibik) und asiatischen Entwicklungsländern (Milliarden US-\$)



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (2001), World Investment Report 2001. Promoting Linkages, S. 301ff

Erläuterung:

Nur 51 Milliarden US-Dollar waren im Jahr 2000 von ausländischen Anlegern in afrikanischen Entwicklungsländern (ohne Südafrika) investiert, in Lateinamerika und der Karibik waren es dagegen 607 Milliarden, in asiatischen Entwicklungsländern sogar 1.266 Milliarden US-Dollar. → **M88,94**

M 91

Entwicklung durch Handel?

Bei der Armutsbekämpfung setzen die Regierungen der Welt große Hoffnungen in eine stärkere Integration auch der ärmsten Länder in den Weltmarkt. Doch nur wenige Entwicklungsländer sind für den Weltmarkt von Bedeutung.

Aber ebenso wie die Direktinvestitionen → **M88** wird auch der Welthandel von den Industrieländern dominiert: Auf sie entfielen im Jahr 2000 knapp 64 Prozent der weltweiten Exporte und etwas mehr als zwei Drittel aller Importe. Und wie bei den Direktinvestitionen zeigt sich auch für den Welthandel ein erheblicher Bedeutungsverlust Afrikas und ein Bedeutungszuwachs von Lateinamerika und Asien.

Welthandel ohne Afrika

	Anteile an den weltweiten Exporten bzw. Importen	
	1990	2000
<i>Entwicklungsländer</i>		
Exporte	23,9	32,1
Importe	22,6	29,1
<i>Lateinamerika und Karibik</i>		
Exporte	4,2	5,4
Importe	3,7	5,6
<i>Afrika</i>		
Exporte	2,4	1,8
Importe	2,4	1,6
<i>Asien</i>		
Exporte	16,9	24,5
Importe	15,9	21,3

Entwicklungsländer ohne Südafrika und Israel

Quelle: UNCTAD

Dabei sind nur wenige Entwicklungsländer für den Welthandel bedeutsam → **M95**: Im Jahr 2000 kamen zwei Drittel aller Exporte der außereuropäischen Entwicklungsländer aus nur neun Ländern, 120 weitere Länder (mit einem Bevölkerungsanteil von 60 Prozent) teilten sich das restliche Drittel. Auffällig ist vor allem der rasche Bedeutungszuwachs Chinas: 1990 stellte die Volksrepublik zusammen mit Hongkong 17,2 Prozent der Exporte aller Entwicklungsländer, 2000 waren es bereits 22,2 Prozent. Zum Vergleich: Die Ausfuhren afrikanischer Länder (ohne Südafrika) beliefen sich im selben Jahr auf nur 5,6 Prozent der Exporte der Entwicklungsländer.

Während der größte Teil der Entwicklungsländer für den Welthandel nicht von nennenswerter Bedeutung ist, sind diese vom Markt marginalisierten Länder durchaus auf den Außenhandel angewiesen: Der Importanteil der am wenigsten entwickelten Länder an ihrem Bruttoinlandsprodukt ist höher als der vergleichbare durchschnittliche Anteil der OECD-Länder und höher als der Weltdurchschnitt.

Auf der anderen Seite gibt es offensichtlich einen Zusammenhang zwischen Verarmung und der Zusammensetzung der Ausfuhren: Die Einkommenskluft zwischen den 20 reichsten und den 20 ärmsten Ländern der Erde nahm für Rohstoffexporteure deutlich stärker zu als für die am wenigsten entwickelten Länder, die verarbeitete Erzeugnisse und Dienstleistungen exportieren konnten. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Rohstoffexporteure

(ohne Ölförderländer) hatte schon 1960 nur magere 6,3 Prozent dessen der 20 reichsten Länder betragen, bis 1999 fiel es weiter auf lediglich 2,9 Prozent. Dagegen konnten die Exporteure von verarbeiteten Produkten und Dienstleistungen ihren Einkommensanteil auf deutlich höherem Niveau stabilisieren. Dem entspricht, dass die nicht Öl fördernden Rohstoffexporteure deutlich höhere Armutsquoten aufweisen: Dort mussten zwischen 1997 und 1999 durchschnittlich 69 Prozent der Bevölkerung mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen, in den ärmsten Ländern mit einer differenzierteren Exportstruktur waren es „nur“ 44 Prozent.

nach R&A, S. 152-157

M 92

Der Welthandel:
Reguliert und vermachtet

Die Handelsregeln arbeiten durchweg gegen Produkte aus Entwicklungsländern [...]. Mit diesen Regeln gelingt es nicht, protektionistischem Missbrauch auf Seiten der Industrieländer Einhalt zu gebieten. Im Durchschnitt betragen die Zölle der Industrieländer auf Importe aus Entwicklungsländern das Vierfache der Zölle auf Importe aus anderen Industrieländern. Die Industrieländer subventionieren überdies die heimische Landwirtschaft mit etwa einer Milliarde US-Dollar pro Tag – mehr als dem Sechsfachen dessen, was sie für die offizielle Entwicklungshilfe ausgeben. [...] Diese Hürden und Subventionen bedeuten für die Entwicklungsländer einen höheren Verlust an entgangenen Exportchancen als die 56 Milliarden US-Dollar, die sie jedes Jahr an Entwicklungshilfe erhalten.

Quelle: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (2002), Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, S. 38 und 120

M 93

Armutsbekämpfung durch
Handelsliberalisierung?

Im Verlauf der neunziger Jahre sahen sich viele der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) veranlasst, ihren Außenhandel zu liberalisieren – mit allerdings unklaren Wirkungen, wie selbst die Afrikanische Entwicklungsbank einräumen musste: „Die Folgen sind für Länder, Regionen und Gruppen innerhalb der Länder sehr unterschiedlich, dies erschwert allgemeine Aussagen über die Auswirkungen einer Handelsliberalisierung auf Armut“. Für die am wenigsten entwickelten Länder zeigen die vorhandenen Daten, dass es keinen eindeutigen Zusammenhang von Handelsliberalisierung und Erfolgen bei der Armutsbekämpfung gibt. Armut wuchs sowohl in Ländern, die ihren Handel überdurchschnittlich wie in Ländern, die ihn unterdurchschnittlich liberalisierten. In jenen Ländern aber, die einen Mittelweg zwischen Protektionismus und Liberalisierung wählten, konnte Armut zurückgedrängt werden.

Eindeutig aber führte Wirtschaftswachstum sowohl zur Armutsbekämpfung als auch zur Exportsteigerung. Motor zur Armutsbekämpfung ist also das abgestimmte und politisch regulierte Zusammenspiel von Wirtschaftswachstum und Exportsteigerung. Allerdings kommt es auch hier wieder auf die Rahmenbedingungen an. So verhindert eine zu hohe Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen, dass ein Wirtschaftswachstum zur Armutsbekämpfung beiträgt, wie die UNCTAD feststellt: „Hat Wachstum nur eine schwache Auswirkung auf Armut, dann ist zu vermuten, dass dies aufgrund hoher Ungleichheit oder einer ungleicher werdenden Einkommensverteilung der Fall ist; dann sollte sich eine Politik zur Armutsbekämpfung stärker auf die Ungleichheit als auf Wachstum konzentrieren.“

nach R&A, S. 158-159

Leitfragen:

Können Exporte einen wirksamen Beitrag zur Beseitigung von Armut leisten?

Welche Voraussetzungen sind dafür nötig?

Was bedeutet die Konzentration des internationalen Handels auf wenige Länder?

M 94

Nur wenige Entwicklungsländer sind als Anlageländer von Bedeutung

Bevölkerung und Direktinvestitionen (Bestände) 2000

	Bevölkerung		Direktinvestitionsbestand		
	absolut (Millionen)	in % der außer- europäischen Entwicklungsländer	absolut (Mrd. US-\$)	in % der außer- europäischen Entwicklungsländer	pro Kopf (US-\$)
Singapur	4,0	0,1	89,3	4,5	22.325,0
Chile	15,2	0,3	42,9	2,2	2.822,4
Malaysia	22,2	0,5	54,3	2,8	2.445,9
Argentinien	37,0	0,8	73,4	3,7	1.983,8
Tunesien	9,5	0,2	11,6	0,6	1.221,1
Brasilien	170,4	3,7	197,7	10,1	1.160,2
Venezuela	24,2	0,5	25,8	1,3	1.066,1
Mexiko	98,9	2,1	91,2	4,6	922,1
Südkorea	46,7	1,0	42,3	2,2	905,8
China mit Hongkong	1.259,0	27,0	816,0	41,5	648,1
Indonesien	212,1	4,6	60,6	3,1	285,7
Ägypten	67,9	1,5	19,0	1,0	279,8
Nigeria	113,9	2,4	20,3	1,0	178,2
Summe 13 Länder	2.081,0	44,7	1.455,1	74,1	
weitere 116 Länder	2.575,5	55,3	509,0	25,9	

Quellen: United Nations Conference on Trade and Development (2001), World Investment Report 2001. Promoting Linkages, S. 301ff (Direktinvestitionen) und Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (2002), Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, S. 190ff (Bevölkerung) → M88,90

M 95

Zwei Drittel der Exporte der Entwicklungsländer stammen aus nur neun Ländern

Die neun größten Exporteure der Entwicklungsländer (ohne Südafrika und Israel)

	Exporte in % der außer- europäischen Entwicklungsländer			Bevölkerung in % der außer- europäischen Entwicklungsländer
	1990	1995	2000	2000
China (mit Hongkong)	17,2	22,6	22,2	27,0
Südkorea	7,8	8,8	8,5	1,0
Mexiko	4,9	5,6	7,8	2,1
Taiwan	9,1	7,8	7,3	0,5
Singapur	6,3	8,3	6,8	0,1
Malaysia	3,5	5,2	5,0	0,5
Thailand	2,8	4,0	3,4	1,3
Indonesien	3,1	3,2	3,1	4,6
Brasilien	3,8	3,3	2,7	3,7
Summe der 9 Länder	58,5	68,8	66,7	40,8
Weitere 120 Länder	41,5	31,2	33,3	59,2

Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (2002), Handbook of Statistics online [http://stats.unctad.org], Table 1.1 (Handel und Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (2002), Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, S. 190ff (Bevölkerung) → M91-93

M 96

Beschleunigung und Vermach- tung der Weltwirtschaft

Nichts hat die Weltwirtschaft so verändert wie die Liberalisierung der Kapitalmärkte seit Beginn der achtziger Jahre. Dieses von den USA weltweit durchgesetzte politische Projekt trieb die Globalisierung voran und griff auf nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens und auf nahezu alle Länder über. Augenfälliges Kennzeichen war das erst im Jahr 1998 gebremste explosionsartige Wachstum der Transaktionsvolumina an den internationalen Devisenmärkten. 1989 wurden dort durchschnittlich 570 Milliarden US-Dollar pro Tag umgesetzt, neun Jahre später waren es 1.400 Milliarden US-Dollar, im Jahr 2001 1.200 Milliarden US-Dollar. Es entstand ein hochkomplexer globalisierter Kapitalmarkt, der sich in den Offshore-Zentren → M89 seine Marktplätze einrichtete und ständig neue Instrumente und Produkte schuf.

Paradoxerweise hat die Liberalisierung der Finanzmärkte die *Vermachtung* der Weltwirtschaft beschleunigt: Auch die Finanztransfers sind geographisch hoch konzentriert, 75 Prozent entfallen auf zwölf Länder, auf 140 Länder gerade einmal fünf Prozent und auf Afrika südlich der Sahara ein Prozent. Weiter wächst die Bedeutung institutioneller Anleger (Versicherungen und Fonds): 1950 waren in den USA 90 Prozent der Aktien im Besitz der privaten Haushalte, 1994 waren dies nur noch knapp 50 Prozent. Die Reaktionsmöglichkeiten auf Wechselkursschwankungen sind asymmetrisch auf reiche und arme Länder verteilt: Die Industrieländer können auf die Unabhängigkeit ihrer Zentralbanken pochen, von den Entwicklungsländern wird aber erwartet, dass Devisen zur Stabilisierung einer schwach gewordenen Währung aufgelöst werden, was häufig eine Verschuldung in Hartwährung zur Folge hat. Allerdings haben gerade die entfesselten Finanzmärkte und die durch sie ausgelösten Finanzkrisen in den letzten Jahren zu einem Umdenken geführt und die Frage nach der Ausgestaltung der Globalisierung an die erste Stelle der politischen Tagesordnung gesetzt. So hat die Forderung nach Einführung einer Devisentransaktionssteuer inzwischen auch im politischen Raum Unterstützung gefunden.

nach R&A, S. 159-162

M 97

Große Risiken machen vorbeugende Regelung nötig

In keinem Jahrzehnt nach dem zweiten Weltkrieg hat es so viele Finanzkrisen wie in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts gegeben, von deren negativen Folgen auch solche Entwicklungsländer betroffen waren, die in den Jahren davor als Musterländer („Schwellenländer“, „dynamische asiatische Wirtschaften“, „Tigerökonomien“) galten. Die Finanzkrisen haben „das Risiko (deutlich werden lassen), dass Länder, die im Prinzip eine vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben, ohne eigenes Zutun in den Sog von Währungskrisen geraten“ [...]. Insofern befürworten ebenso wie das ansonsten eindeutig für Freihandel und freien Kapitalverkehr eintretende IWF „die meisten Ökonomen eine vorbeugende Regelung des Kapitalzuflusses“ [...]. Auch der IWF erklärt, dass Länder mit gering entwickelten Finanzsystemen kurzfristige Kapitalzuflüsse beschränken sollten [...]. „Bei der Einbindung in den internationalen Kapitalverkehr bietet sich also ein schrittweises Vorgehen an“ [...]. Es ist erst dann sinnvoll, den „Kapitalverkehr (...) umfassend zu liberalisieren, wenn das inländische Finanzsystem hinreichend stark reformiert worden ist. Eine (zu) schnelle Öffnung für ausländischen Wettbewerb könnte andernfalls zu Konkursen inländischer Banken führen und Anreize erhöhen, risikoreiche Kredite zu vergeben“ [...]. Negative Effekte können sich auch dann ergeben, wenn ein Land bei liberalisiertem Kapitalverkehr die Attraktivität des Finanzplatzes durch vergleichsweise niedrige Steuersätze zu steigern versucht. Dann kann es geschehen, dass die

Mittel für langfristig wirksame öffentliche Investitionen geschmälert werden. Doch selbst ein gut ausgebautes und reguliertes Finanzsystem ist vor Finanzkrisen nicht gefeit, wie der Crash 1987 in New York, die Spekulation 1992/93 gegen das britische Pfund, die Entwicklung nach Ende des „New Economy-Booms“, der Konkurs des Enron-Konzerns und die lange währende japanische Bankenkrise zeigen. Die letztgenannten Ereignisse haben den IWF in seinem im März 2002 erschienenen ersten „Global Stability Report“ dazu veranlasst, von „großen Risiken“ zu sprechen, denen das Weltfinanzsystem ausgesetzt ist.

Quelle: Deutscher Bundestag (2002), Schlussbericht der Enquetekommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, S. 61

M 98

Regulierung der Internationalen Finanzmärkte

Die internationalen Finanzmärkte haben einen immer größeren Einfluss auf grundlegende ökonomische und politische Entscheidungen. Wenn es zu einer Krise kommt, werden – wie 1997/98 in Südostasien und 2001 in Argentinien – binnen kurzer Zeit die Entwicklungsanstrengungen vieler Jahre zunichte gemacht und Millionen von Menschen in Armut und Elend gestürzt. Zivilgesellschaftliche Akteure in zahlreichen Ländern wollen sich damit nicht länger abfinden und setzen sich dafür ein, die Stabilitätsrisiken der Finanzmärkte wieder einer politischen und demokratischen Kontrolle unterzuordnen. Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen, aber auch immer mehr Gewerkschaften fordern eine politische Lenkung der spekulativen Finanzströme. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat ebenfalls seine Mitgliedskirchen dazu aufgefordert, sich gegen die neoliberale Globalisierung zu engagieren. [...]

Ziel eines neuen und gerechteren Finanzsystems muss es sein,

- den Kapitalverkehr zu lenken und angemessen zu besteuern,
- langfristige Investitionen gegenüber kurzfristigen Finanzströmen zu fördern,
- die spekulativen Geschäfte drastisch zu reduzieren und
- die Finanzmärkte der Finanzierung sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger Entwicklung zuzuführen.

Es gibt eine Vielzahl von Instrumenten, mit denen das internationale Finanzsystem reguliert werden könnte. Ein einzelnes Instrument kann jedoch nicht genügen, erst die Kombination verschiedener Maßnahmen wird die notwendige Wirkung erzielen. Eine Auswahl dieser Maßnahmen wird hier vorgestellt. Zu diesen gehören:

- Einführung einer Devisenumsatzsteuer/Tobin Tax,
- Neutralisierung von Offshorezentren,
- Kapitalverkehrskontrollen,
- Regulierung des Derivatehandels und Hedge Funds,
- Haftung der Gläubiger bei Finanzkrisen,
- Reform der Internationalen Finanzinstitutionen,
- Stabilisierung der Wechselkurse,
- Börsenumsatzsteuer.

Quelle: WEED [http://www.weed-online.org/finanzmaerkte/fmregul_hg.htm]

Leitfragen:

Welche Gefahren birgt die Liberalisierung der Finanzmärkte für die Entwicklungschancen der „Dritten Welt“?
Welche Instrumente werden diskutiert, um diesen Gefahren zu begegnen?

Die Schulden des Südens

Staatsschulden sind unter den gegebenen Verhältnissen zunächst nicht per se negativ. Auch ein Staat kann nicht immer für seine Investitionen (im Idealfall für sinnvolle Dinge wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur) die nötigen Summen zu jedem Zeitpunkt aus eigenen Mitteln mobilisieren. Darin unterscheidet sich ein Staat nicht von einem Unternehmen, das investieren will, oder einer Einzelperson, die sich per Kredit ein Eigenheim finanziert. [...] Hauptbetroffene der Schuldenkrise sind die Entwicklungsländer. Ihre ökonomische Basis wird durch die Verschuldung zunehmend belastet. Der Schuldenstand wird zum Entwicklungshemmnis. Die Ansprüche auf Bedienung der Schulden (Zinsen und Tilgung) steigen während der letzten Dekaden wesentlich stärker an als die Leistungs- und Zahlungsfähigkeit [...] der Entwicklungsländer. Der externe Schuldenstand der Entwicklungsländer steigt seit den fünfziger Jahren [...] von knapp 7 Mrd. US-Dollar (1955) auf 80 Mrd. US-Dollar (1970). Kann man diese Entwicklung noch als eher harmlos bezeichnen, so führt die Dynamik der Verschuldung schließlich 1982 zur ersten Schuldenkrise. Der Schuldenstand hat sich geradezu explosionsartig auf 800 Mrd. US-Dollar erhöht. Spätestens von diesem Zeitpunkt wird von der internationalen Schuldenkrise gesprochen. 1991 kumuliert die Gesamtschuld der Dritten Welt auf 1.362 Mrd. US-Dollar. 1997 ist die Verschuldung bereits unaufhaltsam auf 2,171 Billionen US-Dollar angewachsen und erreichte 1999 mit ca. 2,5 Bio. US-Dollar ihren historischen Höchststand. Seit Beginn der 80er-Jahre hat sich die Verschuldung damit mehr als verdreifacht. Seit zwei Jahren stabilisiert sich der Schuldenstand nun auf diesem hohen Niveau. [...]

Aber die Zahl der Gesamtverschuldung und des Schuldendienstes eines einzelnen Landes ist von geringem Aussagewert. Erst wenn man sie mit anderen volkswirtschaftlichen Größen, wie dem Bruttosozialprodukt, den Exporterlösen, den Gesamtzuflüssen an ausländischem Kapital etc., aber auch mit sozialen Indikatoren ins Verhältnis setzt, gewinnt sie an Aussagekraft. So ist die Verschuldung der Dritten Welt nicht nur absolut, sondern vor allem relativ zum Bruttosozialprodukt (BSP) gestiegen [...].

Das Verhältnis von Schuldenstand zu Sozialprodukt (in %)

	1982	1990	2001
Entwicklungsländer	31,0	30,4	38,2
Afrika	34,9	48,8	71,0
Asien	21,9	21,0	29,4
Lateinamerika/Karibik	43,0*	35,0	43,3

* erste Schuldenkrise in Lateinamerika

Die Belastung der Entwicklungsländer durch die Auslandskredite ist beträchtlich. Vor allem nach 1980 nimmt das Problem ein unübersehbares Ausmaß an. Aus den Verschuldungsdaten, die uns vorliegen, kann folgender Schluss gezogen werden: Mangelndes Exportvolumen, stagnierendes Bruttosozialprodukt, sinkende Rohstoffpreise, uneinheitliche Zinsentwicklung, instabile Wechselkurse haben aus der Verschuldung der Entwicklungsländer die Schuldenkrise gemacht, d. h. die Entwicklungsländer haben Schulden in einer Höhe angesammelt, die eine wirtschaftlich vertretbare und möglichst fristgerechte Bedienung als illusorisch erscheinen lässt. [...]

Leitfragen:

Auf welche Weise berührt die Verschuldung von Entwicklungsländern deren Chance auf Armutsbekämpfung und Entwicklung?
Welche Folgerungen sind daraus abzuleiten?

Die ärmsten Länder [...] haben gewisse ökonomische Entlastungen in einem politischen Aushandlungsprozess erlangt. Gleichzeitig hat sich die Schuldensituation der so genannten hoch verschuldeten Staaten mittleren [...] und der nicht zu den HIPCs* gehörenden Länder niedrigen [...] Einkommens in den letzten 10 Jahren dramatisch verschlechtert. Ihre Schuldenstände sind rapide angestiegen und der Schuldendienst frisst ganze Staatsbudgets auf.

Quelle: Peter Waldow, Die Schulden des Südens – Zahlen, Fakten und was dahinter steckt, in: Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung WEED (Hg.), Die Umverteilungsmaschine – Finanzmärkte und Verschuldung (Schuldenreport 2003), März 2003

* **HIPCs:** hoch verschuldete arme Länder

Nach zwanzig Jahren kann von Krise inzwischen nicht mehr die Rede sein. Denn der Begriff der Krise impliziert ja, dass es sich um etwas Vorübergehendes handelt. Tatsächlich ist die Verschuldung zu einem grundlegenden und dauerhaften Strukturmerkmal der Nord-Süd-Beziehungen geworden.

Peter Wahl (WEED-Schuldenreport 2003)

Damit Zinsen nicht die Zukunft kosten: Entschuldung

36 hoch verschuldete Entwicklungsländer brauchen einen Großteil ihrer Schulden nicht mehr zurückzuzahlen. Darauf haben sich die sieben führenden Industrienationen auf dem Kölner Gipfel im Juni 1999 auf Initiative der Bundesregierung geeinigt. Seit der Jahrestagung der Weltbank im Herbst 1999 ist die Finanzierung sichergestellt.

Sonderregeln für Entwicklungsländer?

„Wer über seine Verhältnisse lebt und dies auf Pump tut, muss dafür gerade stehen, dies gilt für jeden einzelnen genauso wie für Staaten!“ Die meisten würden dieses Prinzip unterschreiben. Bei Zahlungsunfähigkeit wird sogar der Lohn verpfändet. Soll nun das, was für alle gilt, außer Kraft gesetzt werden?

Nein – gleiches Recht für alle!

In Deutschland dürfen Schuldnerinnen und Schuldner das behalten, was sie zum Überleben brauchen. Zins und Tilgung stellen die Menschen in den ärmsten Ländern jedoch vor Härten, die niemand in Deutschland erdulden müsste.

Bolivien zahlt 4,8 Mrd. US\$ Schulden ab, während die Menschen in zwei Dritteln der Haushalte keine Abwasserentsorgung haben und ein Drittel keinen Strom.

Tansania zahlt 6,4 Mrd. US\$ Schulden ab, aber nur die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ein Drittel der Kinder im Schulalter geht nicht zur Grundschule.

Mauretanien zahlt 2,2 Mrd. US\$ Schulden ab. Wegen mangelnder Gesundheitsversorgung beträgt die Lebenserwartung nur 53 Jahre. Aufgrund eines unzureichenden Bildungssystems bleiben 60 Prozent der Bevölkerung Analphabeten.

Nachhaltige Entschuldung dank klarer Bedingungen

An Entschuldung sind Auflagen geknüpft, damit sie wirklich den Armen zugute kommen und nicht als Freibrief dienen für die Misswirtschaft korrupter Regime.

Alle Entschuldungsländer müssen die Menschenrechte achten. Frei werdende Mittel fließen in Bildung, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur oder Forst- und Landwirtschaftsprogramme. Das ist vertraglich vereinbart und nachprüfbar.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [http://www.bmz.de/themen/schwerpunkte/schwerpunkte_1.html]

M 101

Entwicklungshilfe: Trendumkehr nötig!

Angesichts der Strukturbedingungen der Globalisierung und der Misere der ärmsten Länder der Erde werden die „Millenniums-Ziele“ → **M102** nur dann erreichbar sein, wenn die zur Entwicklungsfinanzierung verfügbaren Mittel beträchtlich ausgeweitet werden. Oxfam International schätzt den zusätzlichen Finanzierungsbedarf auf 100 Milliarden US-\$ pro Jahr. Hierzu ist ein Maßnahmenbündel notwendig, für dessen Realisierung vor allem die reichen Länder verantwortlich sind.

Dazu gehören umfassende Handelsliberalisierungen und der Abbau der Subventionen durch die OECD-Staaten ebenso wie eine beschleunigte Entschuldung → **M99, 100** und eine Regulierung von Globalisierungsprozessen, die den markt-marginalisierten Staaten eine gleichberechtigte Teilhabe erlaubt. Eine Voraussetzung hierfür sind umfassende Reformen der internationalen Finanzinstitutionen und der Welthandelsorganisation WTO.

Nicht zuletzt aber ist eine drastische Aufstockung der Mittel für die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit unabdingbar. Dies räumte auch Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul bei der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung am 21. März 2002 ein: „Handel und Investitionen sind entscheidend für Entwicklungsfinanzierung. Dennoch und vor allem für die am wenigsten entwickelten Länder und für Länder, die nur marginal in den Welthandel integriert sind, ist wachsende öffentliche Entwicklungshilfe unverzichtbar.“

Die aber ist in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre rückläufig: Waren die deutschen Nettoauszahlungen bis 1992 auf etwas über sechs Milliarden Euro angestiegen, fielen sie ab dann und erreichten trotz kurzfristiger Erholung 2000 nur knapp 5,5 Milliarden Euro. Doch selbst in den Jahren ihres absoluten Anstiegs sank ihr Anteil am Bruttosozialprodukt von 0,48 Prozent in den Jahren 1982 und 1983 auf 0,27 Prozent im Jahr 2000.

Von diesem Rückgang waren vor allem die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) betroffen: von 1994 (865,6 Millionen Euro) bis 2000 (708,8 Millionen Euro) gingen die bilateralen Netto-

auszahlungen von öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) an LDCs um 18,1 Prozent zurück. Sieht man von Sambia ab, das eine Verdreifachung der bilateralen ODA-Nettoauszahlungen erreichen konnte, brachen die bilateralen ODA-Zahlungen an LDCs sogar um 28,5 Prozent ein! Auch der rechnerische deutsche Anteil an multilateralen ODA-Nettoauszahlungen an LDCs ging zwischen 1994 und 1999 um 25,5 Prozent zurück. Damit sank der Anteil der deutschen bi- und multilateralen ODA-Nettoauszahlungen am Bruttosozialprodukt (BSP) von 0,09 Prozent 1994 auf 0,07 Prozent 1999 und entfernte sich somit immer weiter von dem bereits 1981 bei der I. UN-LDC-Konferenz verabredeten Ziel, mindestens 0,15 Prozent des BSP als Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder bereitzustellen (bei der III. UN-LDC-Konferenz im Mai 2001 wurde Zielvorgabe sogar auf 0,2 Prozent des BSP aufgestockt). worden – doch Deutschland scheint der Entwicklungszusammenarbeit mit den LDCs keine besonders große Bedeutung zuzumessen, denn der Anteil der bilateralen ODA-Nettoauszahlungen an LDCs an allen deutschen ODA-Nettoauszahlungen fiel von 15,3 Prozent im Jahr 1994 auf 12,9 Prozent 2000.

Auch hier waren die Verlierer die afrikanischen LDCs: Die bilateralen ODA-Nettoauszahlungen an diese Länder schrumpften zwischen 1994 und 2000 um 20 Prozent (ohne Berücksichtigung Sambias 32,9 Prozent). Und der deutsche Anteil an den multilateralen ODA-Nettoauszahlungen an afrikanische LDCs sackte von 1994 bis 1999 deutlich um 31,1 Prozent ab: Der Verfall der öffentlichen Entwicklungshilfe an afrikanische LDCs ist besorgniserregend, auch wenn in Rechnung gestellt werden muss, dass die politischen Verhältnisse in vielen afrikanischen LDCs und nicht zuletzt die zahlreichen binnenstaatlichen Kriege einer wirksamen Entwicklungszusammenarbeit entgegenstehen: Ohne radikale Trendwende wird es nicht möglich sein, die Millenniums-Ziele in den LDCs und hier vor allem in den afrikanischen LDCs zu erreichen!

nach R&A, S. 163-165

M 102

Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen

[...] Wir treffen ferner den Beschluss,

- bis zum Jahr 2015 den Anteil der Weltbevölkerung, dessen Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt, und den Anteil der Menschen, die Hunger leiden, zu halbieren, sowie bis zu demselben Jahr den Anteil der Menschen, die hygienisches Trinkwasser nicht erreichen oder es sich nicht leisten können, zu halbieren;
- bis zum gleichen Jahr sicherzustellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen können und dass Mädchen wie Jungen gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungsebenen haben;
- bis zum gleichen Jahr die Müttersterblichkeit um drei Viertel und die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel der derzeitigen Rate gesenkt zu haben;
- bis dahin die Ausbreitung von HIV/AIDS, die Geißel der Malaria und andere schwere Krankheiten, von denen die Menschheit heimgesucht wird, zum Stillstand gebracht und allmählich zum Rückzug gezwungen zu haben;

- Kindern, die durch HIV/AIDS zu Waisen wurden, besondere Hilfe zukommen zu lassen;
- bis zum Jahr 2020, wie in der Initiative „Städte ohne Slums“ vorgeschlagen, erhebliche Verbesserungen im Leben von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern erzielt zu haben.

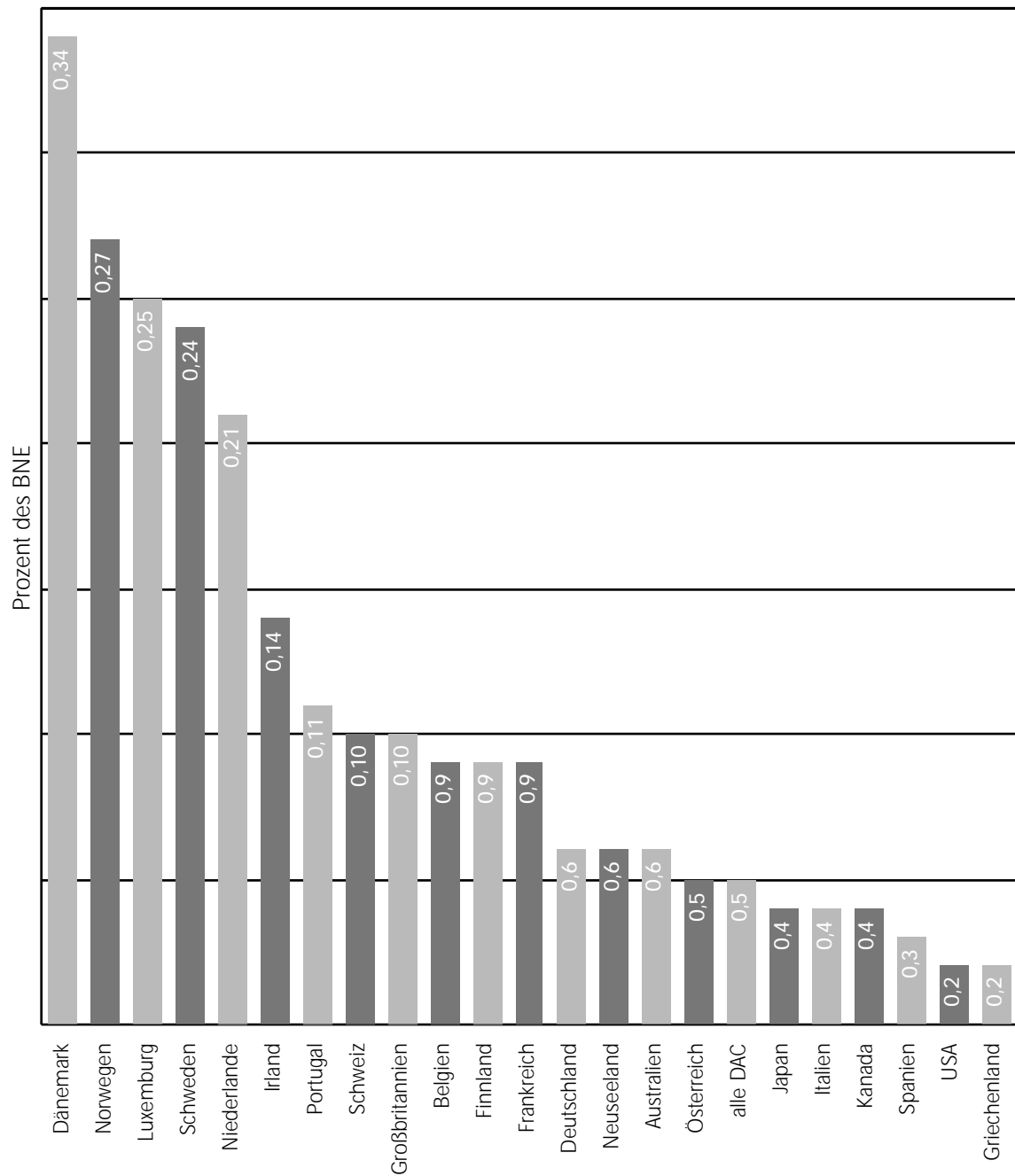
Quelle: Vereinte Nationen, Resolution 55/2, September 2000, Auszug [<http://www.uno.de/sg/millennium/millenniumerklaerung.pdf>]

Leitfragen:

Welche Rolle spielt Entwicklungshilfe für die Armutsbekämpfung?
Warum ist eine Aufstockung der Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit – gerade mit den am wenigsten entwickelten Ländern → **M103** (Schaubild) – nötig?

Viel zu wenig Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder

Nettozuflüsse von Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 2000 in Prozent des Brutto-Nationaleinkommens der Geber



M 104

Aus dem Sozialwort der Kirchen

(107) In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns konkretisiert sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt. Dabei zielt die biblische Option für die Armen darauf, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sie hält an, die Perspektive der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben. Sie lenkt den Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzumutbare, das Menschen unwürdige, auf strukturelle Ungerechtigkeit. Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu wirkungsvollen Allianzen der Solidarität.

(174) [...] Auch angesichts knapper öffentlicher Kassen bleibt es sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Arbeit ist genügend vorhanden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den gesellschaftlichen Reichtum so einzusetzen, dass sie auch bezahlt werden kann.

(216) Die Kirchen setzen sich deshalb seit langem für eine gerechtere und gleichmäßigere Verteilung des Eigentums und nicht zuletzt für eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivvermögen ein. Das Ziel einer sozial ausgewogeneren und gerechteren Vermögensverteilung in Deutschland ist bei weitem nicht erreicht. [...]

(219) Verlässliche Daten über die Vermögensverteilung und -entwicklung in Deutschland liegen in ausreichendem Umfang nicht vor. Während es eine regelmäßige Berichterstattung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowohl durch den Sachverständigenrat als auch durch die Konjunkturforschungsinstitute gibt, fehlt eine solche regelmäßige Berichterstattung für den hochkomplexen Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung. Informationen darüber sind unerlässlich, um notwendige Entscheidungen im Beziehungsgeflecht des steuerlichen und sozialen Leistungs- und Verteilungssystems sachgerecht vorbereiten und Effizienz und Gerechtigkeit von getroffenen Maßnahmen überprüfen zu können. Es bedarf deshalb nicht nur eines regelmäßigen Armutsberichts, sondern darüber hinaus auch eines Reichtumsberichts.

(220) Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird. Es geht deshalb nicht allein um eine breitere Vermögensbildung und -verteilung. Aus sozialetischer Sicht gibt es auch solidarische Pflichten von Vermögenden und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Die Leistungsfähigkeit zum Teilen und zum Tragen von Lasten in der Gesellschaft bestimmt sich nicht nur nach dem laufenden Einkommen, sondern auch nach dem Vermögen. Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben. In einer Lage, in der besondere Aufgaben – wie etwa die Finanzierung der deutschen Einheit – in großem Umfang durch die Aufnahme von Staatsschulden finanziert werden müssen, sollten stärker die Vermögen herangezogen werden. In welcher Form das gerecht und verfassungsgemäß geschehen kann, ist zu prüfen.

Quelle: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997

M 105

2015-Ziele für Kirchen

Im September 2000 beschloss der so genannte Millenniums-Gipfel der Vereinten Nationen die Halbierung des Anteils absolut armer Menschen (die von weniger als einem US-\$ pro Tag leben müssen) bis 2015. → **M102** Im Anschluss daran wurden bei der Abschlusskonsultation des APRODEV-Projektes „Christianity, Poverty and Wealth in the 21st Century“* folgende Ziele formuliert:

„Die Kirchen werden aufgerufen:

- ein umfassendes und offenes weltweites Netzwerk der Kirchen und ihrer Organisationen zu unterstützen und sich aktiv daran zu beteiligen, um Solidarität zu 'globalisieren' und kirchliche Anwaltschaft [...] wirksamer zu gestalten; Kern dieses Netzwerkes sollte das im Dezember 2000 auf Einladung des Ökumenischen Rates der Kirchen gegründete 'Bündnis für eine ökumenische Anwaltschaft' 'Ecumenical Advocacy Alliance' sein;
- einen Weltbericht der Kirchen über Armut und Reichtum [...] in den Jahren 2007 und 2015 herauszugeben als umfassenden Überblick über kirchliche Auseinandersetzungen mit Armut und Reichtum mit dem Ziel, ein kirchenpolitisches Grundgerüst zur Stärkung der vielfältigen kirchlichen Aktivitäten anzubieten;
- ein Netzwerk von Forschungseinrichtungen zu schaffen, um Kirchen den Zugang zu Informationen über Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Anwaltschaft zu erleichtern;
- sich in ihren Beschlüssen und beim Einsatz ihrer Mittel an den Bedürfnissen der Gemeinden vor Ort auszurichten;
- für Verkündigung und Bildungsarbeit verständliche und verfügbare Materialien über 'Christentum, Armut und Reichtum' und über die Wirtschaftsordnung bereit zu stellen;
- Liturgien auszutauschen und neue zu entwickeln, die sich auf die Wirklichkeit von Reichtum und Armut einlassen;
- weltweit einen einheitlichen Sonntag [...] in der zeitlichen Nähe des Internationalen Tages der Vereinten Nationen für die Überwindung von Armut zu benennen;
- in Analogie zur 'Armutsgrenze' eine 'Grenze zur Habgier' ('greed line') zu definieren, so dass reiche Christinnen und Christen Klarheit gewinnen über die Einladung des Evangeliums an sie;
- die Begründungen für eine Unterstützung von Programmen und Projekten zur Armutsbekämpfung erneut heraus zu arbeiten, um auf diese Weise sicher zu stellen, dass diese Programme und Projekte Anwälte eines grundsätzlichen strukturellen Wandels im Interesse der Ärmsten sind und
- sich an nationalen Armutsbekämpfungs-Strategien ('National poverty reduction strategies') in jedem Land zu beteiligen und soweit ihnen möglich beizutragen zur Gestaltung von Politik und zur Durchführung und Überwachung ('monitoring') der Armutsbekämpfungs-Strategien."

Quelle: R&A, S. 286f

* **APRODEV** ist die Vereinigung protestantischer, anglikanischer und orthodoxer Hilfswerke in Europa. Der von APRODEV 1997 initiierte Studienprozess „Christianity, Poverty and Wealth in the 21st Century“ gab – neben dem „Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“, ebenfalls von 1997 – einen wichtigen Impuls für das hessische Projekt zu „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“.

Was Kirchen tun sollten und könnten

Zehn zentrale „Bausteine für eine kirchliche Agenda“

In dem Bewusstsein, dass sich die Kirchen und vor allem ihre Werke, Dienste und Gruppen schon seit jeher und vielfältig mit Reichtum und Armut auseinandersetzen, beschränken sich die folgenden „Bausteine für eine kirchliche Agenda“ auf Vorschläge für eine Neuakzentuierung oder Ergänzung kirchlichen Redens und Handelns.

1. **Verwirklichung „sozialer Gerechtigkeit“ in der Kirche**
Kirchen sollten die Verteilung von Einkommen und Vermögen unter ihren Beschäftigten und Gliedern untersuchen und fragen, ob es auch unter ihnen Menschen in Armut gibt und ob daher neue „solidarische Modelle“ erforderlich sind (sowohl im Blick auf eine Ausgestaltung der kirchlichen Besoldungsstrukturen als auch hinsichtlich eines „gemeindlichen Ausgleiches“, der alle Gemeindeglieder einbezieht). Hierbei sollten Kirchen theologisch begründen und ihren Gliedern verständlich machen, weshalb es ekklesiologisch geboten ist, nach Reichtum und Armut in der Kirche zu fragen.
Hierbei könnten die Kirchen einen exemplarischen binnenkirchlichen Diskurs zur Definition von Armut und Reichtum beginnen, da Arme und Reiche zu ihren Gliedern gehören. Dazu könnte gehören, in den Gemeinden vor Ort die Lebenslage „armer“ und „reicher“, überschuldeter und überdurchschnittlich vermögender Gemeindeglieder zu vergleichen und nach Möglichkeit solche Gruppen zu Gesprächen miteinander zusammen zu bringen.
2. **Verteilungspolitische Debatte intensivieren, neu akzentuieren und Betroffene beteiligen**
Kirchen sollten deutlich machen, weshalb angesichts der sozialen Polarisierung der Gesellschaft eine Neuakzentuierung und Intensivierung der verteilungspolitischen Debatte für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und das heißt auch, für ihren sozialen Zusammenhalt erforderlich und ein Gebot sozialer Gerechtigkeit ist.
Hierbei sollten sich Kirchen für eine Versachlichung des verzerrten sozialpolitischen Diskurses einsetzen und unter anderem dazu beitragen, dass differenzierende Typologisierungen von „Reichtum“ und „Armut“ zur Abbildung der Multidimensionalität und Diversität von Reichtum und Armut gesellschaftlich verabredet werden.
Zugleich sollten Kirchen für eine neue Konzeptualisierung von Reichtum und Armut eintreten, die den Zusammenhang der sozialen und regionalen Polarisierung mit der Krise der Marktvergesellschaftung erhellt und Kriterien für die Beurteilung gesellschaftlicher Funktionen von Ungleichverteilung und „Reichtum“ bereitstellt. Dabei gehört eine nüchterne und ideologiefreie Entzauberung des quasi-religiösen Wesens der „Verheißung grenzenlosen Reichtums“ zu den ureigensten Aufgaben von Kirchen.
Kirchen sollten dafür eintreten, dass an der Erarbeitung von Typologisierungen und einer Konzeptualisierung von sozialer Ausgrenzung Betroffene als Träger von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten beteiligt werden.
Nicht zuletzt sollten Kirchen die Erfahrungen und sozialpolitischen Kompetenzen ihrer Werke, Dienste, Gruppen, Gemeinden und Glieder für die Erarbeitung von Typologisierungen und Konzeptualisierungen fruchtbar machen
3. **Privater „Reichtum“ und „öffentliche Armut“**
Um der Funktionsfähigkeit des Sozialstaates willen sollten Kirchen auf den Zusammenhang von „öffentlicher Armut“ und „privaten Reichtum“ hinweisen und sich dafür einsetzen, dass dieser Zusammenhang wieder zum Gegenstand der sozialwissenschaftlichen und -politischen Auseinandersetzung wird. Vor allem sollten Kirchen dafür eintreten, dass dieser Zusammenhang bei der Ausgestaltung des Steuersystems ausreichender als bisher berücksichtigt und der „Steuersenkungswettlauf“ der OECD-Staaten beendet wird.
4. **Wirtschaftskriminalität**
Angesichts der breiten Debatte über die missbräuchliche Erschleichung von Leistungen des Systems sozialer Sicherheit sollten Kirchen mit Nachdruck entschiedene Maßnahmen gegen die volkswirtschaftlich weitaus schädlichere Wirtschaftskriminalität fordern und dazu beitragen, dass dieser rechtsstaatlichen Herausforderung politisch, polizeilich und juristisch endlich die Bedeutung eingeräumt wird, die ihr faktisch zukommt.
5. **Ethisches Investment**
Da Aktien und Investmentzertifikate als Anlageformen rasch an Bedeutung gewinnen, sollten Kirchen beitragen zur Stärkung und Weiterentwicklung von Instrumenten ethisch orientierter Geldanlagen („ethisches Investment“), indem sie selbst von diesen Instrumenten stärker als bisher Gebrauch machen.
6. **Stärkung kirchlicher Instrumente zum Abbau weltweiter Polarisierungen**
Kirchen sollten ihre Werke, Dienste und Gruppen, die sich für den Abbau weltweiter Polarisierung einsetzen, trotz angespannter finanzieller Lage stärken und ausreichender als bisher mit finanziellen Ressourcen ausstatten.
Zugleich sollten sich kirchliche Ansätze zur Armutsbekämpfung stärker als bisher für eine Auseinandersetzung mit Reichtum und dessen gesellschaftlichen Funktionen öffnen.
7. **Polarisierung und Vermachtung globaler Märkte**
Mit größerem Nachdruck als bisher sollten Kirchen fordern, dass sich die Bundesregierung für Reformen des UN-Systems, der Welthandelsorganisation WTO und des Internationalen Währungsfonds wie der Weltbank einsetzt, die eine wirksame Partizipation der Entwicklungsländer ermöglichen.
8. **Entschuldung**
Kirchen sollten die Einführung eines Staateninsolvenzverfahrens nach Kräften fördern und dafür eintreten, dass die Entschuldung hoch verschuldeter Länder mit mittlerem Einkommen nicht länger ein Tabu ist.
9. **Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit**
Kirchen sollten dafür eintreten, dass der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bis 2006 jährlich um 380 Millionen Euro steigt.
10. **„Armuts- und Reichtumsbericht“ der Kirchen**
Die Kirchen sollten periodisch einen gemeinsamen und ökumenischen Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen, der unter Bezug auf empirische Befunde und sozialwissenschaftliche Analysen kirchliche Erfahrungen mit Armut und Reichtum auswertet und auf sozialpolitische Forderungen zuspitzt.
Für die Erarbeitung dieses Berichtes sollten bestehende ökumenische Netzwerke kirchlicher Werke, Dienste, Gemeinden und Gruppen arbeitsteilig genutzt werden.

Kirchenpräsident Prof. Dr. Steinacker: Einführung der Konsultation „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“, 13.02.03

Die Kirchenleitung und das LGA der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau [EKHN] haben sich ausführlich mit der Studie „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“ beschäftigt und sind zu der Überzeugung gelangt, dass es an der Zeit ist, dass wir uns in Kirche und Gesellschaft erneut mit der Frage der Verteilungsgerechtigkeit auseinandersetzen.

Die Studie wurde durch die neu eingerichteten Zentren der EKHN für Gesellschaftliche Verantwortung und durch das Zentrum Ökumene sowie das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau [DWHN] in Auftrag gegeben. Die Werkstatt Ökonomie in Heidelberg hat den ökonomisch-gesellschaftspolitischen Teil der Studie erstellt. Die beiden Zentren der EKHN und das DWHN haben damit auch Impulse aus unseren Partnerkirchen in der Ökumene aufgenommen, um neu zu verstehen, wie Reichtum und Armut sich in unserem Land und global entwickeln. Da alle drei Einrichtungen mit sozial- und entwicklungspolitischen Fragestellungen konfrontiert sind, bewährt sich an dieser Aufgabe auch die neue Struktur der EKHN, die es ermöglicht, zielgerecht ressortübergreifende Aufgaben aus ökumenischer und diakonischer Sicht sowie aus der Perspektive gesellschaftlicher Verantwortung zu bearbeiten. Die Studie setzt insofern einen neuen Schwerpunkt in der kirchlichen und gesellschaftlichen Debatte, als sie gezielt die *gesellschaftliche Funktion des Reichtums* zum Thema macht. Sie fragt nach der Funktion des Reichtums in einer gesellschaftlichen Situation, in der wir folgende Phänomene beobachten:

- Reichtum und Leistung stehen in der pragmatischen Werteskala ganz oben.
- Die Absicherung von Lebensrisiken wird zunehmend privatisiert.
- Der Sozialstaat ist, so wie wir ihn hatten, reformbedürftig. Reform kann aber nicht heißen, die weniger Leistungsfähigen fallen zu lassen. Reform kann nicht heißen, zum Beispiel die Augen zu schließen vor der krisenhaften Situation in der Pflege, besonders im Alter; Familien, das heißt Lebensgemeinschaften von Erwachsenen mit Kindern müssen besser gefördert werden, und anderes.

Die Kirchenleitung schätzt in ihrem Beschluss vom 26.11.02 die vorliegende Studie als einen wichtigen Beitrag ein, „... um das weitgehend tabuisierte Thema 'Reichtum' in unserer Gesellschaft einer sachlichen Debatte zuzuführen.“ Sie unterstützt das Anliegen der Studie u.a. in seiner Absicht, mit dem Begriff der Gerechtigkeit Grenzen sozialer Ungleichheit zu markieren. Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass eine starke Ungleichheit von Einkommen und Vermögen automatisch ein höheres gesamtwirtschaftliches Leistungsvermögen zur Folge habe, folgt die Kirchenleitung der in der Studie differenziert entfalteten These, wonach der Grundsatz der Gerechtigkeit eine eher ausgewogene Verteilung von Einkommen und Vermögen nahe legt. Die Kirchenleitung teilt die Überzeugung, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft nur ein begrenztes Maß an Polarisierung verträgt und sich die Pflege des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf lange Sicht auch als ökonomischer Vorteil erweisen wird. Während die Studie absichtlich den Schwerpunkt auf die Entwicklung von Reichtum und Armut in Deutschland legt, wird es „in der Weiterarbeit ... darauf ankommen, durch ökumenische Zusammenarbeit die weltweiten Prozesse von zunehmender Verarmung einerseits und zunehmendem Reichtum andererseits mit den entsprechenden Erfahrungen im eigenen Land zu vermitteln. Nur so kann ein umfassendes und realistisches Bild über die Auswirkungen der Globalisierungsprozesse entstehen“ (Beschluss der Kirchenleitung vom 26.11.02).

Warum ist es an der Zeit, dass wir uns mit diesen Fragen erneut beschäftigen? Warum diese Konsultation heute? Weil es nicht nur um ökonomische Fragestellungen im engeren Sinn geht, sondern um die sehr grundsätzliche Frage, welche *Leitbilder* in dieser Gesellschaft gelten sollen, welche *Kultur* wir pflegen wollen! Es muss uns als Kirchen darum zu tun sein, dass eine Kultur der Barmherzigkeit und der Gerechtigkeit auch in den gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. Wir nehmen allerdings wahr, dass sich vielfach andere Leitbilder und Haltungen durchsetzen, die von manchen Geschwistern in der Ökumene inzwischen als eine „Kultur der Gier“ bezeichnet wird.

Die Kirchen mit ihren diakonischen Einrichtungen sind in dieser Lage geradezu gezwungen, das Wort zu ergreifen und nach dem Beitrag des Reichtums zur Funktion des Gemeinwesens zu fragen. Denn gerade die zunehmende öffentliche Armut konfrontiert Kirche und Diakonie mit höheren Erwartungen seitens unterschiedlicher Gruppen in einer Situation, in der auch die eigenen ökonomischen Ressourcen schrumpfen. Denn auf dem Weg notwendiger drastischer Sparmaßnahmen befinden sich auch die Kirchen. Daher fragen wir uns: Welche Möglichkeiten haben wir und welche Formen können wir nutzen, um zu einer zukunftsfähigen Kultur in unserem Land beizutragen? Wir wollen einen Beitrag für neue Leitbilder und eine neue Kultur leisten, in der der Begriff der *sozialen Gerechtigkeit* zentrale Bedeutung hat. Dieses Anliegen wie auch die ökonomische Debatte sind in der Studie in einen theologischen Begründungszusammenhang eingebettet.

Die Studie verdankt sich einem doppelten Ursprung, nämlich einerseits den verteilungspolitischen Spitzensätzen des Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der beiden Kirchen von 1997 → **M104**, wo es u. a. in Ziff. 220 heißt: „Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird. ... Aus sozialethischer Sicht gibt es auch solidarische Pflichten von Vermögenden und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Die Leistungsfähigkeit zum Teilen und zum Tragen von Lasten in der Gesellschaft bestimmt sich nicht nur nach dem laufenden Einkommen, sondern auch nach dem Vermögen. Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben.“ Diese Forderung deckt sich auch mit dem im Grundgesetz verankerten Gebot der Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14,2 GG).

Neben und nach dem Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage gab APRODEV (Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe) im Jahr 1997 einen weiteren Anstoß zu einer solchen Studie. Es entstand die Idee, 21 Länderstudien als Grundlage für ein internationales Colloquium „Christlicher Glaube, Armut und Reichtum im 21. Jahrhundert“ zu erstellen, das vom 13. bis 18. November 2000 in New Delhi stattfand. Bei diesem Colloquium und in dem im Anschluss daran erstellten „Working Document“ wurde die Notwendigkeit unterstrichen, dass Kirchen stärker als bisher nach der gesellschaftlichen Verantwortung von Reichtum fragen. Zugleich wurde angeregt, dass Kirchen mit einem periodischen Armut-Reichtums-Bericht über ihre einschlägigen Erfahrungen berichten. Die hier vorgelegte Studie versteht sich auch als Beitrag für einen solchen ökumenischen Armut-Reichtums-Bericht.

Damit greifen wir zwei Impulse auf, die unseres Erachtens in der künftigen Debatte auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen sollten. Im Bereich der EKHN werden zur Zeit durch unsere Zentren Materialien erstellt, die geeignet sind, über die In-

halte und Impulse der Studie mit Gruppen in Gemeinde und Gesellschaft zu arbeiten und sie in praktisches Handeln umzusetzen. In besonderer Weise wird es darum gehen, die zehn zentralen „Bausteine für eine kirchliche Agenda“ [...] → **M106** einer breiteren Öffentlichkeit als Anstöße zu neuem Handeln vorzustellen. Die Zentren arbeiten an Umsetzungsschritten für verschiedene Zielgruppen [...]

Das Ziel unserer heutigen Konsultation soll demnach neben der inhaltlichen Diskussion der Ergebnisse der Studie die Frage sein, ob und wie es uns gelingen kann, diese Impulse für Kirche und Gesellschaft in Deutschland in einem weitergehenden Konsultationsprozess fruchtbar zu machen. [...]

Schließlich: Die potentielle kriegerische Auseinandersetzung um den Irak beschäftigt uns zurzeit intensiv und steht im Moment im Vordergrund unseres Interesses. Es gehört aber auch zu den gemeinsamen Erkenntnissen der Kirchen, dass ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit statt ökonomischer und sozialer Exklusion [Ausgrenzung] zugleich die beste Friedenspolitik ist. Dabei müssen wir auf die Stimme derer hören, die die Verlierer der Globalisierung sind und es schon immer waren. Der Dominanzanspruch des Westens muss überprüft werden. Wir wissen weder ökonomisch noch politisch noch religiös immer alles besser. Eine der Ursachen für den furchtbaren Terrorismus ist das sich vergrößern Armutsgefälle in der Welt. Nur durch vernünftige Entwicklungspolitik können die blockierten, autoritär strukturierten Gesellschaften vor allem in der islamischen Welt durchlässiger und friedlicher werden. Insofern sind auch die erneuten Erinnerungen der Studie gerade im Blick auf unsere Aufgaben im entwicklungspolitischen Bereich von hoher Aktualität.

Quelle: Evang. Kirche in Hessen und Nassau, Redemanuskript

Literaturhinweise – eine Auswahl

Armut – Reichtum, Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde 4/5, Juli-Oktober 2002, Ausgabe Sekundarstufe II, Wochenschau-Verlag, Schwalbach 2002, ISBN 3-87920-807-7

Wolfgang Belitz u.a. (Hg.), Spurensuche Reichtum. Beiträge und Arbeitsmaterialien zur Situation in Deutschland, Amt für Jugendarbeit der EKvW/Verein Ev. Soziale Seminare von Westfalen, Witten 2000, ISBN 3-00-005892-3

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.), Die Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut (Bericht über die menschliche Entwicklung 2003), UNO-Verlag, Bonn 2003

Deutscher Bundestag, Schlussbericht der Enquetekommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, Bundestagsdrucksache 14/9200, 12. Juni 2002 [<http://www.bundestag.de/gremien/welt/>]

DGB-Bildungswerk u.a. (Hg.), Die Armen und der Markt (Social Watch Deutschland Report 2003; Nr. 3), 2003, ISBN 3-924493-41-3

DGB-Bildungswerk u.a. (Hg.), Soziale Entwicklung in Zeiten der Globalisierung (Social Watch Report Deutschland 2002; Nr. 2), ISBN 3-924493-41-3

DGB-Bildungswerk u.a. (Hg.), Social Watch Report Deutschland 2001, Nr. 1, ISBN 3-924493-34-0

Wolfgang Kessler u.a. (Red.), Teilen macht reich, Publik-Forum Dossier, Publik-Forum Verlagsgesellschaft, Oberursel 2003

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn 1997

Theo Kneifel und Ulrich Duchrow, Wirtschaft und Finanzen als Glaubensfrage. Theologische Impulse für Gemeinden und Gruppen ... Kairos Europa, Heidelberg 2001

Le Monde diplomatique (Hg.), Atlas der Globalisierung, taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin 2003, ISBN 3-9806917-6-4

Michael Taylor, Christianity, Poverty and Wealth. The findings of 'Project 21', London/Geneva 2003

Welthaus Bielefeld u.a. (Hg.), Atlas der Weltverwicklungen. Ein Schaubilderbuch über Armut, Wohlstand und Zukunft in der Einen Welt, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 2001

Werkstatt Ökonomie (Hg.) Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln, Werkstatt Ökonomie, Heidelberg 2002, ISBN 3-925910-04-2, 13,95 €

Lieder zum Thema „Reichtum und Armut“

Abba: Money, Money, Money
Cabaret: Money makes the world go around
Die Toten Hosen: Geld & Gold
Die Toten Hosen: Kauf mich!
Dire Straits: Money for nothing
Erste Allgemeine Verunsicherung: Geld oder Leben
Herbert Grönemeyer: kaufen
Loriot: Der Lottogewinner
Pink Floyd: Money
Prinzen: Geld ist schön
Prinzen: Ich wär' so gerne Millionär
Rio Reiser: Geld
Simply Red: Money's too tight
Till & Obel: Das Lied der Aldi-Versessenen
Shania Twain: Ka-Ching (We live in a greedy little world)
Konstantin Wecker: Genug ist nicht genug
Zoff: Kein Geld, kein Money

Zitate, Sprüche, Aphorismen zum Thema „Reichtum“

Der Reichtum ist für das Leben da, nicht aber das Leben für den Reichtum.

Spruchwort aus Irland

Die Befriedigung, die aus Wohlstand erwächst, ist nicht im bloßen Besitzen oder in verschwenderischen Ausgaben zu suchen, sondern in seiner weisen Anwendung.

Miguel de Cervantes-Saavedra

Die einzigen, die immer Recht haben, wenn sie auf den Reichtum schimpfen, sind die Armen.

Hans Magnus Enzensberger

Ein Mensch kann noch so reich sein, reich genug kommt er sich nie vor!

Hans Fallada

Es gibt nichts Hässlicheres als Reichtum ohne Tugend.

Antoine de Rivarol

Es ist schwer, ein großes Vermögen zu erwerben, ungleich schwieriger ist es, dieses mit Anstand auszugeben.

John Davison Rockefeller

Niemand hat ein Recht auf ein Übermaß an Wohlstand.

Mutter Teresa

Nur wer im Wohlstand lebt, schimpft auf ihn.

Ludwig Marcuse

Reich ist man erst dann, wenn man sich bei der Bilanz um einige Millionen Dollar irren kann, ohne dass es auffällt.

Jean Paul Getty

Reich ist, wer weiß, dass er genug hat.

Laotse

Reichtum gleicht dem Seewasser: je mehr man davon trinkt, desto durstiger wird man.

Arthur Schopenhauer

Wenn man durch Arbeit zu Reichtum gelangen könnte, gehörten die Mühlen den Eseln.

Rumänisches Sprichwort

Das Geld, das man besitzt, ist das Instrument der Freiheit. Das Geld, dem man nachjagt, ist das Instrument der Knechtschaft.

Jean-Jacques Rousseau

Das Geld ist der allgemeine, für sich selbst konstruierte Wert aller Dinge. Es hat daher die ganze Welt, die Menschheit wie die Natur, ihres eigentümlichen Wertes beraubt. Das Geld ist das den Menschen entfremdete Wesen seiner Arbeit und seines Daseins, und dieses fremde Wesen beherrscht ihn, und er betet es an.

Karl Marx

Das Geld ist eines der großartigsten Werkzeuge der Freiheit, die der Mensch erfunden hat.

Friedrich August von Hayek

Das höchste Ziel des Kapitals ist nicht, Geld zu verdienen, sondern der Einsatz von Geld zur Verbesserung des Lebens.

Henry Ford I.

Das Geld zieht nur den Eigennutz an und verführt stets unwiderstehlich zum Missbrauch.

Albert Einstein

Der Gebrauch des Geldes ist dem Besitz des Geldes vorzuziehen.

Benjamin Franklin

Du trägst sehr leicht, wenn du nichts hast;

Aber Reichtum ist eine leichtere Last.

Johann Wolfgang von Goethe